

1920 7 25
Kriegswirtschaftliche Untersuchungen aus dem Institut
für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Herausgegeben von
Professor Dr. Bernhard Harms
Dreizehntes Heft

Die Pariser Wirtschaftskonferenz

vom 14. bis 17. Juni 1916

und die ihr vorausgegangenen gemeinsamen Beratungen der
Ententestaaten über den Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte

Von

A 202 K
040

Friedrich Kahl

wissenschaftlichem Mitarbeiter am Königlichen Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft
an der Universität Kiel



Jena
Verlag von Gustav Fischer

1017

Vorwort.

Die vorliegende Darstellung hat die Aufgabe, die Entstehung und Durchführung des Planes der „ökonomischen Entente“ zum Zwecke des einheitlichen Handelskrieges der in der Entente zusammengeschlossenen Staaten gegen die Mittelmächte zu verfolgen. Es ist aus verschiedenen Gründen davon abgesehen, selbständig zu untersuchen, ob dieser Plan, der auf der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 seine deutliche Gestalt gewonnen hat, überhaupt durchführbar ist und welche Wirkung er haben würde.

Es sind im folgenden nur die tatsächlichen Vorgänge zusammengefaßt und aufgezeichnet, wobei der Grundsatz eingehalten wurde, die Dinge nach Möglichkeit für sich selbst sprechen zu lassen.

Wie aus den aufgeführten Meinungsäußerungen aus den Entente-staaten hervorgeht, gehen die Beurteilungen des Wertes der „ökonomischen Entente“ und ihrer Ziele stark auseinander. Es ist auch für den außenstehenden Betrachter die größte Vorsicht in der Beurteilung angebracht; nicht nur, weil sich die Wirkungen der Pläne schwer er-messen lassen, sondern auch deshalb, weil, wie aus der folgenden Dar-stellung deutlich hervorgeht, neben den bekanntgegebenen Absichten und Beschlüssen der Entente auf diesem Gebiet auch noch solche zu be- stehen scheinen, die geheim gehalten werden.

Riel, im Dezember 1916.

Fr. R.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Borwort	III
I. Die Motive der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Pläne der Entente gegen die Mittelmächte	1
II. Die Anfänge des gemeinsamen wirtschaftspolitischen Vorgehens. Die italienisch-französische Konferenz in Cernobbio vom 14.—17. September 1915	6
III. Die weitere Aussprache über den geplanten Wirtschaftskrieg. Die diplomatische Konferenz in Paris vom 27.—29. März 1916	13
IV. Die interparlamentarische Wirtschaftskonferenz in Paris vom 27.—29. April 1916	30
V. Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14.—17. Juni 1916	39
VI. Die Aufnahme der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz	54
Anhang.	
Französischer Originaltext der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz nach dem „Journal officiel“ vom 21. Juni 1916	89

I.

Die Motive der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Pläne der Entente gegen die Mittelmächte.

Die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Pläne der Ententestaaten gegen die Mittelmächte sind aus mehreren Ursachen hervorgegangen.

Am erster Stelle ist als Ursache zu nennen: der Wunsch, die kriegerischen Maßnahmen gegen die Mittelmächte auf wirtschaftlichem Gebiet, die zunächst nur aus dem Kriegszustand hervorgegangen und nur für Kriegsdauer ins Auge gefaßt worden waren, einheitlicher zu gestalten und sie damit wirksamer zu machen. Es sind dementsprechend meistens, zumal in der ersten Zeit des Krieges, als man sich mit den handelspolitischen Maßnahmen zu beschäftigen begann, und als man noch kein ausgebildetes Programm für den Wirtschaftskrieg hatte, die wirtschaftspolitischen Angelegenheiten im Anschluß an die diplomatischen und militärischen beraten worden.

Zum zweiten verursachten die infolge des Kriegszustandes bedingten Veränderungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten tiefgreifende Störungen und vielerorts eine unmittelbar fühlbare, zum Teil vorübergehende, zum Teil dauernde Notlage des volkswirtschaftlichen Lebens einzelner Staaten, so daß man zu dem Versuche kam, durch gemeinsame Maßregeln und wechselseitige Hilfe der sich in mancher Beziehung ergänzenden Volkswirtschaften der einzelnen Länder der Entente das Gleichgewicht vorläufig oder, auf völlig neuer Grundlage dauernd wieder herzustellen.

In dieser Lage befand sich besonders deutlich Italien nach seinem Eintritt in den Krieg. Von ihm aus sind auch die ersten Bestrebungen zur Vereinheitlichung und wechselseitigen Unterstützung mit großem Nachdruck betrieben worden.

Zum dritten kam als Ursache das persönliche Interesse von Handels- und Industriekreisen der einzelnen Ententestaaten hinzu, die von einer Bergemeinschaftung der wirtschaftlichen Maßnahmen einen Vorteil erhofften. Der Kriegszustand hatte bei ihnen mannigfaltige

und umfassende Veränderungen in der inneren Gestaltung der Industrie und des Handels hervorgebracht. Man kann sich davon eine Vorstellung machen angesichts der Äußerungen des Sir George Ridell in der Londoner City von Anfang März 1916, die für die damalige Zeit keineswegs zuviel besagen:

„England wird nach dem Kriege über eine bessere wirtschaftliche Ausrüstung verfügen, als es jemals besessen hat, und wahrscheinlich auch darin jedes andere Land übertreffen. Es hat gewaltige Beträge ausgegeben und macht weiterhin einen beträchtlichen Aufwand, um neue Fabriken zu errichten und ältere Werke mit neuen Maschinen zu versehen. Für die Errichtung neuer Werke sind nach meiner Schätzung nicht weniger als 600 Millionen Pfund Sterling ausgegeben worden. Ein großer Teil dieses Geldes ist für die Beschaffung selbsttätiger Maschinen verwandt, an denen vor dem Kriege ein betrübender Mangel herrschte. Es würde mich nicht wundern, wenn wir in dem letzten Jahre 200 Millionen Pfund für solche Maschinen ausgegeben hätten, mit andern Worten, das Land hat diese Maschinen bezahlt oder wird sie bezahlen, und die Werke werden sich im Besitz neuer Anlagen und Maschineneinrichtungen befinden, um einen neuen Betrieb einzuleiten, ohne Kapital hineinzustecken. Ich zweifle nicht im mindesten daran, daß die industriellen Kreise unseres Landes sich auf die Höhe der Anforderungen erheben und noch größere Befähigung und Unternehmungslust als in der Vergangenheit zeigen werden. Wir haben Millionen Menschen eingeübt. Tag für Tag bilden wir Facharbeiter aus, wie wir sie noch niemals vorher hatten, und jeder dieser Arbeiter ist ein Kapital.“

Die Veränderungen in der Industrie, beispielsweise Englands, haben nicht nur darin bestanden, daß sie zum großen Teil von der Friedensindustrie zur Kriegsindustrie, d. h. von der Erzeugung der Erfordernisse des ungestörten wirtschaftlichen Lebens der Völker zur Erzeugung von Waffen und Munition führten, es wurden vielmehr auch in sehr großem Umfang anderweitige Verschiebungen bewirkt. Neue Werke für neue Erzeugnisse wurden gegründet, bestehende wurden umgeformt und erweitert, die Art der Erzeugung geändert, und die ganze Produktionsweise nach neuen Gesichtspunkten und unter völlig veränderten äußeren Verhältnissen neu eingerichtet. Diese neue Lage konnte aber nur im Gleichgewicht verharren, solange die unnatürlichen Bindungen des Kriegszustandes mehr oder weniger unverändert bestehen blieben. Das Gefühl, daß diese Gleichgewichtslage mit dem Wiederauftreten des deutschen Wettbewerbs in seiner, von der Zeit vor dem Kriege her, bekannten Schärfe gestört werden würde, ließ den

Wunsch rege werden, von dem Ausnahmezustand dauernd zu erhalten, was zu erhalten möglich wäre. Immer wieder wurde von Industriellen und Politikern, Zeitungen und Fachblättern auf die Gefahren des Wiederauftretens des deutschen Wettbewerbs hingewiesen. Aus den zahllosen Veröffentlichungen dieser Art sei hier nur eine Auslassung der Londoner „Times“ von Anfang März 1916 erwähnt, die in einer Darlegung über die Notwendigkeit einer Neuorientierung der britischen Handelspolitik folgende Bemerkung enthält:

„Der Feind hat Maßnahmen getroffen, um gleich nach Friedensschluß seine aufgehäuften Güter auf unsere Märkte zu werfen. Das würde zur Folge haben, daß junge, neue Industriezweige und ihre Zukunft, die wir zur vollen Entwicklung bringen möchten, im Keime erstickt würden. Die günstige Gelegenheit würde dann vorüber sein, und nicht mehr zurückkehren. Gegen eine solche Möglichkeit müssen von vornherein Maßnahmen getroffen werden. Das Verbot der Einfuhr aus Deutschland — durch die dauernde Gültigkeit des Gesetzes von 1914 über die Reichsverteidigung — würde nicht genügen. Die deutschen Waren würden einfach über die neutralen Länder eingeführt, die sich auf die bestehenden Handelsverträge berufen würden. Die Handelsverträge jedoch könnten gekündigt werden, und es gibt nichts, was den Feind empfindlicher treffen würde als diese Kündigung.“

Die verschiedenartigen, aus unterschiedlichen Ursachen hervorgegangenen, Bestrebungen der Vereinheitlichung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben in einer Anzahl von Konferenzen, die sich von unverbindlichen Besprechungen einiger Persönlichkeiten, die aus eigener Machtvollkommenheit zusammengekommen, bis zu den von Abgesandten der Regierung gefaßten bindenden Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 steigerten, solcherart eine Abklärung erfahren, daß sie heute als völlig ausgebildetes System eines Wirtschaftskrieges von beliebiger Dauer in Erscheinung treten. Dieses System des Wirtschaftskrieges begnügt sich nicht damit, die einzelnen Volkswirtschaften der in der Entente verbundenen Staaten und ihr Ineinandergreifen vor einem zukünftigen Wettbewerb von seiten der Mittelmächte zu schützen, es enthält darüber hinaus Maßnahmen, die die Absicht zeigen, auch die rein nationale Volkswirtschaft der Mittelmächte, beispielsweise durch Verweigerung der Abgabe von Rohstoffen aus den Kolonien, Erschwerung der Seetransporte und ähnlichem, lahmzulegen.

Über die Ernsthaftigkeit der Beschlüsse und Absichten und über die Möglichkeit der praktischen Durchführung gehen die Beurteilungen auch heute noch bis zu einem gewissen Grade auseinander. Es wird

aber stetig deutlicher erkennbar, daß die Ideen des Wirtschaftskrieges, trotz innerer Widerstände, bei den Ententestaaten mit Ausnahme Rußlands, unablässig an Boden gewonnen haben, und daß selbst tief eingewurzelte Überlieferungen, wie das englische Freihandelsystem, die zollpolitische Abgeschlossenheit der französischen Volkswirtschaft und die großen ökonomischen Vorteile der Handelsbeziehungen Italiens zu den Mittelmächten dem neuen System der Gemeinschaftlichkeit mehr und mehr zum Opfer gebracht werden.

Unter allen Umständen erfordern die Bestrebungen auf diesem Gebiet die angespannte Aufmerksamkeit der betroffenen Kreise; selbst dann, wenn die ins Auge gefaßten Maßnahmen, die auf der Pariser Wirtschaftskonferenz im Juni 1916 vorläufig eine feste Gestalt gewonnen haben, nur als Kompensationsobjekte bei den künftigen Friedensverhandlungen dienen sollten.

Der Gedanke, daß es sich um Schaffung solcher Kompensationsobjekte handeln könnte, ist angesichts einiger Äußerungen führender Zeitungen der Entente nicht völlig von der Hand zu weisen. Es mag hier nur die eine Ausführung aus der Londoner „Morning Post“ vom 22. Mai 1916, die in einer Besprechung über handelspolitische Maßnahmen bezüglich Schaffung von Kompensationsobjekten folgenden bemerkenswerten Gedanken äußert:

„In Paris ist ferner angeregt worden, daß es vielleicht ratsam wäre, mit allen Verbündeten sofort in einen praktischen Zollverein einzutreten, da diese Maßnahme auf die fernere Haltung Deutschlands und die Dauer des Krieges von günstigem Einfluß sein könne. Dadurch, daß der Zollverein vollendete Tatsache wäre, würde die Stellung der Verbündeten bei der später stattfindenden Erörterung der endgültigen Friedensbedingungen gestärkt, denn nichts könnte die Staaten daran hindern, die Zolltarife, falls es sich als wünschenswert erweisen sollte, den später gegebenen Verhältnissen anzupassen. Dieses in Frankreich vorherrschende Empfinden sollte nicht unbeachtet bleiben; vielmehr sollte eine verantwortliche sachverständige Körperschaft in England versuchen, mit dem Comité Franco-Britannique in Beziehung zu treten, um mit seinen Mitgliedern die für beide Länder so unbedingt wichtigen Fragen zu erörtern.“

In bezug auf die Beteiligung der einzelnen Staaten der Entente und deren Verbündeten sehen wir folgendes Bild:

Italien, trotzdem es erst viel später als England, Frankreich und Rußland in den Krieg eingetreten war, zeigte zuerst das Bedürfnis nach Anlehnung und Bergemeinschaftung auf wirtschaftlichem Gebiet. Es war dieses Bedürfnis offensichtlich aus der Notlage entstanden,

die sich aus dem Abbruch der Handelsbeziehungen zu den Mittelmächten mit einer sofortigen deutlichen Wirkung ergaben. Dementsprechend machten sich zunächst auch Wünsche nach einer gemeinsamen Regelung von Finanz-, Transport- und Zollangelegenheiten geltend, die die italienischen Vertreter zunächst in Cernobbio mit den Vertretern des nächsten Verbündeten, Frankreich, besprachen. England befand sich zu diesem Zeitpunkt, obgleich es die italienischen Wünsche an erster Stelle zu erfüllen imstande gewesen wäre, noch ausschließlich mit der Förderung seiner eigenen wirtschaftlichen Angelegenheiten beschäftigt. Frankreich, bzw. seine gegenwärtige Regierung Briand, übernahm nach den Besprechungen von Cernobbio die Führung, und auf Grund seiner unablässigen Bemühungen gelang es, beteiligte Kreise in England und die gegenwärtige englische Regierung dazu zu bringen, sich eingehender mit der Bergemeinschaftung der für den Krieg und darüber hinaus berechneten handelspolitischen Maßnahmen zu befassen. Dank dem Einfluß einer rührigen Presse und dem Wirken einzelner Persönlichkeiten, wie des australischen Ministers Hughes, und der Anhänger des Schutzzollsystems, trat England mehr und mehr in den Vordergrund, und seit den bedeutungsvollen Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916, die seinerzeit noch, nach den Mitteilungen des englischen Ministerpräsidenten, auf französische Anregung zusammengetreten war, ist die Initiative unbestritten an England übergegangen.

Während die kleineren Staaten der Entente und ihrer Verbündeten wegen ihrer Abhängigkeit von den großen der Wirtschaftspolitik, die auf der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 auf französische und englische Initiative beschlossen wurde, beitraten, verhielt man sich in Rußland im großen und ganzen, nach den Presseäußerungen zu schließen, zurückhaltender. Es scheint sogar, daß die russische Regierung und der größte Teil der russischen Industrie und des Handels nach den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz ihre ablehnende Haltung eher verstärkt haben. Jedenfalls ist bis heute die offizielle Erklärung der Ratifizierung der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 durch die russische Regierung nicht erfolgt. Die Meldung eines Moskauer Blattes, daß dies geschehen sei, blieb vollkommen vereinzelt und ist als irreführend anzusehen. Es hat den Anschein, als halte sich die russische Regierung nach beiden Seiten für zukünftige Entscheidungen den Ausweg offen.

Die Anfänge des gemeinsamen wirtschaftspolitischen Vorgehens. Die italienisch-französische Konferenz in Cernobbio vom 14.—17. September 1915.

Der erste tastende Versuch, die durch den Krieg verursachte Notlage einzelner Volkswirtschaften durch wechselseitige Hilfeleistung auszugleichen, wurde, wie schon erwähnt, auf der Konferenz von Cernobbio am Comersee in der Villa d'Este vom 14. bis zum 17. September 1915 von Italienern und Franzosen unternommen. Die Anregung ging von den Italienern aus, die die durch den Krieg geschaffene Notlage am unvermitteltesten spürten. An den Besprechungen, die mit glänzenden Ausflügen und Festen verknüpft waren, nahm eine große Zahl französischer und italienischer Intellektueller, Politiker, Nationalökonomien und Industrieller teil. Obwohl aus wirtschaftlicher Notlage hervorgegangen, versäumte man nicht, die Konferenz zu einem kulturellen Verbrüderungsfest der lateinischen Schwesterstaaten Frankreich und Italien zu stempeln. Es war dies um so leichter, als keine englischen Vertreter, an die sich die wirtschaftlichen Wünsche der Italiener in erster Linie richteten, nach Cernobbio gekommen waren.

Die Verhandlungen auf dieser Konferenz griffen in mehreren Punkten weit über die Angelegenheiten der beiden Staaten Frankreich und Italien hinaus. Die Konferenz kann, wie aus dem Folgenden hervorgeht, als erster Versuch der Zusammenfassung der wirtschaftlichen Interessen der Entente-Staaten angesehen werden. Dies geht auch schon aus den Zeitungskommentaren und der Stellungnahme der öffentlichen Meinung zu den aufgeworfenen Fragen hervor. Die Konferenz wurde von einem „Comité France-Italie“, das sich aus Politikern, Wirtschaftspolitikern und Presseleuten, daneben aber auch aus Gelehrten und Literaten lateinischer Prägung zusammensetzt, vorbereitet und organisiert.

Von französischer Seite nahmen an der Konferenz teil: Die ehemaligen Minister Pichon, Hanotaux, Louis Barthou; ferner Senator

Herriot, Meun, Rafael Levi, der Abgeordnete von Korsika, Landry, Derville, Direktor der Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahn, Buchaire, Direktor des französischen Instituts in Florenz; von italienischer Seite Senator Luzzatti, der Präsident der Vereinigten italienischen Handelskammern Salmoiraghi, Raineri, Rubini, Rattone, Albertini, Agnelli, Codacci, Artoni, Bertolini, Senator della Torre, Ferraris de Cristoforis und andere.

Nach einer Äußerung Pichons hatte die Konferenz einen „vorbereitenden, intimen und begrenzten Charakter“. Sie war nicht offiziell, war aber auch nicht ohne die fördernde Anteilnahme der französischen und italienischen Regierungen zustande gekommen. Ihr Zweck war, die Möglichkeiten eines engeren, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Frankreich und Italien zu untersuchen, die auf einzelnen Wirtschaftsgebieten bestehenden Spannungen auszugleichen; ferner die Vorbereitungen für das Zusammengehen der Ententemächte gegen den deutschen-österreichischen Wirtschaftsblock zu treffen. In den einzelnen Sitzungen, über die ein offizieller Bericht nicht herausgegeben wurde, besprach man hauptsächlich Zoll-, Finanz- und Eisenbahnfragen eingehender, während man sich in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten mit meist allgemeinen Anregungen begnügte. Für die Beratung der Einzelgebiete wurde ein Ausschuß eingesetzt, der auf Grund seiner Verhandlungen den Antrag stellte, daß „angesichts der Agiokrisis den Nationen des Vierverbandes die Pflicht auferlegt sei, gemeinschaftlich geeignete Mittel zur Abhilfe oder Verminderung des Notstandes zu suchen. Es hätten sich die Zettelbanken der verbündeten Mächte im Einverständnis mit den betreffenden Regierungen zu vereinigen, um die Ursachen der Krisis zu prüfen und Maßnahmen zur Abhilfe vorzuschlagen.“

Der Abgeordnete von Korsika, Landry, befaßte sich in seinem Referat mit Zollangelegenheiten und schlug vor, daß bei Abschluß des Friedens eine gemeinschaftliche Neuregelung der Zolltarife vorgenommen werde. Er schloß seine Ausführungen mit dem Satz: „Das wirtschaftliche, auf der Zollordnung beruhende, Bündnis der alliierten Mächte ist eine Lebensfrage für diese.“ Von der geeigneten Neuregelung der Beziehungen zwischen den französischen und italienischen Banken erhoffte er außerdem den unerläßlich notwendigen vermehrten Zufluß französischen Kapitals in das Wirtschaftsleben Italiens.

Der Direktor der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn, Derville, befürwortete eine Revision der Eisenbahntarife für den Personen- und Güterverkehr zwischen Frankreich und Italien. Durch Vergünstigungen besonderer Art, Erhöhung der Reisegeschwindigkeit, vermehrte Be-

quemlichkeit und verbilligte Tarife solle der französisch-italienische Personenverkehr verstärkt, durch geeignete Tarifmaßnahmen solle namentlich die italienische Ausfuhr nach Frankreich gehoben werden.

Senator Herriot drückte den Wunsch aus, die Handelskammer von Paris, die Begründerin der Association nationale d'Exportation, möchte auch die Fürsprecherin eines allgemeinen wirtschaftlichen Bündnisses der Länder des Vierverbandes sein, was der Abgeordnete Maggiorini dahin ergänzte: Die Handelskammern eines jeden der Ententestaaten möchten sich zusammenschließen, um sodann gemeinsam das von Herriot gezeigte Ziel des wirtschaftlichen Bündnisses anzustreben.

Hanotaur befürwortete den gleichen Plan und erhoffte von seiner Durchführung einen vollen und dauernden Sieg über die Mittelmächte, der sich dem militärischen anschließen würde.

Der Direktor des französischen Instituts, Luchère, sprach für die gemeinsamen lateinischen kulturellen Interessen und befürwortete den Aufbau einer kulturellen Gemeinschaftlichkeit auf einem gleichartig geregelten Schulwesen.

Der ehemalige italienische Finanzminister, Luzzatti, befaßte sich als einziger mit der Mittelmeerfrage. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß die deutschen Hoffnungen, die Mittelmeerfrage würde unwandelbar der Anlaß zu dauernden Streitigkeiten zwischen Frankreich und Italien bleiben, zuschanden werden würden, wenn sich Frankreich und Italien im Bunde mit England feierlich auf eine gemeinschaftliche Mittelmeerinitiative verpflichteten, die dazu diene, „der Zivilisation neuen Glanz, dem Verkehr neue Energien zu verleihen“. „Das Mittelmeer gehört ebenso Frankreich und Italien wie England, indem eine jede dieser Nationen in voller Unabhängigkeit von der anderen sich um ihren Teil in jenem verhängnisvollen Meere kümmert. Durch die freundschaftliche Zusammenkunft in der Villa d'Este in Cernobbio ist dieser Lebenswahrheit Festigkeit verliehen worden.“

Feste Beschlüsse wurden auf der Konferenz nicht gefaßt und bekannt gegeben. Aus dem Verlaufe der Beratungen war erkennbar geworden, daß sowohl der Gedanke des wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Frankreich und Italien, wie auch der des Zusammenschlusses und der Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen aller Ententestaaten in weiten Kreisen einen fruchtbaren Boden gefunden hatte. Daß derartige Hoffnungen und Pläne den vollen Beifall der französischen und italienischen Regierung gefunden, bewiesen die begeisterten Zustimmungstelegramme, die eine große Anzahl der Mitglieder der französischen und italienischen Regierung an den Vorsitzenden der Konferenz in Cernobbio, Luzzatti, schickten.

Es blieb nicht unbemerkt, daß sowohl die englische Regierung, wie die Kreise von Handel und Industrie in England sich zu diesem Zeitpunkt gegenüber den Bergemeinschaftungsbestrebungen der italienischen und französischen Wirtschaftspolitiker im wesentlichen noch kühl und abwartend verhielten.

Verschiedenen Äußerungen einzelner Konferenzteilnehmer nach zu schließen, hatte man nicht unversucht gelassen, zu den Besprechungen, die sich doch in erster Linie mit der von England geleiteten Finanzpolitik und den drückenden englischen Frachtraten für Seetransporte befaßten, englische Vertreter zu gewinnen. Diese Versuche waren erfolglos geblieben.

Luzzatti, der Vorsitzende der Konferenz, drückte sich über diese Angelegenheit folgendermaßen aus:

„Es ist keine Indiskretion, wenn ich hier ausspreche, daß wir, als wir uns mit Pichon, Barthou und Hanotaux verständigt hatten, auch sofort die Einwilligung der besten Männer Englands nachsuchten. Wir wollen hoffen, die Wirkung unserer Bemühungen hierin auf der nächsten Konferenz zu Paris zu erleben.“

Wie die Einzelheiten der Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz Cernobbio geheim blieben, so blieben es auch die unmittelbaren Folgen dieser Zusammenkunft. Es schien eine geraume Zeit, als seien die Anregungen der Konferenz einem übermächtigen Widerstand begegnet. Es mußte das aus zahlreichen Veröffentlichungen, die sich gegen die Bergemeinschaftsbestrebungen der Wirtschaftspolitik richteten, geschlossen werden.

Indessen waren interessierte Persönlichkeiten in Frankreich, Italien und England unablässig am Werke, dem Gedanken des Wirtschaftskrieges freie Bahn zu schaffen. Es geschah dies auch in der Folgezeit namentlich von den Italienern, die stark unter dem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu den Mittelmächten litten, mit besonderem Nachdruck.

Als Zeichen des weiteren Fortganges der Bestrebungen muß ein Schritt der französischen Handelskammer in London gegen Ende des Jahres 1915 angesehen werden, die sämtliche Handelskammern Frankreichs aufforderte, ihr für die im Januar 1916 stattfindende Tagung der englischen Handelskammern, auf der die gegen Deutschland nach dem Krieg zu ergreifenden Maßnahmen beraten werden sollten, Anregungen und Vorschläge zukommen zu lassen. Als leitende Gesichtspunkte für die zukünftige Handelspolitik wurden hierbei festgelegt:

1. Bildung eines wirtschaftlichen Schutz- und Trugsbündnisses der Ententemächte gegen die feindlichen Staaten;

2. Das Inkrafttreten dieses Wirtschaftsbündnisses mit dem Tage der Unterzeichnung des Friedens.

Der „Tamps“ stellte im Anschluß daran (1. 1. 16) folgende Forderungen:

„Kein Schiff, das ganz oder teilweise den Untertanen eines feindlichen Staates gehört, darf in irgendeinem Hafen der verbündeten Länder einen Passagier landen oder aufnehmen.

Von der Fracht solcher Schiffe ist auf jede Brutto-Tonne bei der Einfahrt in den Hafen eine Gebühr zu erheben, außer bei einem aus Seegefahr verursachten Anlaufen.

Die Niederlassung jedes Zweiggeschäftes oder jeder Vermittlungsstelle eines Bankhauses oder einer Speditionsfirma, deren Inhaber Deutsche oder Österreicher sind, ist zu untersagen.

Auf jede Ware, die in Deutschland eine Ausfuhrprämie genießt, ist ein Kompensationszoll zu erheben.

Für den Handelsverkehr der verbündeten Länder untereinander ist freier Warenaustausch zu fördern, d. h. Befreiung von allen anderen als den rein staatlichen Abgaben.“

Die englische Presse verfolgte die Bestrebungen aufmerksam. Mehr und mehr wurden neben den Stimmen, die gemäß den englischen Überlieferungen jedes beschränkende und bindende Wirtschaftsabkommen verwarfen, solche der teilweisen oder völligen Zustimmung laut.

Von der Art, wie in England die Pläne und Bestrebungen erwogen wurden, zeugt ein Bericht über die Tätigkeit der Londoner Handelskammer, in dem es bezüglich der Bergemeinschaftungsbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiet heißt:

„Im Verein mit den vereinigten Handelskammern Englands arbeitet die Londoner Handelskammer stetig daran, die Ansicht der Geschäftswelt über die Schritte einzuholen (wenn überhaupt welche getan werden sollen), die zur Zurückdrängung des deutschen Handels nach dem Kriege zu unternehmen sind. Um maßgebende Ansichten zu sammeln, sollen im Laufe der nächsten Tage bei den Handelsfirmen Fragebogen zirkulieren; die Kammer wird besonders die Frage aufwerfen, ob eine Zollvereinigung gegründet werden soll, um dadurch Vorrechte in den Handelsbeziehungen zwischen England und den Verbündeten zu schaffen, und den Handel mit Deutschland zu verhindern. Die einlaufenden Meinungsäußerungen werden sorgfältig klassifiziert und einer Konferenz aller Handelskammern des Reiches vorgelegt werden.“

Am deutlichsten wurde das Ziel aller dieser Bestrebungen von dem Pariser Abgeordneten Tournade, dem früheren Vorsitzenden der

»Chambre Syndicale des Transports« in einer Zuschrift an die Londoner „Morningpost“ (1. 12. 15) genannt. Tournade schreibt darin:

„Jede der mit Deutschland kriegführenden Nationen sollte diesem Lande Bedingungen stellen, die das allmähliche Eindringen deutscher Waren verhindern. Die praktischste Methode, dies zu erreichen, ist unzweifelhaft das Einsetzen eines sehr hohen Zolltarifs. Es wäre aber sehr verkehrt, wenn man den gleichen Zoll auf Waren legen wollte, die nach England, Frankreich, Rußland oder Italien gehen. Jede dieser Nationen müßte einen Maximaltarif entwerfen, der ihren besonderen Interessen entspricht. Eine Vereinbarung könnte getroffen werden, um die Deutschland geneigteren oder weniger klarsehenden Elemente zu verhindern, das rasche Steigen des deutschen Handels zu ermöglichen. Da nun die Verbündeten nicht alle derselben Ansicht über Freihandel oder Schutzzoll sind, so kann nur von einem fundamentalen Abkommen die Rede sein. Das Prinzip lautet: Deutschland soll daran gehindert werden, mit uns in Wettbewerb zu treten, wie es leider schon allzulange der Fall war.“

Ein wichtiger Punkt sollte nicht aus den Augen verloren werden. Vernichtung des deutschen Handels ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck. Der Handel soll ruhig weitergeführt werden, aber wir müssen Herren seiner Entwicklung bleiben. Das ist der richtige Standpunkt. Wir sind in der Tat nicht der Meinung, daß wir uns für unsere Kriegskosten schadlos halten können, aber wir werden von Deutschland sicherlich schwere Abgaben fordern, um seinen Kommerziellen, industriellen, agrarischen und finanziellen Reichtum zu untergraben. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben, daß es Deutschland möglich sein wird, die geforderte Kriegsentschädigung sofort zu zahlen; sie wird vielmehr in jährlichen Raten abgetragen werden, und daher ist es notwendig, daß Deutschland ein Einkommen hat. Die Männer, die die Friedensverhandlungen leiten, müssen entscheiden, welche Garantien gefordert werden sollen und welche Summen sofort gezahlt werden müssen.

Wir dürfen einen anderen wichtigen Punkt nicht vergessen, nämlich Deutschland zu verhindern, Handel mit der Türkei zu treiben und Waren dorthin auszuführen, die später nach England oder Frankreich unter niedrigerem Zoll zurückkehren, als wenn sie direkt nach diesen Ländern geschickt worden wären.

Endlich hinsichtlich der Neutralen, könnten Deutschland und Österreich Verträge mit Spanien oder den Vereinigten Staaten haben. Diese Märkte dürfen ihnen nicht offenstehen. Es ist dies eine sehr heikle Frage, da sie die gänzliche Umänderung aller Handelsabkommen und -verträge der Großmächte bedeutet. Zum Schlusse möchte ich noch betonen, daß alle diese Fragen noch vor Friedensschluß erörtert und die nötigen Vorbereitungen getroffen werden sollten. Sonst werden sie im letzten Augenblick vergessen, und wir werden das Nachsehen haben.“

Tournade hatte sich hier mit einer rücksichtslosen Offenheit über die Ziele der Wirtschaftspolitik der Entente ausgesprochen. Nach der

Aufnahme, die die Bestrebungen in einflussreichen neutralen Ländern gefunden haben, hat man gelernt, sich vorsichtiger und diplomatischer auszudrücken, um den Widerstand nicht auf den Plan zu rufen, der sich, selbst auch in den Ländern der Entente, von seiten nüchterner und gemäßigter Elemente immer wieder geltend machte.

Auch in englischen Regierungskreisen brach sich mehr der Gedanke freie Bahn, daß der deutsche Wettbewerb über die Zeit des Kriegszustandes hinaus durch Gewaltmaßregeln, die bisher nur in den Beziehungen unter Staaten, die miteinander im Handelskrieg lagen, üblich gewesen, lahmgelegt werden müsse. Es sei in diesem Zusammenhang als Äußerung von amtlicher Stelle eine Bemerkung des englischen Ministers Bonar Law, betreffend die Bergemeinschaftungsbestrebungen für die Wirtschaftspolitik der Ententemächte nach dem Kriege, erwähnt. Bonar Law sagte:

„Vor dem Kriege habe Deutschland beispielsweise festen Fuß in Rußland gefaßt durch sein System kommerzieller Durchdringung. Dieser Handel müßte in andere Hände kommen, hauptsächlich in die von Frankreich und England. Der deutsche Handel sei auch in Italien in zunehmendem Maße gespürt worden, ebenso stark in Frankreich und in England. Deutschland solle von vielen Märkten nach Möglichkeit vertrieben werden. Die Mitglieder der Entente würden sehr wahrscheinlich der militärischen Entente eine ökonomische angliedern zum Zwecke der Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs.“

Seitdem man bemerkte, daß Rußland nicht den erwünschten Eifer zeigte, sich für die Zukunft völlig dem englischen Einfluß zu erschließen, wobei ihm von seiten Englands wenig Gegenleistung hätte geboten werden können, ist man auch in den Kreisen englischer Minister in den Äußerungen in dieser Angelegenheit vorsichtiger geworden. Pläne und Ziele sind aber im ganzen die gleichen geblieben.

Die weitere Aussprache über den geplanten Wirtschaftskrieg. Die diplomatische Konferenz in Paris vom 27. bis 29. März 1916.

Aus zahlreichen Veröffentlichungen, die hier als Unterlage der Beurteilung der Vorgänge dienen müssen, ist zu entnehmen, daß im Verlauf des Winters von 1915 auf 1916 der Gedanke, die Zentralmächte, insbesondere Deutschland, auch nach dem Kriege gemeinsam auf wirtschaftlichem Gebiet zu bekämpfen, fester Gestalt angenommen hat. Es gilt dies sowohl für die beteiligten Wirtschaftskreise, wie für die Regierungen, von deren Standpunkt man mehr oder weniger zuverlässige Kenntnis durch Äußerungen einzelner eingeweihter Regierungspersonen oder durch Ausführungen halbamtlicher Zeitungen erhielt.

Man war jedenfalls auf Seiten aller Ententestaaten geneigt, die Frage, ob sich ein defensives und offensives Handelsbündnis gegen die Mittelmächte als geeignetes Mittel, die Gegner niederzuzwingen und niederzuhalten, empfehle, eingehend zu besprechen. Über den Stand der Dinge auf diesem Gebiet unterrichtet die Londoner „Times“ am Anfang des März 1916, die sich über die Angelegenheit dahin ausspricht:

„daß man vor wichtigen Maßnahmen wirtschaftlichen und kommerziellen Charakters der Alliierten stehe. In derselben Weise wie Frankreich, England, Italien und Rußland sich verpflichtet haben, keinen Sonderfrieden zu schließen, würden sie in Kürze eine Konvention unterzeichnen, in der sie sich verpflichteten, mit Deutschland und Österreich keinen Handelsvertrag ohne Einverständnis aller Alliierten zu schließen.

Die Initiative zu dieser neuen Konvention ging von der französischen Regierung aus. Der Vorschlag wurde von der englischen Regierung geprüft, die sich kürzlich zum Beitritt bereit erklärte. Rußland und Italien zeigten sich sofort zum Abschluß eines offensiven und defensiven Handelsbündnisses gegen Deutschland und Österreich geneigt. Es ist definitiv beschlossen worden, in Kürze eine Konferenz der Verbündeten in Paris abzuhalten. Das Datum ist noch nicht festgesetzt, aber die Konferenz wird vor Ende März stattfinden. Die englische

Regierung hat auch die Kolonien um ihr Urteil gefragt, die mit begeisterter Zustimmung geantwortet haben.“

Es geht aus dem Folgenden hervor, daß die Mitteilung der „Times“ bezüglich der Bereitwilligkeit der einzelnen Staaten, beziehungsweise ihrer Regierungen, ein „defensives und offensives Handelsbündnis gegen die Mittelmächte“ abzuschließen, nicht ganz zutreffend war. Wenigstens in bezug auf das Maß dieser Bereitwilligkeit. Denn z. B. Rußland trat nur mit sehr großen Vorbehalten in diese Bahn der künftigen Wirtschaftspolitik ein und der Kampf der Meinungen, der sich im Winter von 1915 auf 1916 und auch weiterhin in englischen Zeitschriften und Zeitungen abspielte, bezeugt, daß man auch in England von einer abgeklärten und entschiedenen Stellung noch weit entfernt war. Das gleiche trifft auch für andere, an der Entente beteiligten Staaten zu.

Man war aber darin übereingekommen, die Wirtschaftspolitik der Ententestaaten gegenüber den Mittelmächten zu beraten und nach Möglichkeit zu vereinheitlichen. Das sollte auf einer Konferenz zu Paris geschehen, von der die eben erwähnte Notiz der „Times“ spricht, und zwar im Anschluß an einige andere Fragen, die die Ententestaaten gemeinsam betrafen und die mit den wirtschaftlichen zum Teil verbunden waren. Es galt die Einheitlichkeit der Haltung der Ententestaaten in der diplomatischen, militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung gegen die Mittelmächte durchzuführen und für das zukünftige Vorgehen festzulegen. Auf diese Art kam die erste der Ententekonferenzen, die sogenannte diplomatische Konferenz in Paris vom 27. bis zum 29. März 1916 zustande, die von den Zeitungen und Politikern der Entente mit der üblichen Gewichtigkeit angekündigt und besprochen wurde.

Es ist in mehr als einer Hinsicht von Bedeutung, festzustellen, wie sich um diese Zeit die öffentliche Meinung und die Ansicht der Fachleute zu dem Problem der Bergemeinschaftung der Wirtschaftspolitik der Entente stellte.

Besonders bemerkenswert ist die Haltung Englands. Einmal weil England der führende Staat in der Entente ist, und sodann, weil die Bergemeinschaftungsbestrebungen des öfteren unerbittlich mit den Richtlinien der bisher in England befolgten Handelspolitik zusammenstießen. In den Sitzungen der Vereinigten Handelskammern Englands am 29. Februar und 1. März 1916 in London kam die Frage der Änderung des wirtschaftspolitischen Systems Englands zum Zweck der Niederkämpfung und Lahmlegung der Mittelmächte eingehend zur Verhandlung. Über diese Aussprache berichtete der damals

noch unter der Leitung des nüchternen und charaktervollen Hirst stehende „Economist“ am 4. März 1916:

„Die Verhandlung in den Sitzungen der Vereinigten Handelskammern Englands am 29. Februar und 1. März des Jahres warfen ein scharfes Licht auf die wohlorganisierte Bewegung für den Umsturz des englischen Freihandelsystems. In dieser Bewegung lassen sich drei Gruppen unterscheiden, die nicht leicht miteinander in Übereinstimmung gebracht werden können:

Die erste Richtung wird von Mr. Samuel von Norwich verkörpert, der von der „Morning Post“ unterstützt wird. Sie fand ihren Ausdruck in einer Resolution, die ganz klar den Schutzzoll fordert, wobei zuerst und vor allem ein Zoll auf fremde und koloniale Nahrungsmittel zum Schutze des britischen Farmers verlangt wird. Die Resolution war, obwohl sie von Sir Algernon Firth eingebracht wurde, einem doppelten Angriff ausgesetzt: einerseits von den Anhängern kolonialer Vorzugszölle, andererseits von strammen Freihändlern, wie Sir Swire Smith.

Die zweite Richtung besteht aus den imperialistischen Fürsprechern kolonialer Vorzugszölle. Sie schlugen die Schutzzöllner leicht, zum großen Mißfallen der „Morning Post“, die sich damit tröstet, daß der Freihandel einige seiner Führer und Leitungs-Schreiber verliert. So sind der Sache des Freihandels untreu geworden: der Schatzkanzler Mr. McKenna, ferner der sachverständige Statistiker der Freihandelspartei, Sir L. Chiozza Money, und Lord Cromer. Von den Presseorganen, die ins andere Lager übergegangen sind, ist der „Spectator“ zu nennen und die „Westminster Gazette“.

Die dritte Gruppe besteht aus den Inhabern von Amtsstellen und amtlichen Journalisten.“

Diese Gruppe habe, meint der „Economist“, im Lande wenig ernsthaften Anhang. Man könne sie der Vereinfachung halber die Gruppe der Prohibitionisten nennen und McKenna und auch Bonar Law seien ihr zuzuzählen.

Gleichzeitig warnte das genannte Blatt vor der Ausführung des Gedankens, für den Krieg oder den zukünftigen Frieden neue wirtschaftliche Abmachungen zu treffen. Es bemerkte hierbei:

„Sicherlich ist das, was das Land fordert und braucht, die erfolgreiche Führung und baldige Beendigung des Krieges, nicht dagegen ein neuer finanzieller Streit und eine geheime Zolltarif-Diplomatie, in die sich, ohne das Land zu befragen, Politiker und Diplomaten einlassen, deren geschäftlicher Vorausblick, um das mindeste zu sagen, bezweifelt werden muß.“

Am 1. März 1916 sprach Bonar Law bei einem Frühstück der Vereinigten Handelskammern Englands in London von den Absichten und Vorbereitungen für eine wirtschaftliche Konferenz der Entente-Staaten in Paris. Der „Economist“ gab hierzu folgende Kritik am 4. März d. J.:

„Wenn das Auswärtige Amt dem Handel Englands nach dem Kriege durch ein geheimes Abkommen, das ohne parlamentarische Genehmigung während des Krieges getroffen wird, Handschellen anlegen will, so sehen wir nicht ein, wie ein solches Abkommen als gültig behandelt werden könnte oder sollte. Denn es kann den Untergang zahlloser einzelner Kaufleute und das Verhungern ganzer Städte bedeuten.“

Die Stellung der englischen Regierung zu diesem Zeitpunkte ist aus einer Äußerung des englischen Ministerpräsidenten Asquith, über die die „Morning Post“ am 8. März 1916 berichtete, zu erkennen. Asquith empfing eine Abordnung einer großen öffentlichen Versammlung, die am 31. Januar in der Guildhall stattgefunden hatte, und die ihm, unter Führung des Lord Mayors von London, die gefaßten Entschlüsse mitteilen ließ.

Sir Algernon Firth forderte danach die Schaffung eines besonderen Handelsministeriums unter dem Vorsitz eines Geschäftsmannes, dem ein beratender Ausschuß zur Seite stehen solle. Lord Desborough forderte Schritte, um die Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich, den Dominien und den Verbündeten zu verbessern, und um dafür zu sorgen, daß Deutschland und seine Verbündeten nie wieder ungebührlichen Einfluß auf den englischen Handel gewännen.

Asquith sagte, er spreche aus Erfahrung, wenn er sage, daß kein Ministerium tüchtiger verwaltet werde, als das Handelsamt. Er selbst sei nicht für die Schaffung neuer Ministerien. Andererseits sei es möglich, daß die größeren und verwickelteren Handelsbeziehungen und die gänzlich geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse die Notwendigkeit oder wenigstens die Erwünschtheit eines besonderen Ministeriums erweisen würden. Er werde sorgfältig mit seinen Kollegen erwägen, ob angesichts der Zukunft der bisherige erfolgreiche und begründete Widerstand gegen die Errichtung eines besonderen Handelsministeriums aufgegeben werden solle. Er sei aber dagegen, den Posten „nur einem Geschäftsmanne“ zu übertragen. Eine andere Sache sei die Schaffung eines beratenden Ausschusses.

Die andere Frage engerer Handelsbeziehungen innerhalb des Reiches und mit den Verbündeten sei weit wichtiger und von größerer praktischer Bedeutung. Er wolle heute keine Erklärung über die diesbezügliche Regierungspolitik machen, da in den nächsten vierzehn Tagen eine Konferenz der Verbündeten in Paris stattfinden werde, auf der die gesamten Wirtschafts- und Handelsfragen zur Erörterung kommen würden. In diesen Tagen würden er und seine Kollegen mit dem Premierminister von Australien, Mr. Hughes, beraten, der, wie er glaube, mit konkreten Vorschlägen gekommen sei. Auch sollten die Premier-

minister der anderen Dominien gehört werden. Es sei wünschenswert, bei diesbezüglichen Verhandlungen nicht nur als Wortführer des Vereinigten Königreiches, sondern des ganzen Reiches zu handeln. Im ganzen genommen sei er nicht ohne Hoffnung, er erwarte mit einigem Vertrauen, zu gemeinsamen, alle befriedigenden Entschlüssen zu kommen, aber angesichts des Bevorstehens dieser Konferenzen und derjenigen zwischen England und seinen Verbündeten halte er es nicht für angängig, irgend etwas in der Art einer endgültigen Ankündigung über eine Politik zu machen, welche die Regierung bereit sei, nach dieser Konferenz dem Lande und dem Reiche vorzuschlagen. Die Frage habe die allergrößte Aufmerksamkeit der Regierung, die dabei die tüchtigsten Geschäftsleute zu Rate gezogen habe, gefunden.

Aus dieser außerordentlich vorsichtigen Ausdrucksweise des englischen Ministers ist im Grunde nichts Positives unmittelbar zu entnehmen. Es sei denn, man lese daraus ein neues Beispiel der englischen Kabinettspolitik, die Land und Volksvertretung vor fertige Tatsachen zu stellen liebt, die bis heute fast ohne Ausnahme auch notgedrungen gutgeheißen wurden, während bei freier Entscheidung die Entschließung wohl öfters anders ausgefallen wäre.

Vom „Labour Leader“ wurde am 9. März 1916 die Haltung der Regierung, und im besonderen die des Ministerpräsidenten, einer Betrachtung unterzogen, aus der das folgende entnommen sei:

„Asquith erzählt uns“, schreibt das genannte Blatt, „daß er nach wie vor an den Gedanken festhalte, die er in einer Rede in Dublin ausgesprochen: daß der Sieg der Entente die friedliche Gemeinsamkeit der europäischen Völker gewährleiste. Derartige Behauptungen bleiben der reinste „Cant“, wenn der wirtschaftliche Krieg auch nach Beendigung des militärischen Konfliktes fort dauern soll. Anscheinend soll die Angelegenheit in geheimem Konklave unserer Clique, zusammen mit denen der Verbündeten, entschieden werden. Es ist hohe Zeit, daß wir gegen eine Praxis protestieren, die einigen wenigen Staatsmännern erlaubt, in autokratischer Weise über das Schicksal von Millionen von Menschen ohne Befragung von Volk und Parlament zu verfügen. Man gab uns den Krieg, ohne daß das Volk, Parlament oder die Mehrheit des Kabinetts befragt wurde. Man gab uns den Wehrzwang, ohne Parlament und Volk zu befragen. Jetzt scheint man uns den Wirtschaftskrieg geben zu wollen, bevor das Volk sich eine Meinung über den Vorschlag hat bilden können.“

Ähnliche Meinungen, zum Teil in Form der schärfsten Angriffe auf die Haltung der Regierung, kamen auch anderwärts, u. a. im Parlament durch die Abgeordneten Holt und Robertson zum Ausdruck. Sie veranlaßten den Ministerpräsidenten Asquith im Unter-

hause am 9. März 1916 zu der Erklärung, die englische Regierung würde auf der bevorstehenden Pariser Konferenz nichts tun, was die Handlungsweise der Regierung oder des Unterhauses irgendwie binden könne. Es handle sich auf der Konferenz um einen Gedankenaustausch und darüber hinaus wolle man nicht gehen und keinesfalls Verpflichtungen zu bestimmten Maßregeln übernehmen. Diese Stellung der englischen Regierung, der einen Gruppe zu weitgehend, der anderen Gruppe zu zurückhaltend, befriedigte mancherorts nicht. Die „Morning Post“ schrieb dazu am 23. März 1916:

„Der Wirtschaftskrieg setzt einen gewissen Bankrott der militärischen Kriegsführung voraus. Ein wirklicher Sieg würde es durch seine Vollständigkeit unnötig machen, noch weiter dem Feinde Schaden zuzufügen. Es ist daher unmöglich, vorauszusehen, ob dies Problem des Handelskrieges als wirtschaftliche Offensive sich überhaupt ergeben wird. Aber dies hat nichts zu tun mit der anderen Art des Handelskrieges als wirtschaftliche Defensive. Diese hat zwei Ziele. Sie muß einerseits England gegen die „wirtschaftliche Durchdringung“ schützen, diese spezifisch deutsche, noch nie von einer anderen Nation angewendete Methode, die Gastlichkeit eines anderen Volkes zu suchen, um es hinterrücks zu erdolchen. Alle Nationen, die durch deutsche Intrigen auf finanziellem, wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet durchsetzt worden sind, Intrigen, die sogar noch jetzt in der Frage des Handelskrieges heimlich weitergeführt werden, sind entschlossen, sich von diesem teuflischen Verrat zu befreien. Wenn der Regierung ihre eigene Stellung lieb ist, dann muß sie in dieser Frage Farbe bekennen. Das zweite Ziel eines Defensivkrieges wirtschaftlicher Art besteht darin, unsere Wirtschaft gegenüber der auswärtigen Versorgung selbständiger zu machen und dadurch das englische Weltreich zu festigen. Das ist eine Politik, die unter allen Umständen durchgeführt werden muß, ganz gleichgültig, wie der Weltkrieg ausläuft. In diesem Punkte schien Lloyd George einiges Verständnis zu zeigen. Aber die Regierung hinkt immer noch um das ganze Problem herum. Weshalb?“

Bemerkenswerte Ausführungen, die sich sachlich mehr mit dem Kern der Frage für England und mit den weiteren Gesichtspunkten befaßten, brachten um diese Zeit noch zwei andere englische Blätter von Ansehen. Am 10. März 1916 schrieb das Blatt „Daily News and Leader“ folgendes:

„Wir haben aus dem Kriege die Lehre gezogen, daß die deutschen Handelsmethoden kriegerischen Abenteuern dienstbar gemacht wurden und daß deutsche Bankgeschäfte und deutscher Handel gleicherweise Instrumente der deutschen Diplomatie gewesen sind.

Nun gibt es eine extreme Richtung, die sich die Sache leicht macht, indem sie den Ausschluß Deutschlands vom internationalen Handel für eine Reihe von Jahren verlangt. Das würde allerdings eine Strafe sein, aber auch für uns insofern, als wir dann ebenso-

wenig an Deutschland verkaufen könnten. Der einzige annehmbare Grund für eine derartige Politik wäre im Kriegszustand selbst zu suchen. Deutschland läßt sich in neutralen Ländern Kredite eröffnen für enorme, fertig zu stellende Warenmengen, mit denen nach dem Kriege die Welt überschwemmt werden soll. Mit diesen Krediten werden Wolle in Süd- und Baumwolle in Nordamerika gekauft, natürlich nicht um die Ware zu empfangen, sondern um unsere eigenen Versorgung zu schmälern. Wäre einmal bekannt gegeben, daß Deutschland keinen Handel mit den Verbandsmächten nach dem Kriege würde treiben können, so würde dies natürlich das Aufhören dieser Kredite bedeuten.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß ein wirtschaftlicher Boykott keine Strafe ist. Wir wollen doch eine Kriegsschädigung von Deutschland haben, und wie soll ein Land die bezahlen, das nicht allein bankrott ist, sondern das man jeder Möglichkeit beraubt, Geld zu verdienen?

Die Wirtschaftspolitik der Entente weist nach einer anderen Richtung. Der Gedanke eines Zollvereins scheidet bei den diametral entgegengesetzten wirtschaftlichen Bedingungen Frankreichs, Englands, Rußlands und Italiens aus. Ebenso die Idee eines dreifachen Tarifs, nämlich eines solchen für unsere Kolonien, eines anderen für unsere Verbündeten und eines dritten für die feindlichen Länder. Das wäre eine phantastische Art von wirtschaftlichem Zusammenschluß, wenn wir von unseren Kolonien und Bundesgenossen einen Zoll erheben wollten, statt ihnen wie bisher einen freien Markt zu geben. Die einzige Folge würde der Niedergang unseres Handels und der Schutz des Großgrundbesitzes und der Industrie auf Kosten der Verbraucher sein.

Was wir brauchen, ist Freihandel, durch den allein wir den Krieg haben finanzieren und den wir auch vom militärischen Standpunkt aus nicht entbehren können.

Das zu erstrebende Ideal wäre eine Politik des Freihandels unter den Verbandsmitgliedern, wobei es den anderen Mächten freistünde, unserem Beispiel zu folgen. Hoffentlich kommt diese Anregung zur Besprechung.

Inzwischen sind noch andere Dinge zu tun. Die Entente bildet heute eine große, zu gegenseitigem Nutzen begründete Handelsgesellschaft. Laßt uns die Fortführung dieser Gesellschaft in die Wege leiten und veranlaßt die Konferenz, Schritte zu tun, damit unser Kredit zu gegenseitigem Nutzen arbeitet, statt daß er von internationalen Geldleuten, hauptsächlich deutschen, ausgebeutet wird. Es liegt in unserer Macht, eine finanzielle Basis zu schaffen, die für uns und unsere Bundesgenossen eine ausreichende Verteidigungswaffe gegen die deutschen Methoden sein wird. Schließlich sollte die Konferenz ihre Aufmerksamkeit auf Erziehungsfragen, Universitätslehreraustausch, die Heranziehung von kaufmännischen Sachverständigen, auf die Vereinfachung kaufmännischer Methoden und auf die Verbesserung unsers Konsulardienstes richten. Nur so können wir nach dem Kriege unseren Handel unverwundbar machen.“

Die „Westminster Gazette“, die schon des öfteren Ausführungen halbamtlichen Charakters brachte, schrieb am 23. März 1916:

„Es ist zu begrüßen, wenn der australische Premierminister Hughes die britischen Vertreter auf die Pariser Konferenz begleitet. Hughes hat sich für eine bestimmte Handelspolitik ausgesprochen, aber dabei ist Verschiedenes zu beachten: es müssen die Interessen unserer Kolonien, wie diejenigen unserer Bundesgenossen berücksichtigt werden. Für erstere mag Hughes' Kenntnis und Erfahrung maßgebend sein, aber für letztere muß alles genau geprüft werden.

Wenn Hughes z. B. befürwortet, einen dreifachen Zolltarif einzuführen, einen niedrigen für die Erzeugnisse der britischen Kolonien, einen mittleren für die Bundesgenossen und die übrigen Mächte und einen höchsten für die Deutschen, so ist das ohne Mitwirkung der Bundesgenossen ohne Wert. Hughes wird, falls Schwierigkeiten hierbei entstehen, die Angehörigen der Kolonien dann überzeugen können, daß hier keine Obstruktion der britischen Regierung in Frage steht. Man wird auch damit rechnen müssen, daß Hughes die Ergebnisse der australischen Arbeitergesetzgebung in England einzuführen wünscht, z. B. Achtstundenarbeitstag, Einrichtung von Schiedsgerichten zur Festsetzung von Mindestlöhnen, von welchen Gerichten man weiß, daß sie den Ansprüchen der Arbeiter günstig gestimmt sind, Bevorzugung der zu Gewerkschaften zusammengeschlossenen gegenüber den freien Arbeitern, Auferlegung von Verbrauchssteuern auf Güter, die in Betrieben hergestellt sind, die ihre Arbeiter unter einem „angemessenen und verständigen“ Lohn bezahlen, Zahlung von Alterspensionen von 10 Schilling die Woche an jeden Mann und jede Frau über 60 Jahre, die ihren Lebensunterhalt nicht erwerben können. Wir möchten fragen, ob diejenigen, die den einen Teil der australischen Politik befürworteten, auch mit der Möglichkeit der Einführung der anderen Teile dieser Politik in England rechnen.

Wir müssen aber ferner fragen, ob das, was für die Kolonien und unsere Bundesgenossen paßt, auch dem allgemeinen Interesse der Bevölkerung von Großbritannien entspricht. Wir haben 47 Millionen Einwohner, die zum großen Teile durch überseeische Einfuhr ernährt werden. Das bedeutet, daß wir keine Schutzzollpolitik treiben können, ohne unsere Bevölkerungszahl beträchtlich zu vermindern. Wir können die Zufuhr aus dem eigenen Lande etwas erhöhen, wir hoffen auf vermehrte Zufuhr aus unseren Kolonien und können auch damit rechnen, aber billige und reichliche Zufuhren aus allen Quellen bleiben das Lebensinteresse des größten Teiles des britischen Volkes. Darin liegen auch die Interessen eines großen Teiles unserer Händler, die sich mit auswärtigem Handel befassen und die Wettbewerb mit fremden Konkurrenten auf neutralen Märkten betreiben. Wenn wir aus patriotischen oder politischen Gründen nach dem Kriege unseren Handel mit den Mittelmächten abschneiden, so müssen wir ernsthaft unsere Herstellungskosten berechnen, und den Umstand ins Auge fassen, daß wir uns in einen sehr ernsthaften Nachteil auf den neutralen Märkten versetzen. Besonders müssen wir die Kosten unserer Schiffahrt berechnen, die herabgehen oder stationär bleiben wird, wenn wir eine

Politik verfolgen, die die Verminderung oder den Stillstand unseres auswärtigen Handels zur Folge haben wird. Wir hören jetzt viel Berede von einem überwundenen Standpunkt unserer Freihandelspolitik, wovon nur richtig ist, daß durch unsere Nachlässigkeit oder mangelhaften Betrieb der Wissenschaften der Feinde jetzt den Vorrang auf dem Gebiete der Munitionserzeugung hat. Wir übertreiben nicht, wenn wir sagen, daß unsere Schifffahrt, mit der wir die Sache des Verbandes so wesentlich gefördert haben, auch für uns sehr wichtig war. Die Schifffahrt ist aber gewachsen und kann nur weiter wachsen unter den Grundsätzen einer Freihandelspolitik, woran durch den Krieg nichts geändert worden ist. Wir müssen acht geben, daß nach dem Kriege keine Politik eingeführt wird, die die Quellen unserer Kraft beeinträchtigt.“

In Frankreich stellte sich das Problem erheblich einfacher dar. Frankreich ist seit 1892 das klassische Land des Schutzzollsystems. Dementsprechend verstieß die ins Auge gefaßte Wirtschaftskriegsführung der Entente gegen die Mittelmächte nicht gegen eingewurzelte Überlieferungen und Gewohnheiten, wie in England. Es wurde in den französischen Besprechungen auch dauernd darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten der Durchführung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik der Entente gegenüber den Mittelmächten nach dem Kriege hauptsächlich bei England lägen, das der Bergemeinschaftung eine Anzahl grundsätzlicher handelspolitischer Anschauungen und gewohnter Handelspraktiken zum Opfer bringen müsse. Man versäumte von dieser Seite nicht, den Engländern vor Augen zu führen, daß die bisher von England befolgten liberalen Handelsgrundsätze angeblich gegenüber dem mit „unredlichen Mitteln“, dem mit dem „Dumping-“ und dem „galizischen System“ arbeitenden deutschen Wettbewerb völlig versagt hätten. Deutschland sei Dank der unnoblen Handelsmethoden auf Kosten der gediegenen Methoden der englischen Geschäftswelt hochgekommen.

Das gleiche hielten diese Beurteiler, die mit ihrer Meinung in dem von stärkstem Hass befehlten französischen Volke ein lautes Echo fanden, für Frankreich und seine Industrie und seinen Handel für geltend. Auch Frankreichs Industrie und Handel stellten sich ihrer Anschauung nach als von den unredlichen, listigen und gewalttätigen Methoden Deutschlands vergewaltigt dar. Es fehlte allerdings auch hier nicht an einzelnen skeptischen Stimmen, die wenigstens als mitbestimmende Ursache des Rückganges der französischen Industrie und des Handels zugunsten Deutschlands die mangelnde französische Initiative gelten lassen wollten.

Im ganzen waren die Unterschiede in der grundsätzlichen Beurteilung der Frage in Frankreich nicht sehr groß und die Zustimmung

fast allgemein. Die Zustimmung war um so leichter, als man an erster Stelle unmittelbare Kriegsmaßnahmen im Auge hatte und die darüber hinaus reichenden Pläne der zukünftigen Handelspolitik auf gemeinsamer Grundlage noch sehr im Unbestimmten lagen. Sowohl in Hinsicht auf ihre grundsätzliche und allgemeine Gestaltung, wie in Hinsicht auf die Einzelheiten.

Es mag hier noch Erwähnung finden, wie man sich in Rußland zu den wirtschaftspolitischen Problemen in diesem Zeitpunkte stellte. Die konservativ gerichteten Kreise verhielten sich den Vereinheitlichungsbestrebungen gegenüber zurückhaltend. Die liberalen Kreise dagegen fanden keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Bildung einer „ökonomischen Entente“ nach französisch-englischen Wünschen. Bezeichnend für den liberalen Standpunkt, der von dem der damaligen Regierung, soweit ihre auswärtige Politik in Frage kommt, nicht sehr weit entfernt war, ist eine Abhandlung des radikal-liberalen, der Partei der Kadetten angehörenden, Wirtschaftspolitikers Professor Birnazlij („Rußkoj Slowo“ vom 3. Februar 1916):

„Gegenwärtig weiß jeder, daß die Grundursachen des Weltkrieges in der wirtschaftlichen Nebenbuhlerschaft der größten europäischen Staaten zu suchen sind. In letzter Linie handelt es sich um den Zusammenstoß Englands und Deutschlands, welche die anderen Länder in ihre Einflußsphäre gezogen haben. Der deutsche Imperialismus macht den Engländern ihr Welthandelsprimat streitig. Nebenher lösen die kriegführenden Staaten natürlich auch selbständige Aufgaben. So ist z. B. Rußland bestrebt, seine Volkswirtschaft von dem Griff der deutschen Hand zu erlösen.

Wenn aber alles sich so um ökonomische Fragen dreht, so wäre es sonderbar, die wirtschaftlichen Probleme der Zukunft nicht rechtzeitig im voraus zu überlegen. In dieser Hinsicht sind unsere Feinde uns zuvorgekommen, indem sie schon im November 1915 das Projekt eines Wirtschaftsverbandes Deutschlands mit Österreich-Ungarn unter Ausdehnung auf den nahen Osten ausarbeiteten.

Die englischen und französischen Politiker haben beschlossen, zwischen dem 6. und 9. März in Paris eine Handelskonferenz von Vertretern der verbündeten Mächte zu berufen und das Programm ausgearbeitet. Außer den Fragen, die mit der Wiederherstellung und Regelung der durch den Krieg erschütterten und verwirrten Handelsbeziehungen der Verbündeten zusammenhängen, sollen folgende Themata zur Beratung kommen: Vorsichtsmaßnahmen gegen den Zustrom deutscher Waren nach dem Frieden; Festsetzung von Minimaltarifen im Post-, Telegraphen-, Eisenbahn- und Seeverkehr der Verbündeten;

Gründung eines internationalen Bundespatentbureaus (für Entdeckungen und Erfindungen); besondere Vorzugszolltarife für die Waren der Verbündeten; Maßnahmen zur Herabsetzung des Metallzahlungsverkehrs zwischen den Ländern mit entsprechender Gründung einer internationalen Verrechnungskammer und Einführung von ausländischen Postschecks. Offenbar handelt es sich also um die Errichtung einer mehr oder weniger festen wirtschaftlichen Koalition der Verbündeten nach dem Kriege gegen den deutschen Einfluß.

Von besonderem Wert ist der Koalitionsgedanke für Rußland, wo einige dem Handel und der Industrie angehörige, dem äußersten Protektionismus huldigende Elemente laut von der vollen wirtschaftlichen Selbständigkeit unserer Heimat träumen, die ein „sich selbst genügender“ Staat werden soll. Und das bei der ungeheuren Bedeutung des Außenhandels für uns, bei der kolossalen Verschuldung an unsere Verbündeten, beim Fehlen eigenen Kapitals zur Entwicklung der produktiven Kräfte! Wir glauben, daß die unentwegten Schutzzöllner der Handelskonferenz keine besondere Sympathie entgegenbringen, indem sie sich den früheren Träumen der „Tarifautonomie“ hingeben. Die Interessen des Landes fordern jedoch die gemeinsame wirtschaftliche Arbeit der Verbündeten.

Zweifellos werden die russischen Vertreter, insbesondere die delegierten Mitglieder der gesetzgebenden Kammern, unsere besonderen russischen Probleme im Auge behalten müssen, die große Schwierigkeit der Liquidation der äußeren Kriegverschuldung und der Wiederherstellung normaler Valutaverhältnisse. Wenn auch diese Fragen unmittelbar über die Grenzen der Handelskonferenz hinausgehen, so ist es doch unmöglich, ohne ihre Beleuchtung eine hinreichende Ersprießlichkeit der Arbeit zu gewährleisten. Wenn unsere Verbündeten nicht gewillt sind, uns in dieser Hinsicht zu helfen, so kann der geplante Zusammenschluß auf eine Reihe unüberwindlicher Schwierigkeiten stoßen. Wie sollen denn die befreundeten Kapitalien bei uns frei umlaufen können, wenn nicht entschiedene Maßnahmen zur Festigung des Rubelkurses getroffen werden? Bei einer zerrütteten Papiervaluta werden wir Russen anstelle einer wirklichen Entwicklung der produktiven Kräfte nur Projekte der Bereicherung durch Papier, d. h. der Phantastien im Geiste Law's üblen Angedenkens haben. In der Handelspolitik wird es unzweifelhaft notwendig sein, zu einem Vertrage zu kommen, der ohne völligen Bruch mit den bestehenden Tariffsystemen dennoch zum Abbau des für Rußland charakteristischen Protektionismus im großen führt. Es ist längst an der Zeit, unseren Tarif zu revidieren.

Die Konferenz wird die „zweite internationale Handelskonferenz“ heißen; die erste fand in Brüssel im Juni 1914 statt, und Deutschland und Österreich-Ungarn waren auf ihr vertreten.“

Es kamen aber bereits auch gewichtige Bedenken zum Ausdruck, die die Sorgen der Agrarpolitiker widerspiegelten. Es wurde geltend gemacht, daß Rußlands Getreideausfuhr im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege 600 Millionen Pud im Gesamtwerte von mehr als 600 Millionen Rubel betragen habe. (Nach Deutschland und Österreich wurden etwa 11 Millionen Pud Roggen, 120 Millionen Pud Weizen, 116 Millionen Pud Gerste, 10 Millionen Pud Hafer und 48 Millionen Pud Mais ausgeführt, d. h. es entfiel beinahe die Hälfte der gesamten Ausfuhr auf die gegen Rußland kämpfenden Länder.) Man könne sich leicht vorstellen, welche Folgen der Verlust der auswärtigen Märkte für die russische Landwirtschaft habe. Deutschland habe sich während des Krieges sowohl von der ungeheuern Wichtigkeit seiner nationalen Landwirtschaft überzeugen können, als auch von der Möglichkeit, sie noch sehr erheblich zu entwickeln. Unter bestimmten Bedingungen werde Deutschland imstande sein, beinahe 90 v. H. seines Bedarfs zu decken. Den unbedeutenden Fehlbetrag würde es sich stets verschaffen können, ohne deswegen an den russischen Getreidemarkt herantreten zu müssen. Wahrscheinlich würde diese Tendenz beibehalten werden, wenigstens in der ersten Zeit, solange sich die Leidenschaften und die Feindschaft noch nicht ganz gelegt haben würden. Für Rußland würde es aber in diesem Falle außerordentlich schwer sein, ein Absatzgebiet für diese 300 Millionen Pud zu finden, besonders da zwei Drittel der Ausfuhr auf Getreidearten entfielen, für die auf den Märkten von London und Rom so gut wie gar keine Nachfrage herrschte.

Die erste gemeinsame, sogenannte diplomatische Konferenz, die namentlich wegen ihrer wirtschaftspolitischen Aufgaben einen Monate dauernden Kampf der Meinungen verursacht hatte, trat am 27. März in Paris zusammen.

Den Vorsitz führte der französische Ministerpräsident Briand. Es waren insgesamt acht Staaten vertreten: Frankreich, England, Rußland, Italien, Belgien, Japan, Serbien und Portugal. Es fehlte demnach von den damaligen Verbündeten nur Montenegro. Außer den Sekretären nahmen von seiten Frankreichs teil: Ministerpräsident Briand, die Generale Rocques, Joffre, de Castelnau; Admiral Lacaz; der Munitionsminister Thomas; der ehemalige Minister Léon Bourgois und der ehemalige Gesandte Cambon. Von seiten der Engländer: Edward Grey, Lloyd George, Lord Ritchener und General

Robertson. Von seiten der Italiener: Tittoni, Salandra, Sonnino; General Cadorna und Dall'Olio. Von belgischer Seite: de Brocqueville, Beyens. Von russischer Seite: Schilinski und Iswolzki. Von serbischer Seite: Pasitsch, Wesnitsch, Ivanowitsch und endlich der Japaner Matsui und der Portugise Chagas.

Der Vorsitzende der Konferenz, Briand, eröffnete die Beratungen mit einer längeren Ansprache, in der er u. a. folgende Ausführungen machte:

„Während auf allen Punkten der ungeheuren Kriegsfront und unter den verschiedensten Bannern unsere Soldaten nur ein einziges Volk in Waffen darstellen, das eine erbitterte Schlacht liefert, während der furchtbarste der Feinde in wütenden Angriffen versucht, den entscheidenden Sieg an sich zu reißen, der stets seine Fahnen flieht, der am Heldenmut unserer Waffen gerade jetzt scheitert, sind Sie, wie wir kürzlich in Rom, erschienen, um der Welt einen neuen Beweis der Solidarität des Gedankens zu geben, der in allen Beziehungen die Aktion der Verbündeten beherrscht. Ob es sich um militärische Maßnahmen, oder Maßnahmen zur See, oder ob es sich um den wirtschaftlichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind handelt, Ihre Gegenwart hier beweist, daß alle unsere Anstrengungen, so verschieden und so umfangreich sie auch sein mögen, einem einzigen Gedanken gehorchen. In der Fortsetzung des Krieges sind die Einheit der Gesichtspunkte, des Zieles und des Vorgehens die Bedingungen des Erfolges. Dieses ist die kräftigste Grundlage unseres Entschlusses, zu siegen, und unseres unerschütterlichen Vertrauens auf den Triumph unserer Sache.“

Die Verhandlungen wurden streng geheim geführt. Sie betrafen in erster Linie gemeinsame dringende diplomatische und militärische Angelegenheiten der Entente. Die Schwierigkeiten, in wirtschaftlichen Fragen und Plänen eine Grundlage für gemeinsames Vorgehen zu finden, müssen sich kurz vor dem Zusammentritt der Konferenz vermaßen gehäuft haben, daß man sich gezwungen sah, sich mit dem Nächstliegenden zu begnügen und die eingehende Behandlung der weiter reichenden Pläne spätern Verhandlungen anheim zu geben.

Immerhin wurde auf der diplomatischen Konferenz ein Ausschuß eingesetzt, der vertrauliche Beratungen über das wirtschaftliche Zukunftsprogramm abhielt. Er machte in der Hauptsache auch nur die Forderung des Tages, d. h. die Maßnahmen, die als Ergänzung zu dem vorausgehend beschlossenen gemeinsamen diplomatischen und militärischen Vorgehen ins Auge gefaßt wurden, zum Gegenstand dieser Aussprache. Die von verschiedenen Seiten gemachten Anregungen mit dem Ziel, die Industrie und den Handel der Mittelmächte, besonders Deutschlands, dauernd lahm zu legen, wurden auch

von dieser Stelle als Beratungstoff für einen dauernden Ausschuß und eine besondere spätere gemeinsame Wirtschaftskonferenz der Entente zurückgestellt. Die Meinungen über die Vorteile und Möglichkeiten einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik dieser Art gingen also offenbar zu diesem Zeitpunkt auch in diesem Kreise noch erheblich auseinander, was aus den privaten Äußerungen der Vertreter, wie aus den Zeitungsstimmen der beteiligten Länder, ersichtlich wurde.

Ein amtlicher Bericht über die Verhandlungen dieser diplomatischen Konferenz wurde durch die Havas-Agentur herausgegeben, der folgendermaßen lautet:

„1. Die Vertreter der verbündeten Regierungen konstatieren und bekräftigen die vollständige Übereinstimmung der Ansichten und die Solidarität der Verbündeten. Sie bestätigen alle getroffenen Maßnahmen, um die Einheitlichkeit der Aktion auf der einheitlichen Front zu verwirklichen. Darunter verstehen sie sowohl die Einheit der militärischen Aktionen, welche durch das zwischen den Generalstäben getroffene Übereinkommen gesichert wurde, als auch die Einheit der wirtschaftlichen Aktion, welche die unverbrüchliche Entschlossenheit garantiert, den Kampf bis zum Ende und zum Sieg der gemeinsamen Sache fortzusetzen.

2. Die verbündeten Regierungen beschließen, auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Eintracht der Ansichten und Interessen ebenfalls in die Tat umzusetzen; sie übertragen der wirtschaftlichen Konferenz, die nächstens in Paris stattfindet, die Aufgabe, Maßnahmen vorzuschlagen, durch die diese Solidarität verwirklicht werden soll.

3. Um die wirtschaftliche Aktion zu befestigen, zu ordnen und zu vereinheitlichen, und um die Verproviantierung des Feindes zu verhindern, beschließt die Konferenz, in Paris einen permanenten Ausschuß zu schaffen, in dem alle Bundesgenossen vertreten sein sollen.

4. Die Konferenz beschließt: a) die in London begonnene Organisation eines Zentralbureaus für die Regelung der Schiffsfrachten fortzusetzen; b) innerhalb kürzester Frist gemeinsam die anzuwendenden praktischen Mittel zu erwägen, um die aus dem Seetransport erwachsenden Lasten auf die verbündeten Staaten gleichmäßig zu verteilen und die Erhöhung der Schiffsfrachten einzuschränken.“

Die auf die Verhandlungen der politischen Konferenz folgenden Maßnahmen zeigten insofern ihre Wirkung auf wirtschaftlichem Gebiet, als die wirtschaftlich stärkeren Staaten, wie England und Frankreich, für die wirtschaftlich schwächeren, wie Rußland, Italien und Serbien, durch Förderung und Unterstützung in verschiedener, hauptsächlich finanzieller Art, eintraten, und ihnen damit die Weiterführung des Krieges ermöglichten. Ferner wurden die Seetransporte erleichtert und regelmäßig gestaltet, die Frachten herabgesetzt und damit einem Zustand abgeholfen, der zeitweise, namentlich zwischen England und Italien, starke Mißstimmung hervorgerufen hatte.

In Frankreich gab das Ergebnis der Konferenz der Presse Anlaß zu überschwenglichen Hoffnungen, hauptsächlich im Hinblick auf die zukünftigen militärischen und diplomatischen Aktionen. Aber auch die wirtschaftlichen Pläne, die einer zukünftigen Wirtschaftskonferenz zur gründlichen Behandlung vorgelegt werden sollten, schienen in der französischen Presse bedeutungsvoll genug, um von ihrer Durchführung die schnelle und dauernde Niederwerfung Deutschlands erwarten zu können.

Im „Temps“ trat in verschiedenen Auslassungen zu dieser Zeit zum ersten Male auch die Anschauung auf, die Entente könne sich nur durch sehr scharfe gemeinsame und über den Friedensschluß hinausreichende Abwehrmaßnahmen davor schützen, daß Deutschland mit den während des Krieges aufgehäuften Warenmassen den Weltmarkt überflute. Die Konferenz habe den Weg gezeigt, der zur Abwehr des deutschen Welthandelsmonopols führen könne.

Clémenceau zeigte sich in bezug auf die Wirkung der ins Auge gefaßten Maßregeln skeptisch, insofern als er die Möglichkeit der loyalen und allseitigen Durchführung bestritt.

In Italien zeigte sich in bezug auf die gemeinsamen militärischen Pläne und die Regelung der Frachten und Seetransportfrage Genugtuung; dagegen fand das gemeinsame wirtschaftlich-politische Programm wenig Beifall.

Bemerkenswert sind für die damaligen Anschauungen in Italien die Auslassungen des „Economista d' Italia“ (April 1916). Das Blatt schrieb:

„Der wirtschaftliche Krieg läßt sich ebensowenig wie der politische allein auf Kosten des Feindes führen; die Schäden würden mehr oder weniger alle kämpfenden Parteien treffen . . . In unseren Beziehungen zu den Zentralmächten werden wir das System der Handelsverträge nicht verlassen dürfen. Sie werden nach und nach den Haß, den der Krieg ausgestreut hat, zum Verlöschen bringen.“

Der „Corriere Mercantile“ schrieb: (April 1916): „Die italienische Ausfuhr nach den Ländern der Zentralmächte erreichte 1913 die Ziffer von 565 Millionen bei einer Gesamtausfuhr von 2500 Millionen Lire. Das ganze Problem erschöpft sich in der Frage, ob unsere Verbündeten diese Ausfuhr aufnehmen können. Rußland als Agrarland kommt kaum in Frage; es bleiben somit nur Frankreich und England. Der größte Lieferant Frankreichs war aber immer Spanien. Dieses neutrale Land ist also unser am meisten zu fürchtender Konkurrent. In England ist es ähnlich; hier kommen aber noch die amerikanischen und argentinischen Erzeugnisse hinzu. Es würde sehr schwer sein, die Erzeugnisse unseres Landes anderwärts vorteilhaft unterzubringen als in

Mitteleuropa, das sich immer mehr als natürliches Absatzgebiet für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse erwiesen hat. Wir kommen also zu dem Schluß, daß der englische Vorschlag, durch einen Vertrag die Handelsbeziehungen mit Deutschland für eine gewisse Zeit nach dem Kriege zu verbieten, von uns nicht angenommen werden kann. Wie unsere nur oberflächliche Untersuchung zeigt, würde ein derartiges Abkommen einen tödlichen Schlag für unsere Ausfuhr bedeuten, da unsere Verbündeten zum Teil die gleichen Produkte hervorbringen wie wir, oder sie aus ihren Kolonien oder aus Nachbarländern, die bisher ihre Lieferanten waren, beziehen.“

In England war naturgemäß die Aufnahme der Ergebnisse der Konferenz, die wohl auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet erheblich weiter reichten, als die veröffentlichten Beschlüsse erkennen lassen, eine sehr geteilte. Von einer Seite wurde von einer gewissen Gruppe von Zeitungen und interessierten Handels- und Industriekreisen strupellos dafür agitiert. Die nachfolgend aufgeführte Auslassung des „Daily Telegraph“ (März 1916) zeigt den Geist dieser Agitation:

„Der Krieg hat sonnenklar ergeben, wie tief das Eindringen der Deutschen in die verbündeten Länder gewesen ist; es war auch nicht nur wirtschaftlicher Art, sondern das Geschäft war oft nur der Vorwand. Deutsche Firmen ließen sich in England nieder, entweder ganz offen oder unter französischer Deckung und gingen gründlichen Vorbereitungen, nicht nur für den militärischen Späherdienst und die politische Rundschaft, nach, sondern bereiteten auch der schweren deutschen Artillerie die Bahn vor. Deutsche Firmen traten mit solchen der verbündeten Länder in einen unehrlichen Wettbewerb, dank den auf kaiserlichem Befehl von der deutschen Staatsbank gewährten Zuschüssen; deutsche Firmen warfen zu Schleuderpreisen, dank ebensolcher Zuschüsse, Güter auf die Märkte der Verbündeten, um sich dort das Geschäft anzueignen; und darin sehen wir einige der Wege, welche die Deutschen beschritten hatten, und welche die Verbündeten ihnen zu versperren gesonnen sind.“

Neben zahlreichen aus ähnlicher Unsachlichkeit geborenen Auslassungen machte sich auf der anderen Seite, namentlich von Freihändlern, scharfe Kritik geltend.

„Daily Chronicle“ schreibt z. B.:

„Glaubt denn jemand, daß England nach dem Kriege es ablehnen sollte, mit den 150 Millionen Menschen in Mitteleuropa Handel zu treiben? Eine derartige Politik würde den Verlust unseres kommerziellen Vorranges bedeuten. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika würden den Platz, auf den wir verzichteten, einnehmen, und New York würde an Stelle von London das Herz des Welthandels werden.“

Wiederholt erhob auch der Abgeordnete Robertson seine warnende Stimme. Von den verschiedenen Vorschlägen, Deutschland durch Handelsabmachungen dauernd zu schädigen, erklärte er im National

Liberal Club, sei nicht ein einziger durchführbar. Er habe noch von keiner Maßnahme gehört, die nicht gleichzeitig den englischen Handel schädige. In der Unterhausitzung vom 9. März wies er darauf hin, daß ein Boykott des deutschen Handels u. a. die Zahlung einer Kriegsschädigung Deutschlands unmöglich machen würde. Entschloß man sich, den Kolonien und den Verbündeten eine Vorzugbehandlung gegenüber den Neutralen einzuräumen, so wäre die unvermeidliche Folge, daß letztere den Deutschen in die Arme getrieben würden. Deutschland würde den Neutralen die günstigsten Bedingungen gewähren, um sich ihres Handels zu versichern.

Es ist aber unverkennbar, daß trotz der scharfen Kritik, die dauernd von freihändlerischer Seite in England geübt wurde, der Gedanke, einen über den Frieden hinausdauerndem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland zu führen, mehr und mehr Boden gewann, und daß die Initiative allmählich von französischer auf englische Seite überging.

In Rußland fanden die Beschlüsse betreffend das gemeinsame diplomatische und militärische Vorgehen ebenfalls lebhaften Beifall. Den wirtschaftlichen Plänen gegenüber verhielt man sich im großen und ganzen dagegen ablehnend. Hierüber äußerte beispielsweise der liberale „Rjetsch“ am 30. März 1916, nachdem er sich anerkennend zu den Beschlüssen in bezug auf das gemeinsame diplomatische und militärische Vorgehen geäußert: „Etwas anders steht es mit der wirtschaftlichen Seite. Die politische und militärische Einigung ist leichter. Diese hat ein konkretes Ziel, den Sieg. Der wirtschaftlichen Solidarität fehlt ein solcher Inhalt. Sie erschöpft sich nicht mit dem negativen Schlagwort der Bekämpfung der deutschen „Vergewaltigung“. Aber das Positive wird von jedem Land der Verbandsmächte verschieden aufgefaßt. Auch hängt diese wirtschaftliche Politik nicht unmittelbar mit dem Kriege zusammen. Deshalb sind die Fragen für die kommende wirtschaftliche Konferenz so sehr delikat. Die grundsätzliche Stellung aller Verbandsmächte muß vorher bestimmt sein. Es ist die der absoluten Gleichberechtigung. Die Reaktion bei uns brachte uns in drückende wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland. Wir wollen jetzt nicht diese Hegemonie einfach mit einer anderen vertauschen.“

Das Ziel, das die Konferenz hätte erreichen sollen, die „ökonomische Entente“, wurde nach den bekannt gewordenen Mitteilungen nicht erreicht. So wichtig diese diplomatische Konferenz an sich auch war, so war sie in wirtschaftlicher Hinsicht nur der erste Taktversuch auf der Bahn, die einige Zeit später auf der sogenannten Pariser Wirtschaftskonferenz ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat.

Die interparlamentarische Wirtschaftskonferenz in Paris vom 27. bis 29. April 1916.

Man hatte auf der diplomatischen Konferenz im März 1916 in Paris geglaubt, in kurzem die damals wegen ungenügender Vorbereitung ausgefallene Beratung des wirtschaftlichen Programms nachholen zu können. Für diesen Zweck hatte man eine neue Konferenz ins Auge gefaßt, zu der die Regierungen der einzelnen Ententestaaten, wie zur diplomatischen Konferenz, ihre bevollmächtigten Vertreter schicken sollten. Je eingehender man sich aber mit dem vielgestaltigen Problem befaßte, desto deutlicher wurden die großen Schwierigkeiten, es zu lösen. „Das Bündnis der Herzen und der Waffen war leichter zu verwirklichen, als es das der wirtschaftlichen Interessen sein wird“, sagte Luzzatti in einer Rede. »Préparer des préparations de préparations«, nannte Clemenceau dieses Stadium der Angelegenheit. Einerseits häuften sich die Schwierigkeiten aller Art, Schwierigkeiten, die Interessengegenfätze in den einzelnen Ländern auszugleichen und Schwierigkeiten, die Gesamtinteressen der einzelnen Länder zusammenzufassen und auf ein willkürlich gegebenes Ziel, die Mittelmächte wirtschaftlich zu bekämpfen, zu lenken. Andererseits wollte man doch die einmal in Bewegung gekommene Angelegenheit nicht zur Ruhe kommen lassen, da man sich von ihr einen nicht geringen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in näherer und fernerer Zukunft versprach. Aus diesem Grunde wurde die Weiterbehandlung der Sache der unverbindlichen Beratung einer Versammlung von Parlamentariern der verschiedenen Staaten der Entente überwiesen, die am 27. April 1916 als sogenannte interparlamentarische Wirtschaftskonferenz in Paris im Palais Luxembourg zusammentrat. Man hatte ihre Aufgabe, um Enttäuschungen zu vermeiden, öfters in Parlamenten und in der Presse genau umschrieben. Sie sollte danach nicht bestimmte Beschlüsse irgendwelcher Art fassen und ihre Durchführung bei den Regierungen beantragen oder konkrete Vorschläge und Lösungen festlegen, die dem

Vorgehen der Regierungen und der Parlamente der einzelnen vertretenen Länder vorzugreifen geeignet wären oder ihr Vorgehen in eine bestimmte Richtung zwingen wollten, sie sollte vielmehr nur dazu dienen, Anregungen zu geben und die öffentliche Meinung, die Regierungen und Parlamente über die wichtigen Probleme, von deren Lösung die Entwicklung des Wirtschaftslebens nach dem Kriege abhängt, aufklären.

Namentlich die Engländer ließen es sich angelegen sein, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß man keinerlei Lösungen irgendwelcher Probleme von dieser interparlamentarischen Konferenz erwarten dürfe. Bonar Law erklärte einem Vertreter des Pariser „Journal“ (27. IV. 1916) gegenüber,

„daß an eine definitive Lösung der schwebenden Probleme nicht zu denken sei und die öffentliche Meinung in England zur Stunde eine Diskussion der beiden Grundprinzipien des englischen Parteilebens: Freihandel und Schutzzoll? nicht wünsche.“

Auch von französischer Seite wurden vorsichtige Erwägungen über die mutmaßlichen Folgen einer „ökonomischen Entente“ laut. Das „Journal des Débats“ rechnete aus, daß die französische Ausfuhr nach England jährlich 1200 Millionen Franken betrage, nämlich 25 bis 30 v. H. mehr als die englische Einfuhr nach Frankreich. Studiere man die Ideen eines Schutzzöllners, wie des australischen Ministers Hughes, so entdecke man, daß es ihm weit weniger um die Ausmerzungen Deutschlands vom englischen Markt zu tun sei, als um eine Abschließung Englands und seiner Kolonien überhaupt. Welchen Nutzen, fragte das Blatt, könnte Frankreich vom Zustandekommen einer neuen Navigationsakte haben? — Auch vom fiskalischen Standpunkt aus betrachtet, habe Frankreich ein großes Interesse am Status quo. „Seine Zölle bringen ihm jährlich 700 Millionen Franken ein; gehen seine Verbündeten ebenfalls zum Protektionismus über, und muß es ihnen Ausnahmetarife einräumen, so verliert der Staat eine Einnahmequelle, die ihm angesichts der Verschuldung nach dem Kriege doppelt unentbehrlich ist. Auch die französische Industrie, die sich durch den Wegfall des Frankfurter Vertrages von einer drückenden Last befreit sieht und im Begriff ist, einen neuen Aufschwung zu nehmen, wird des staatlichen Schutzes nicht entbehren wollen. Die Eroberung neuer Tätigkeitsfelder, wie sie die Organisatoren des zukünftigen Wirtschaftslebens predigen, läßt sich nicht ohne Erziehungszölle verwirklichen. Kurz, so wie die Dinge heute liegen, hat Frankreich ein Interesse daran, daß England freihändlerisch bleibt, wie es selbst seinen Protektionismus beizubehalten wünscht.“

Diese Ausführungen des „Journal des Débats“ decken die Schwierigkeiten auf, denen man sich auf der interparlamentarischen Konferenz gegenüber sah, die sich mit den grundsätzlichen Fragen, den Zollsystemen, nicht einmal befassen durfte.

Eine bemerkenswerte Darlegung des französischen Standpunktes veröffentlichte auch Jules Siegfried im „Temps“ zu Anfang April 1916. Er schreibt darin, daß ein Zollverein zwischen freihändlerischen Ländern wie England und Belgien einerseits und Schutz Zollstaaten wie Frankreich, Italien und Rußland anderseits auf den ersten Blick als eine Unmöglichkeit erscheine. Das einzige Mittel, feindliche Güter fern zu halten, bestehe jedoch in hohen Zollsätzen. Ebenso wichtig wie die Frage der Zollsätze sei diejenige des Zusammenwirkens in dem Sinne, daß die Verbündeten vermeiden müßten, Übergriffe des eigenen Staates in das Gebiet des andern geschehen zu lassen; der Wettbewerb müsse geordnet werden. Man könne die beabsichtigten Verhandlungen nach zwei Richtungen teilen: einmal die Maßnahmen gegen Deutschland, sodann die Handelsbeziehungen unter den Verbündeten. Während man sich in der französischen Industrie darüber klar sei, daß die Einführung von Zöllen auf gewisse Gegenstände bei der Einfuhr in England lediglich bezwecke, Mittel zur Kriegführung zu beschaffen, würde man in geschäftlichen und industriellen französischen Kreisen im allgemeinen, gleichviel ob es sich um Obstzüchter oder Molkereibesitzer, Fabriken von Kraftwagen oder von Pariser Artikeln handelte, mit Besorgnis den Gedanken aufnehmen, daß sich hinter einem solchen kleinen Zolltarif in England allmählich eine neue Nebenbuhlerschaft für die französischen Industriezweige ausbilden könnte. Allein es gebe mancherlei wirtschaftliche Fragen, die zur Behandlung auf der Konferenz geeignet seien. Zunächst den Frankfurter Vertrag, dessen Artikel 11 Deutschland in Frankreich die Meistbegünstigung einräumte. Frankreich sei dadurch verhindert worden, besondere Abmachungen mit Belgien zu treffen, dessen Ausfuhr zum Teil ähnlich derjenigen Deutschlands erscheint, oder auch mit der Schweiz, weil Deutschland alsdann dieselben Vorteile zu beanspruchen gehabt hätte. Nachdem jetzt der Vertrag zerrissen, sei Frankreich frei, seine Geschäftsbeziehungen mit den beiden Nachbarn nach eigenem Ermessen zu ordnen, denn sowie es früher außerstande war, Bedingungen frei anzubieten, so war es Kraft des Gesetzes der Gegenseitigkeit ebenfalls daran gehindert, solche frei und ohne Nebenwirkung entgegenzunehmen. Die französische Zollordnung erweise sich als besonders geeignet für einen Handelskrieg. Ein aus Parlamentariern zusammengesetzter Zollausschuß sei mit der Ausar-

beitung von Änderungen am Zolltarif beschäftigt. Der Minister könne unter besonderen Umständen Zölle durch einfachen Erlaß erhöhen oder ermäßigen. Im Jahre 1910 z. B. seien Maßnahmen gegen die Preisschleuderung getroffen worden. Es genüge, wenn man dieses Gesetz in Kraft setze, um sämtliche „unerwünschten“ deutschen Erzeugnisse vom französischen Markte fernzuhalten. Andererseits bedürfe man neuer Gesetze, um zu verhindern, daß heimliche Vorstöße der Deutschen auf dem Gebiet der Finanz und des Handels mittels Banken und Handelsvereinigungen unternommen werden, die zu Zwecken der Späherei gegründet werden. Eine der zu erörternden Fragen betreffe die neutralen Märkte. Warum, frage man, könne man nicht ein Abkommen etwa zwischen England und Frankreich schließen, wonach dem einen oder andern der beiden Länder gewisse Absatzgebiete zugeteilt würden, was eine schädliche Unterbietung vermeiden würde? Man rege an, die beiden großen Handelsstaaten sollten sich in der Weise zusammenschließen, wie die Riesentrusts in Amerika. Auf diese Weise könnten sie nebeneinander bestehen, es könnten sich Ringe von Fabrikanten bilden, um die Preise zu halten und den Wettbewerb einzuschränken. Eine solche Regelung ließe sich auch auf die Kolonien anwenden. So ließe sich der Gedanke des englischen Handelsministers Runciman, in Ägypten, im Sudan und Indien genug Baumwolle zur Versorgung der britischen Baumwollfabriken zu gewinnen, weiter ausspinnen; Frankreich könnte seinerseits aus dem Größer-Britannien seine Garne beziehen, da seine eigenen Besitzungen sich für eine erfolgreiche Baumwollgewinnung weniger eigneten, wogegen man ihm die Gewinnung von Rohstoffen für die Ölbereitung überlassen könnte, wofür seine eigenen Gebiete sich vortrefflich eignen könnten. Weiter habe England zweifellos Erfolge in der Bereitung von Chemikalien und der tatsächlichen Gründung einer neuen Industrie in diesem Zweige erzielt; ein Zusammenwirken auch nach dieser Richtung ließe sich mit Frankreich vereinbaren.

Die interparlamentarische Konferenz wurde durch den Präsidenten der französischen Republik, Poincaré, am Vormittag des 27. April im Elysée feierlich eröffnet. Der Präsident hielt dabei folgende Rede (Savas-Agentur vom 27. April 1916):

„Meine Herren! Es ist mir sehr angenehm, Sie alle herzlich begrüßen zu können. Frankreich ist glücklich und stolz, so vielen hervorragenden Männern, Gesetzgebern, Rechtskundigen, Handeltreibenden und Wirtschaftlern Gastfreundschaft zu bieten, welche alle zu befreundeten Nationen gehören und welche ihre freie Tätigkeit dazu verwenden wollen, die im Krieg groß gewordenen Bündnisse, die dazu bestimmt sind, im Siege und im Frieden Früchte zu tragen, noch

lebendiger und fruchtbarer zu gestalten. Ohne Zweifel nehmen Sie für Ihre freiwilligen Zusammenkünfte keinen offiziellen Charakter in Anspruch. Ihre Konferenz, die Sie vor allem berufen zur Prüfung der Frage der Handelspolitik, beabsichtigt, Lösungen zu suchen und nicht, Resolutionen festzustellen. Sie denkt nicht daran, in die parlamentarische Unabhängigkeit oder in die Verantwortlichkeiten der Regierungen einzugreifen; aber in den Grenzen, die Sie sich freiwillig gezogen haben, können Sie ein Werk der Zukunft leisten und die ersten Samenkörner zukünftiger Ernten streuen. Es ist bereits eine ausgezeichnete Sache, die Gelegenheiten zu Begegnungen zwischen den Angehörigen der verbündeten Länder zu vervielfältigen und die Völker, welche für die gleiche Sache kämpfen, daran zu gewöhnen, ihre Gefühle zu verschmelzen und ihre Absichten zu konzentrieren. Die Häufigkeit dieser Annäherungen und dieser Unterredungen ist ein Zeichen der Zeit. Dieser allgemeine Krieg wird eine neue Welt erzeugen. Es wird nicht die Welt der blinden Gewalt und der systematischen Wildheit sein. Es wird die Welt des souveränen Rechtes und der triumphierenden Vernunft sein. Erinnern Sie sich, meine Herren, an die erste Sitzung Ihrer Konferenz, als Sie in einem friedlichen Lande versammelt waren, das nicht nur gegen Angriffe geschützt war durch seine heilige Schwäche, sondern das auch für unverletzlich erklärt und feierlich garantiert war durch internationale Verträge. Sie fanden sich auf diesem Lande der Zuflucht mit deutschen Delegierten zusammen. Diese haben an Ihren Arbeiten teilgenommen, sie haben vorgegeben, sich dafür zu interessieren, sie haben mit Salbung die Worte der Gerechtigkeit und Eintracht ausgesprochen, sie haben mit Ihnen der belgischen Regierung für Ihre Aufnahme und ihre Höflichkeit gedankt. Einige Monate später kehrten Sie nach Belgien zurück. . . . Wie können Sie verlangen, daß wir nicht ständig den Kontrast dieser beiden Bilder vor Augen haben? Wir kämpfen nicht allein für unsere Nationen, für ihre Unabhängigkeit, ihre Überlieferungen und ihre Zukunft. Wir kämpfen nicht allein gegen angriffslustige Nachbarn und ihre anmaßenden Unternehmungen, wir kämpfen gegen den Stolz der Eindringlinge und gegen die rasende Wut der Feinde des Menschengeschlechts. Und diesen Kampf wollen wir zu Ende führen, sicher, wie wir sind, mehr und mehr die Meinung aller denkenden Männer für uns zu haben. Während Sie hierher kommen, um zusammen Lösungen der Gerechtigkeit zu suchen, ist es die bewaffnete Gerechtigkeit, welche sich unter Ihren Fahnen und unter den unsrigen schlägt von den Linien der Yser bis zu denjenigen des Karst. Sie ist es, welche den Weg nach Saloniki versperrt, nach Trapezunt vordringt und ruhmreich die vorgeschobenen Werke von Verdun verteidigt. Sie wird das Schwert nicht sinken lassen, bevor sie das Übel zur Ohnmacht gezwungen und die Ungerechtigkeit zertrümmert hat. Meine Herren, es leben die Verbündeten!"

Im Namen der ausländischen Abordnungen an der Konferenz antwortete ihm der Italiener Luzzatti (Savas-Agentur, 27. April 1916). Er begann mit einer Lobpreisung des französischen Opfergeistes und

der französischen Tapferkeit und erinnerte daran, daß diese zweite Zusammentunft die Nachfolgerin einer ersten sei, die im Jahre 1914 in Brüssel stattgefunden habe. Luzatti fuhr fort:

„Obgleich Belgien nur einen kleinen Winkel Europas innehat, nimmt es einen großen Platz in der moralischen Geographie der Völker ein, und heute, wo es sein Gebiet fast vollständig verloren hat, hat es seine wiedererwachende Lebenskraft und seine bevorstehende Wiederherstellung bekundet durch die an die verbündeten und befreundeten Völker gerichtete Einladung, durch welche es erklärt, daß das Wesen des belgischen Staates immer noch besteht, daß es in der zivilisierten Welt strahlt, und daß es, wie alle Nationen, die eine Mission zu erfüllen haben, unsterblich ist. In diesen epischen Augenblicken der Schmerzen und Größen haben wir Franzosen, Engländer, Belgier, Russen, Serben, Portugiesen, Italiener in diese Stadt Paris kommen wollen, welche noch immer der große Herd des allgemeinen Lichtes ist. Wir haben kommen wollen zur lebenden Bekundung einer unvergänglichen Solidarität in dem Kampfe für den siegreichen Frieden und für den Triumph der Verständigungen zwischen den bürgerlichen Institutionen der verbündeten und befreundeten Länder.“

Auf der Konferenz selbst waren vertreten:

Frankreich, England, Italien, Belgien, Serbien und Portugal; insgesamt mit über 400 Vertretern.

Es erregte kein geringes Aufsehen, daß keine russischen Vertreter erschienen waren. Ursprünglich war als Vertreter Rußlands der Handelsminister Schachowsky bestimmt worden, der aber den Auftrag ablehnte und aus seinen Bedenken gegenüber den Absichten der Konferenz kein Hehl machte. Das Fernbleiben der Russen gab Anlaß zu allerlei Kommentaren, denen die russische Gesandtschaft in Bern nachträglich durch folgende amtliche Note entgegentrat:

„Die erste interparlamentarische Handelskonferenz der Entente-mächte fand in Paris ohne Beisein der russischen Vertreter statt. Dringende parlamentarische Arbeiten und die Länge und Umständlichkeit der Reise haben die russischen Delegierten verhindert, rechtzeitig zur Eröffnung der Konferenz einzutreffen, was insbesondere in Petersburg als auch in Paris lebhaft bedauert wurde. Indessen ist dieses Ausbleiben der russischen Parlamentarier ohne tatsächliche Bedeutung, vielmehr ist ihre Beteiligung an den gemeinschaftlichen Arbeiten der Konferenz vollkommen gesichert. Jedermann, der mit diesen Fragen vertraut ist, weiß, wie lebhaft sich die russische öffentliche Meinung und insbesondere die parlamentarischen Kreise dafür interessierten. In Petersburg ist ein Komitee gegründet worden, bestehend aus hervorragenden Mitgliedern der Reichsduma und des Reichsrates, wobei auch die Delegierten nach Paris gewählt wurden. Der Vorsitzende dieses russischen Komitees, Mitglied des Reichsrats und ehemaliger Handelsminister Simirjasew, drahtete an Herrn Chaumet aus Anlaß der Eröffnung der Sitzungen in Paris, daß die russische Delegation

es lebhaft bedaure, nicht rechtzeitig in Paris eintreffen zu können, und sprach die Überzeugung aus, daß sie dessen ungeachtet ihrerseits im Sinne der Verwirklichung der Aufgabe der Konferenz wirken werde. Wie aus einer unlängst von der Regierung an die Reichsduma erfolgten Erklärung ersichtlich ist, sollen hinfort in Rußland Fragen allgemeiner Finanzpolitik sowie solche betreffend internationale wirtschaftliche Beziehungen von einer besonderen Kommission geprüft werden. Diese Kommission ist zunächst zusammengesetzt aus 9 Mitgliedern des Reichsrats, 9 Mitgliedern der Reichsduma, je 3 Mitgliedern, entsandt vom Ministerium des Äußern, vom Finanzministerium, vom Ackerbau- und vom Handelsministerium und von je einem Delegierten des Kriegs- und Marineministeriums, sowie des Ministeriums für Verkehrswesen. Außerdem nehmen Vertreter der russischen Ackerbaugesellschaft, des Moskauer Börsenkomitees und der Kammer für Ausfuhrbewilligung als ständige Mitglieder obiger Kommission an deren Arbeiten lebhaften Anteil. Der Vorsitzende der Kommission ist überdies berechtigt, auch andere maßgebende Persönlichkeiten zur gemeinsamen Arbeit heranzuziehen. Letztere hat somit einen vorbereitenden beratenden Charakter, und die Sitzungsprotokolle der Kommission werden von einer besonderen finanziellen und wirtschaftlichen Konferenz geprüft, die aus sechs Ministern besteht und vom Ministerpräsidenten geleitet wird.“

Diese Note war darauf berechnet, den ungünstigen Eindruck, den das Fernbleiben der Russen allenthalben, besonders in Paris, verursacht hatte, nach Möglichkeit zu beseitigen. Man geht aber in der Annahme nicht fehl, daß in russischen Regierungskreisen erhebliche Bedenken gegen die Absichten der Konferenz in erster Linie die Ursache des Wegbleibens russischer Vertreter gewesen waren.

Außer Rußland war auch Japan auf der Konferenz nicht vertreten.

Aus England und den Kolonien waren 42 Vertreter erschienen unter dem Wortführer, Abgeordneten Randles. Italien hatte 43 Kammerabgeordnete und Senatoren unter Führung Luzzattis geschickt; außer ihm gehörten der italienischen Vertretung an wichtigeren Persönlichkeiten an: Marconi, Maggiorino Ferraris, Rava und Gallenga. Serbien hatte 14 Vertreter, darunter 8 ehemalige Minister geschickt. Die französische Abordnung, die nahezu die Hälfte aller Teilnehmer umfaßte, wurde von Chaumet geführt; bei der Eröffnung und an einzelnen Sitzungen nahmen indessen auch der Ministerpräsident Briand und der Handelsminister Clémentel teil.

In den Verhandlungen wurden die einzelnen Punkte zunächst von den Franzosen durchgesprochen. Sie betrafen eine gemeinsame Handelsgesetzgebung, vornehmlich Schutzmaßnahmen gegen die zu erwartende Überschwemmung mit deutschen Erzeugnissen nach dem Friedensschluß. Ferner wurde beraten der Plan einer Herabsetzung der Post-

und Telegraphengebühren, Verträge über den internationalen Gütertransport und Schaffung eines Patentrechtes unter den Mächten des Vierverbandes. Besonders ausführlich sprach man über die Frachtheuerung, bei welcher Gelegenheit die italienischen Abgeordneten mit Nachdruck auf die großen Opfer hinwiesen, die Italien durch diesen unhaltbaren Zustand auferlegt seien. Es wurde im Zusammenhang damit eine Entschließung angenommen, die die Beschlagnahme von Handelsschiffen gegen Entschädigung als notwendiges Mittel empfahl.

Des ferneren befaßte sich die Konferenz mit einer Internationalisierung der Gesetzgebung über Handelsgesellschaften und mit Maßnahmen zur Verminderung des Metallgeldumlaufes durch Schaffung einer internationalen Kompensationskammer. Luzzatti vertrat vor allem den Plan einer internationalen Verrechnungskammer (Clearing House), indem er die Einführung eines internationalen Scheckverkehrs zwischen den Emmissionsbanken Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens zur Verhinderung der Kurspekulation empfahl. Luzzatti richtete an England einen dringenden Appell, seinen Verbündeten nicht nur bloß mit Anleihen auf ihren Goldvorrat beizustehen, sondern an der Schaffung eines solchen Instituts tätig mitzuwirken. Er hoffte davon eine Erleichterung der Unterbringung von internationalen Anleihen und eine Besserung der Wechselkurse. Es solle diese neue Einrichtung nicht nur Italien, England, Frankreich und Rußland, sondern auch nach ihrer Wiederherstellung Belgien und Serbien zugute kommen. Weiter wurde beraten über die Einrichtung eines gemeinsamen Postscheckverkehrs und die Aufstellung gemeinsamer Grundsätze betreffend falsche Warenbezeichnungen.

Erwähnt sei ferner der Vorschlag des Grafen Belfort de la Rogue und M. A. de Laigue betreffend ein internationales Patentamt. Es solle dieses dem deutschen Patentamt nachgebildet sein und gegen dessen Betätigung, die die Nachahmung ausländischer Patente erleichtere, wirken. Nach dem Vorschlag der beiden Genannten solle der Erfinder in seinem Heimatland ein Patent anmelden lassen und die üblichen Gebühren zahlen. Sodann deponiert er es durch Vermittlung der Verwaltungsbehörde seines Landes in einem internationalen Bureau, das in Bern oder Brüssel errichtet werden könnte. Die Patentbeschreibung würde in vier Sprachen abgefaßt, auf französisch, italienisch, englisch und spanisch. Die anderen Länder würden wahrscheinlich die Diplomatensprache zulassen. Dieses zweite Patent würde einer bestimmten Taxe unterliegen, die nur einmalig zu entrichten ist, wie dies bei Eintragungen internationaler Schutzmarken der Fall ist. Die Ausgaben hierfür würden sich für den Erfinder auf nicht mehr als 5—600

Francs, statt 10000 Francs, belaufen. Die registrierten Patente würden mit den notwendigen Einzelangaben in einer besonderen Schrift veröffentlicht. Durch die Eintragung in dem internationalen Bureau wäre der Schutz des Patentes in allen Vertragsländern auf 25 Jahre gesichert. Die neutralen Länder könnten gemäß § 16 der Konvention vom 20. März 1883 betreffs industrielles Eigentum an diesem Abkommen teilnehmen. Endlich würden sich die verbündeten Staaten verpflichten, die Ausbeutung keiner Erfindung und keines Patentes auf ihrem Gebiet zuzulassen, ohne die ausdrückliche Zustimmung des Erfinders während der ganzen Dauer des Patentschutzes. Hierdurch wäre die kaufmännische Räuberei Deutschlands lahmgelegt, und der künftige Handelskrieg würde sich unter Bedingungen unbedingter Gerechtigkeit entwickeln.

Aus dem Beratungsstoff sowohl, wie aus der Art seiner Behandlung, ist ersichtlich, daß man mit größter Vorsicht zu Werke ging und über einen allgemeinen Rahmen nicht hinauskam.

Insofern wurde aber das Ziel der Förderer des Gedankens erreicht, als die Öffentlichkeit das volle Interesse der Sache zuwandte und der Meinungsaustrausch in verstärktem Umfange fortgesetzt wurde.

Die Konferenz, die zur Beratung einzelner Fragen Studienkommissionen und einen dauernden Ausschuß zur systematischen Weiterführung der begonnenen Arbeiten einsetzte, löste sich, nachdem sie noch eine festliche Reise nach Bordeaux gemacht hatte, am 29. April auf.

Ämtliche Berichte über die vertraulich geführten Verhandlungen und ihre Ergebnisse, oder formulierte Beschlüsse der interparlamentarischen Konferenz sind nicht bekannt gegeben worden. Die französische Regierung fand es übrigens auf verschiedene Vorhalte hin für angemessen, zu erklären, daß die Konferenz nicht auf die Initiative des französischen Ministeriums zusammengetreten sei.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14.—17. Juni 1916.

Es ist aus dem Fortgang, den die Bestrebungen zur Bildung eines defensiven und offensiven Handelsbündnisses der Ententemächte, der „ökonomischen Entente“, genommen haben, deutlich erkennbar, daß für die Idee systematisch geworben wurde. Zunächst von den Italienern, die aber immer mehr zurücktraten; dann von den Franzosen und am entschlossensten von der französischen Regierung selbst. Diese gewann einflußreiche Kreise Englands, denen gegenüber die englische Regierung, die ursprünglich liberalen Anschauungen gehuldigt, die Freiheit der Bestimmung ihrer Entschlüsse mehr und mehr verlor. Diese Politik der Konzessionen des englischen Kabinetts an die oppositionelle konservative Partei wurde sowohl von radikalen Arbeiterblättern, als auch von klarblickenden Wirtschaftspolitikern, wie dem Economist-redakteur Hirst, scharf beleuchtet. Aber diese Stimmen waren machtlos gegen eine rücksichtslose Agitation, die es vermochte, den eben genannten Wirtschaftspolitiker Hirst und den entschlossen freihändlerischen Vorstand der Handelskammer Manchester zu beseitigen. Es wurde nie völlig klar, wer eigentlich die Urheber dieser Agitation im Schoße der Regierungen waren. Nach englischen Mitteilungen war es in Frankreich an erster Stelle neben dem Ministerpräsidenten Briand der Handelsminister Clémentel; in England waren es der Führer der Torypartei, Bonar Law, und der unermüdlich werbende, imperialistische australische Ministerpräsident Hughes, seiner politischen Herkunft nach Arbeitervertreter. Entsprechend den verschiedenartigen politischen Ansichten waren die Ansichten in volkswirtschaftlichen Angelegenheiten verschieden. Nur eines war aller Bestrebungen gemeinsames Ziel: Deutschlands Wettbewerb dauernd auszuschalten oder wenigstens dergestalt niederzuhalten, daß von ihm kein störender Eingriff in das eigene Wirtschaftsleben befürchtet werden mußte. Aber entsprechend den verschiedenartigen politischen Anschauungen waren die

Wege verschieden, auf denen man sicher zu dem gemeinsamen Ziel zu gelangen hoffte.

Um diese verschiedenartigen, vielfach auseinanderstrebenden Kräfte zusammen zu fassen, war auf der diplomatischen Konferenz der Ententemächte, wie oben S. 26 bereits erwähnt, u. a. beschlossen worden, einen dauernden Ausschuß in Paris einzusetzen, der die Bemühungen der bisherigen wirtschaftlichen Konferenzen verstärken und erweitern und einheitlich gestalten sollte.

Zugleich aber war auf der diplomatischen Konferenz beschlossen worden, neben diesem gemeinsamen Ausschuß und in dauernder, enger Verbindung mit ihm in jedem Land selbständige Regierungsausschüsse zu schaffen, die die wirtschaftspolitischen Probleme zu studieren, die Gegensätze auszugleichen und den Regierungen Anregungen und Vorschläge auf diesem Gebiet zu unterbreiten hatten. Diese Ausschüsse wirkten in der Folgezeit unauffällig, doch äußerst erfolgreich. Nur selten hörte oder las man davon, daß die Arbeiten erfolgreich gefördert wurden.

In welcher Weise die Agitation für den Gedanken der ökonomischen Entente beispielsweise in England betrieben wurde, zeigt ein vom „Manchester Guardian“ im Mai 1916 berichteter Vorgang. Die Handelskammer Manchester hatte sich von ihrem Vorstand eine Denkschrift ausarbeiten lassen, in der sich dieser zu liberalen Handelsmethoden, insbesondere nachdrücklich zum Grundsatz des Freihandels bekannte. Diese Denkschrift fand den Beifall der Kammer nicht, die ihren Vorstand darauf nötigte, zurückzutreten, um einem schutzöllnerischen Platz zu machen, der sich auch den Handelskriegsplänen gewogen zeigte.

Bemerkenswert ist eine Debatte über den Handelskrieg im Oberhaus vom 12. April, von der die „Daily News“ folgendes berichtet:

„Auf Ansuchen des Lord Courtney wurde im Oberhaus die demnächst tagende Wirtschaftskonferenz in Paris erörtert . . . Lord Courtney war entschieden gegen einen Handelskrieg mit Deutschland. Er bezeichnete die Konferenz als „eine Gefahr“. Alles was er fordert, ist „eine auf Anerkennung gleicher Rechte gegründete gegenseitige Verständigung“ und nicht der angestrebte Antagonismus gegen das deutsche Volk, deutschen Handel und deutsche Wohlfahrt. Er war aufgebracht über die Äußerung Runcimans, daß Deutschland „niemals wieder das Haupt erheben dürfe“, und nicht einmal durch Runcimans Erklärung zu beruhigen, er habe gemeint, Deutschland dürfe nicht wieder seinen „Helm erheben“. Lord Courtney fragte, wie es möglich sein sollte, den deutschen Handel zu unterdrücken, ohne Antwerpen und Rotterdam schwer zu schädigen und zweifelte an der Möglichkeit einer russisch-deutschen Grenzsperrre. Der „Freihandel“, sagte er, „hat uns in den Stand gesetzt, diesen Krieg durchzuführen

und andere Staaten zu unterstützen, Freihandel allein wird unserem Lande Wohlfahrt und Frieden wiederbringen.“ . . . Lord Crewe führte aus, daß die Konferenzen von Frankreich durch offizielle Besprechungen mit England im Vorjahre angeregt wurden. Sie werden sich mit „laufenden Angelegenheiten“ sowie mit Fragen befassen, „die mit Kriegsschluß spruchreif werden“. Zu den nach dem Kriege zu ergreifenden Maßnahmen zählen: Die Wiederaufrichtung des Handels unter den Verbündeten; die Sicherstellung der künftigen wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Verbündeten.“

Im ganzen schien im Mai die Angelegenheit so weit gefördert, daß man eine neue Konferenz für die nächste Zeit ins Auge fassen konnte. Diese sollte alle geleisteten Vorarbeiten zusammenfassen und daraus bestimmte Richtlinien für die Gestaltung der zukünftigen Wirtschaftspolitik vorschlagen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß ein neues Motiv in die Besprechung geworfen wurde: Abwehr gegen den Wirtschaftsblock Mitteleuropa. Es sei in diesem Zusammenhang ein Aufsatz Max Hoshillers in der „Revue de Paris“ (15. April 1916) erwähnt, der die Möglichkeit einer deutsch-österreichisch-ungarischen wirtschaftspolitischen Verständigung und die daraus erwachsende Gefahr für die Ententestaaten sehr skeptisch beurteilt; ohne aber damit zu erreichen, daß man bei der Entente davon abgesehen hätte, die eigenen handelspolitischen Maßnahmen äußerlich mit den deutsch-österreichischen Bestrebungen zu begründen. Hoshiller schreibt:

„Trotz aller Gründe, die namentlich von Fr. Naumann, Hermann Levy (Heidelberg), Julius Wolf (Berlin) und Franz v. Liszt auf deutscher, von P. Fleischl (in Schmollers „Jahrbuch“), E. v. Philippovich, Erich Pistor und Eduard Palvi (Schriftleiter des „Budapesti Naplo“) auf österreichischer Seite dafür ins Feld geführt worden sind, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß es zu der vielfach angestrebten mitteleuropäischen Vereinigung kommt. Eine solche wäre in zweifacher Gestalt möglich: in der des Zollverbandes oder in der der wirtschaftlichen Annäherung. Die Schließung des ersteren mit Aufhebung aller Grenzzölle, die zurzeit ein rein fiskalisches Gepräge tragen, würde in den Staatshaushalt beider Reiche ein solches Loch reißen, daß sie schon aus diesem Grunde nicht ernstlich in Frage kommen könnte. Ferner müßten alle Erzeugnisse, die in Deutschland einerseits und in Osterreich-Ungarn andererseits Verbrauchssteuern unterworfen sind, bei ihrer Einführung aus dem anderen Lande nach wie vor mit Eingangszöllen belegt werden. Diese Verbrauchssteuern sind aber in beiden Ländern nicht nur in ihrer Höhe, sondern auch hinsichtlich der Art ihrer Erhebung so verschieden, daß es nicht möglich wäre, einen Ausgleich zwischen ihnen herzustellen, ohne die ganzen Steuersysteme zu vereinheitlichen, und das würde auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Dagegen wäre eine wirtschaftliche Annäherung, die, an und für sich betrachtet, für die Vierverbandsmächte geringere Gefahren in sich schließen würde als ein Zollverein, theoretisch nicht schlechterdings un-

denkbar. Sie würde sich nach den bis jetzt darüber gepflogenen Verhandlungen erstrecken — oder erstreckt sich vielleicht zur Stunde schon — auf die Gesetzgebung über den Scheckverkehr (Budapester Kongress von 1907), auf eine bessere Regelung der Grenzzölle (Nürnberger Konferenz von 1908), auf Abschließung von Handelsverträgen (Budapester Kongress von 1914) und auf Vereinfachung der Bedingungen für Warenbeförderung auf Eisenbahnen und Schifffahrtswegen.

Das alles würde, wenn es zustande käme, einen wesentlichen Fortschritt bedeuten, und die Verbandsmächte hätten allen Grund, diesem Beispiel zu folgen. Allein die Vorteile würden nur Deutschland und Ungarn zugute kommen, aber nicht Österreich, das im Gegenteil dadurch in eine Zwickmühle geraten würde. Die österreichischen Industriellen könnten sich unmöglich zu einer Herabsetzung der sie schützenden Eingangszölle verstehen, um so weniger, als schon die jetzt bestehenden Schutzzölle sie nicht gegen die Überflutung ihres Marktes durch einen überaus rührigen Mitbewerber sichern.

Was soll nun aber unter solchen Umständen daraus werden, wenn es nächstens zu einer Erneuerung des 1917 ablaufenden Handelsvertrages kommt? Entweder die Zolltarife werden beibehalten, dann muß dank den günstigeren Produktionsbedingungen die Einfuhr von Deutschland nach Österreich weiter wachsen; oder die Tarife werden herabgesetzt, um Zugeständnisse von deutscher Seite als Gegenleistung zu erlangen, und es wird so ebenfalls der deutschen Erzeugung und Ausfuhr ein verstärkter Anreiz geboten.

In beiden Fällen, so drückt sich der Sekretär der Wiener Handelskammer Erich Pistor aus, muß die wirtschaftliche Lage Österreichs sich beständig verschlimmern, der deutsche Einfluß in Österreich wie in Ungarn ohne Gegenleistung von der anderen Seite in gleichem Maße wachsen. Schließlich muß die Spannung zu einem Tarifkriege führen.

Vor allem aber würde auch selbst eine wirtschaftliche Annäherung zwischen den Mittelmächten, wenn sie zustande käme, um wieviel mehr also ein Zollverband, tiefgreifende Verschiebungen politischer Interessen nach sich ziehen.“

Im weitern führt der genannte Verfasser aus, daß der Einfluß des Deutschtums in Österreich zunehme, wodurch eine Erstarkung Österreich-Ungarns befürchtet werden müsse, dem es von seiten der Entente zu begegnen gelte.

Zu raschem Handeln und zu durchgreifenden Maßnahmen riet der Konferenz der ehemalige Minister Jean Cruppi (Matin, 6. 3. 16). Er betonte in einem Aufsatz dieses Blattes zuerst Frankreichs Verdienst, die Anregung zu der Konferenz gegeben zu haben. Notwendig sei, daß die Angelegenheit unverzüglich gefördert würde, daß die Vertreter der Staaten auf der Konferenz mit ausreichenden Vollmachten versehen seien und daß die Verhandlungen im Geiste des wechselseitigen Vertrauens geführt würden. Eine freundschaftliche Zollverständigung

genüge nicht; das Wirtschaftsbündnis müsse sich auf die Gesamtheit der Handelsbeziehungen erstrecken und einen Austausch von Ideen, Persönlichkeiten und Arbeitern ebenso wie den von Rohstoffen und Fabrikaten zur Folge haben. Zur Frage der deutschen Gefahr, erklärte Cruppi: das einfachste Mittel sei eine Zusatzklausel zum Londoner Abkommen vom September 1914, die auch einen wirtschaftlichen Sonderfrieden mit Deutschlands ausschliesse. Es gelte, gegen die deutsche Gefahr gewappnet zu sein, die für die Zeit nach Friedensschluß in einer Überschwemmung des Marktes mit deutschen Waren zu Schleuderpreisen bestehe. Es gelte, auch die Neutralen in den Bereich der ökonomischen Entente zu ziehen.

Es war offenbar auch gelungen, die russische Regierung zu einer lebhafteren Anteilnahme zu bewegen, denn in Petersburg befaßte sich ein besonderer Ausschuß damit, für die russischen Vertreter auf der Konferenz Weisungen auszuarbeiten.

Vom 14. bis zum 17. Juni tagte sodann die lange vorbereitete Konferenz, die die Bezeichnung „Pariser Wirtschaftskonferenz“ erhielt und die, im Gegensatz zu der interparlamentarischen Wirtschaftskonferenz vom 27.—29. März des gleichen Jahres, und zu den verschiedenen anderen Konferenzen, die sich mit wirtschaftlichen Fragen befaßt hatten, amtlichen Charakter hatte.

Es nahmen an dieser Tagung teil von französischer Seite: der Handelsminister Clémentel, der den Vorsitz führte, der Kolonialminister Doumergue, M. Sembat, Minister der öffentlichen Arbeiten, A. Métin, Minister für soziale Fürsorge, S. Chierry, Unterstaatssekretär im Kriegsamt, L. Nail, Unterstaatssekretär des Marineministeriums und der Generalsekretär Jules Cambon; von englischer Seite: Marquess of Creve, Kolonialminister Bonar Law, der australische Premierminister W. M. Hughes und der kanadische Handelsminister G. Foster; von russischer Seite: der Reichskontrolleur Pokrowsky und der Ministergehilfe Prilejajeff; Italien war durch den Finanzminister Daneo und den Pariser Botschafter Tittoni, Japan durch den früheren Finanzminister Satatani, Portugal durch den Finanzminister Alfonso Costa und den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten A. Soares, Serbien durch den Handelsminister Marinkowitsch, Belgien durch den Kriegsminister de Broqueville, Minister des Außern Baron Beyens, Finanzminister van de Byvère und den Ministerialrat D'Alviella amtlich vertreten. Außerdem nahmen in jeder Abordnung eine Reihe von technischen Sachverständigen an den Beratungen der Konferenz teil.

Der Zweck dieser Zusammenkunft war, nach der Darstellung englischer Zeitungen, in einen Meinungsaustausch über die aus dem

Kriegszustand sich ergebenden wirtschaftlichen Probleme einer näheren und einer ferneren Zukunft einzutreten. Auf Grund eines von langer Hand vorbereiteten Programms sollten die Vertreter der einzelnen Länder den Standpunkt ihrer Regierungen darlegen, um, wenn möglich, zu einer gemeinsamen Grundlage für die zukünftige handelspolitische Gesetzgebung zu gelangen. Die Beschlüsse der Konferenz sollten der Ratifikation durch jede einzelne Regierung vorbehalten bleiben. Insofern unterscheidet sich diese Wirtschaftskonferenz von der diplomatischen Konferenz vom März des gleichen Jahres, deren Entschlüsse zwingenden Charakter getragen.

Die Programmpunkte bezogen sich auf die Zeit während des Krieges, die Zeit des Wiederaufbaues und die zukünftige Friedenszeit. Sie gingen von dem Gedanken aus, daß der Vertrag von London vom 4. September 1914, der die diplomatische und militärische Gemeinschaftlichkeit festlegte, seine Fortsetzung in einer gemeinschaftlichen Handelspolitik der Verbündeten finden müsse, wenn nicht der durch Waffen errungene bzw. zu erringende Erfolg in wenig Jahren illusorisch gemacht werde.

Bonar Law erklärte: „die Bande, die der Krieg um uns geschlungen hat, werden über den Krieg hinaus fortbestehen, und das soll die Konferenz der Welt klar machen.“ Der Abgeordnete Landry äußerte sich im „Petit Parisien“, „der Krieg hat uns die Augen geöffnet und hat uns Franzosen, Engländern, Russen, Italienern und Belgiern den wahren Charakter des deutschen Wettbewerbs zum Bewußtsein gebracht. Wir wissen heute, daß die Methoden der Deutschen illoyal sind, daß ihre Initiative vor nichts Halt macht, und daß sie sich der wirtschaftlichen Spionage bedienen. Der deutsche Kaufmann will sich nicht nur bereichern, er will zugleich seinem Vaterlande nützlich sein und die kriegerische Eroberung vorbereiten. Gegen ein solches Volk müssen wir auch nach dem Kriege in Verteidigungsstellung verharren. Wir müssen uns gegen die Wiederkehr solcher Methoden schützen und auf unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit bedacht sein. Das können wir nur durch einen engen Zusammenschluß!“

Mit besonderer Spannung sah man der Haltung Englands zu der künftigen Handelspolitik entgegen, und es wurde als bezeichnende Vorbedeutung angesehen, daß nicht Runciman, sondern Lord Crewe als englischer Vertreter nach Paris kam, was als ein Abbrechen vom Freihandel gedeutet wurde, da Runciman den Tendenzen Bonar Laws und des australischen Vertreters Hughes bisher eher entgegengewirkt hatte.

Der französische Ministerpräsident Briand eröffnete die Tagung der Wirtschaftskonferenz am 14. Juni mit einer Begrüßungsansprache.

(„Temps“ 14. 6. 16.) Er bezeichnete es als Aufgabe der Konferenz, die Grundlagen für den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Alliierten zu schaffen. Die Zeit des Wiederaufbaues verlange Ausnahmemaßnahmen und ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten zur wechselseitigen Nutzbarmachung ihrer natürlichen Hilfsquellen. Er betonte die eingehenden Vorarbeiten, die von jeder Vertretergruppe in den einzelnen Ländern geleistet worden seien und versprach sich einen vollen Erfolg der Beratung. Er bezeichnet es als notwendig, daß die Verhandlungen von dem feurigen Willen, zu siegen, durchzogen seien.

Die Verhandlungen der Tagungen blieben geheim, und gelegentliche Mitteilungen der französischen Presse wurden von der Zensur zum Teil unterdrückt. Welcher Art der Geist und der Erfolg der Verhandlungen gewesen ist, bezeugen die sehr ausführlichen Resolutionen, die von allen Vertretern der verbündeten Staaten angenommen wurden. Sie lauten:

„Die Vertreter der verbündeten Regierungen haben sich in Paris unter Vorsitz des Handelsministers Clémentel von 14. bis 17. Juni versammelt, um die Aufgabe zu lösen, die ihnen die Pariser Konferenz vom 28. März 1916 überwiesen hatte, nämlich ihre gemeinsamen Ansichten und Interessen in die Tat umzusetzen und ihren Regierungen die geeigneten Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Einheit vorzuschlagen. Sie stellen fest, daß die Zentralmächte, die ihnen, trotz aller Bemühungen zur Verhinderung des Konfliktes den Waffengang aufgedrängt haben, jetzt gemeinsam mit ihren Verbündeten einen Wirtschaftskampf vorbereiten, der nicht nur die Wiederherstellung des Friedens überdauern, sondern im Gegenteil von da ab an Ausdehnung und Intensität gewinnen soll. Die versammelten Vertreter können sich folglich nicht verhehlen, daß die Vereinbarungen, die man zu diesem Zweck bei dem Feinde trifft, augenscheinlich bezwecken, die Herrschaft über Produktion und Absatzgebiete der ganzen Welt an sich zu reißen und den übrigen Ländern eine unannehmbare Hegemonie aufzuzwingen. Angesichts dieser so ernststen Gefahr erachten es die Vertreter der verbündeten Regierungen für ihre Pflicht, im Sinne einer notwendigen und gerechten Verteidigung schon jetzt alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und zu verwirklichen, um einerseits die volle wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Achtung vor gesunden Handelsmethoden für sich und alle neutralen Märkte zu sichern und andererseits eine dauernde Organisation ihres Wirtschaftsbündnisses zu erleichtern. Zu diesem Zweck haben die Vertreter der verbündeten Regierungen beschlossen, den letzteren folgende Resolutionen zur Genehmigung zu unterbreiten:

A. Maßnahmen für die Zeit des Krieges.

I. Die Gesetze und Bestimmungen über Verbot des Handels mit dem Feind sollen in Übereinstimmung gebracht werden. Zu diesem Zweck werden die Verbündeten

- a) ihren Untertanen und allen in ihren Gebieten ansässigen Personen jeglichen Handel verbieten mit:
 1. den Einwohnern feindlicher Länder, welcher Nationalität sie auch sein mögen;
 2. feindlichen Untertanen, wo sie auch ansässig sein mögen;
 3. Personen, Firmen und Gesellschaften, deren Geschäfte ganz oder teilweise in feindlichen Händen liegen oder dem Einflusse von Feinden unterstehen; diese sind in eine besondere Liste einzutragen;
- b) die Einfuhr aller Waren feindlichen Ursprungs in ihre Gebiete untersagen;
- c) eine Einrichtung treffen, wodurch alle mit feindlichen Untertanen abgeschlossenen Kontrakte, die dem nationalen Interesse schaden, kurzerhand aufgehoben werden können.

II. Die in feindlichem Besitz befindlichen oder von Feinden betriebenen Handelshäuser innerhalb des Gebietes der verbündeten Länder werden unter Sequester gestellt oder beaufsichtigt. Man wird Maßnahmen ergreifen, um gewisse dieser Häuser zu liquidieren und die Waren derselben zu verkaufen. Der Erlös aus diesen Verkäufen wird einem Sequester oder Aufseher übergeben.

III. Abgesehen von den Ausfuhrverboten, die infolge der inneren Lage der einzelnen verbündeten Länder erforderlich waren, werden sie die sowohl im Mutterlande wie in den Kronländern, Protektoraten und Kolonien bereits ergriffenen Maßnahmen gegen Zufuhr nach Feindesland noch vervollständigen,

1. indem sie die Konterbandelliste und die Ausfuhrverbote einheitlich gestalten und insbesondere die Ausfuhr aller Waren verbieten, die für absolute oder bedingte Kriegskonterbande erklärt wurden;
2. indem sie die Erteilung von Ausfuhrerlaubnissen in neutrale Länder, von denen aus die Wiederausfuhr nach feindlichen Ländern geschehen könnte, entweder einem allgemeinen Kontrollamt in den betreffenden Ländern unterwerfen, das die Verbündeten genehmigt haben, oder, falls derartige Institute nicht vorhanden sind, die Ausfuhrerlaubnis von besonderen Sicherheiten abhängig machen; beispielsweise durch Einschränkung der ausgeführten Mengen, Kontrolle seitens der Konsularbeamten der Verbündeten, usw. . . .

B. Übergangsmaßnahmen für die Zeit des Wiederaufbaues von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Schiffahrt in den verbündeten Ländern.

I. Die Verbündeten erklärten sich einstimmig bereit, die zerstörten, beraubten und unrechtmäßigen Requisitionen unterworfenen Länder wiederherzustellen. Sie beschließen, gemeinsam Mittel und Wege aufzusuchen, damit jene Länder vor allem entschädigt werden. Man wird sie bei der Wiedererlangung ihrer Rohstoffe, ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Einrichtung, ihrer Viehbestände und ihrer Handelsflotte unterstützen.

II. Die Verbündeten stellen fest, daß der Krieg allen Handelsverträgen mit feindlichen Mächten ein Ende bereitet hat. Sie erachten, daß es während der Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, die der Einstellung der Feindseligkeiten folgen wird, von wesentlicher Bedeutung ist, daß die Freiheit des Handelns keines der Verbündeten durch Ansprüche gehindert wird, welche die feindlichen Staaten geltend machen könnten, indem sie die Meistbegünstigung für sich fordern. Die Verbündeten kommen dahin überein, daß eine solche Behandlung den feindlichen Mächten während einer bestimmten Anzahl Jahre, die sie durch Vereinbarung untereinander festsetzen werden, nicht gewährt werden darf. Die Verbündeten verpflichteten sich, im Falle sich nachteilige Folgen für ihren Handel aus den vorstehend übernommenen Verpflichtungen ergeben sollten, sich gegenseitig während dieser Jahre in jeder nur möglichen Weise Absatzmärkte als Ersatz zu eröffnen.

III. Die Verbündeten erklären sich einstimmig bereit, den verbündeten Ländern vor allem anderen während der ganzen Zeit des Wiederaufbaues von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Schiffahrt ihre natürlichen Hilfsquellen zur Verfügung zu stellen. Sie verpflichten sich, in dieser Hinsicht besondere Abmachungen zu treffen, die den Austausch der Hilfsmittel erleichtern.

IV. Um ihren Handel, ihre Industrie, ihre Landwirtschaft und ihre Schiffahrt gegen wirtschaftliche Angriffe zu verteidigen, beispielsweise gegen Warenverschleudern oder anderen unlauteren Wettbewerb, beschließen die Verbündeten, eine Vereinbarung zu treffen, um einen Zeitraum festzusetzen, während dessen der Handel der feindlichen Mächte besonderen Bestimmungen unterworfen wird. Die Waren feindlichen Ursprungs sollen entweder Verboten oder anderen wirksamen Vorkehrungen unterliegen. Die Verbündeten werden auf diplomatischem Wege besondere Bestimmungen vereinbaren, die während des oben genannten Zeitraumes den Schiffen der feindlichen Mächte auferlegt werden.

V. Die Verbündeten werden, entweder gemeinsam oder jeder für sich, Maßnahmen ausarbeiten, um zu verhindern, daß gewisse, zur nationalen Verteidigung oder wirtschaftlichen Unabhängigkeit notwendige Industriezweige oder Berufe von feindlichen Untertanen in ihren Gebieten betrieben werden.

C. Dauernde Maßnahmen zur gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit unter den Verbündeten.

I. Die Verbündeten beschließen, ohne Zögern die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sich in bezug auf Rohstoffe und die zur natürlichen Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit wesentlichen Fabrikate von jeglicher Abhängigkeit von feindlichen Ländern freizumachen. Die Maßnahmen sollen nicht nur die Unabhängigkeit der Verbündeten in bezug auf Zufuhrquellen, sondern auch in bezug auf die Organisation des Finanzwesens, des Handels und der Schifffahrt, sichern.

Zur Durchführung dieses Beschlusses werden die Verbündeten Mittel und Wege wählen, die ihnen je nach der Natur der Waren und je nach den leitenden Grundsätzen ihrer Wirtschaftspolitik am geeignetsten erscheinen. Hier käme vor allem in Frage: Unterstützung, Leitung oder Kontrolle der Unternehmungen durch die betreffenden Regierungen selbst; Vorschüsse, um wissenschaftliche und technische Forschungen, die Entwicklung der Industrie und der nationalen Hilfsquellen zu fördern; Zölle und zeitweilige oder dauernde Verbote; oder endlich eine Vereinigung all dieser Mittel. Wie auch die angewandten Mittel sein mögen, das Ziel der Verbündeten ist, die Produktion in all ihren Gebieten genügend zu erhöhen, damit sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber den feindlichen Mächten aufrechterhalten und ausdehnen können.

II. Um einen gegenseitigen Warenaustausch anzubahnen, verpflichten sich die Verbündeten, Maßnahmen zu dessen Erleichterung zu ergreifen, einmal durch Schaffung direkter und rascher Verbindungen zu Wasser und zu Lande zu ermäßigten Sätzen, und dann durch Entwicklung und Besserung des Post- und Selegraphenwesens usw.

III. Die Verbündeten verpflichten sich, technische Vertreter zu bestimmen, die geeignete Pläne auszuarbeiten haben, wie ihre Gesetzgebung über Patente, Ursprungszeugnisse, Schutz- und Handelsmarken so einheitlich wie möglich zu gestalten wäre. In Bezug auf Patente, Fabrik- und Handelsmarken, literarische und künstlerische Werke, die während des Krieges in Feindesland entstanden sind, werden die Verbündeten eine möglichst einheitliche Bestimmung treffen, die sofort

nach Einstellung der Feindseligkeiten in Kraft tritt. Diese Bestimmung soll von den technischen Vertretern der Verbündeten ausgearbeitet werden.“

Den Abschluß dieser Resolutionen bildet folgende Verpflichtung der Vertreter der verbündeten Regierungen:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die verbündeten Mächte zur Verteidigung gegen den Feind einstimmig eine einheitliche Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen annehmen wollen, wie sie in den gefaßten Beschlüssen dargelegt sind;

und in Anbetracht der Tatsache, daß die Wirksamkeit einer solchen Politik unbedingt vom sofortigen Inkrafttreten dieser Resolutionen abhängt,

verpflichten sich die Vertreter, ihren betreffenden Regierungen anzupfehlen, ohne Zögern alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, die jene Politik sofort und im ganzen Umfange wirksam macht, und sich gegenseitig zu diesem Zweck erlassene Bestimmungen mitzuteilen.“

Das Schriftstück ist von den Vertretern der verbündeten Mächte in dieser Reihenfolge unterschrieben worden:

- Für Frankreich von: Élémentel, Präsident der Konferenz, Handels- und Industrieminister;
Gaston Doumergue, Kolonialminister;
M. Sembat, Minister der öffentlichen Arbeiten;
A. Métin, Arbeitsminister;
J. Thierry, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium (Intendantur);
L. Nail, Unterstaatssekretär der Marine (Handelsmarine)
- Für Belgien von: Comte de Broqueville, Kriegsminister;
Baron Beyens, Minister des Auswärtigen;
M. van de Vyvere, Finanzminister;
Comte Goblet D'Alviella, Mitglied des Ministerrates.
- Für England von: Marquis de Crewe, Lord-Präsident des Privy Council;
Bonar Law, Kolonialminister;
W. M. Hughes, Premierminister von Australien;
Sir George Foster, Handelsminister von Kanada.
- Für Italien von: Tittoni, italienischem Gesandten in Paris, und Daneo, Finanzminister.
- Für Japan von: Baron Sakatani, ehemaligem Finanzminister.
- Für Portugal von: Alfonso Costa, Finanzminister;
Augusto Soarès, Minister des Außern.
- Für Rußland von: Pokrowski, Reichskontrolleur und Staatsrat,
Prilejajeff, Assistent des Handelsministers, Staatsrat.
- Für Serbien von: M. Marinkovitch, Handelsminister.

Im Anschluß an diese Resolutionen wurde von M. Clémentel folgende Erklärung abgegeben:

„Die von der Konferenz der verbündeten Regierungen einstimmig angenommenen Maßnahmen haben eine größere Tragweite als ein einfacher Wunsch der Wirtschaftserpansion. Mit den Erzeugnissen unserer Kaufleute und unserer Fabrikanten wird sich der Geist freier Völker morgen in der Welt verbreiten. Wir werden diesen Wirtschaftskampf auf französische Art führen, das heißt, wir wollen die Arbeit der Völker ihrer Eigenart entsprechend organisieren, und nicht auf deutsche Art, das heißt, sie unterjochen. Unsere Feinde schmieden noch immer Waffen zur Unterdrückung. Das Kartell der Farbstofffabriken sammelt sich um die Badischen Anilinfabrikwerke, es hat ein Kapital von mehr als einer Milliarde. Sein Zweck ist eingestandenmaßen, die Vorherrschaft auch nach dem Kriege aufrechtzuerhalten, dank derer Deutschland bisher 87 % des Weltbedarfes an Farben lieferte und infolge derer wir neue Produkte aus dem Boden stampfen mußten, um unsere intensive Melinitproduktion, die uns notwendig ist, fortzusetzen.

Das Schleudern ist eine beliebte Waffe der Deutschen zur Eroberung der Herrschaft im Handel. Es gründet sich auf eine Gesamtheit von Maßnahmen, direkte oder indirekte Ausfuhrprämien, höhere Preise im Inland als im Ausland usw., die bezwecken, die konkurrierende ausländische Industrie zu vernichten. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben; die durch das Schleudern in einem Lande geschaffene Billigkeit ist nur vorübergehend, sie bereitet den Weg für eine kostspielige Schadloshaltung. Wo sich der deutsche Handel festsetzt, will er nicht nur einen Tribut, er bereitet eine Eroberung vor. Die Friedensarbeit verhüllt die Kriegsarbeit. Dies ist nicht alles. Schon jetzt beginnt die Anstrengung der Deutschen, um die Kontrolle über gewisse Rohstoffe, vor allem über gewisse Metalle, zu gewinnen.

Gegen alle diese Schritte hat die Pariser Konferenz ihre Vorkehrungen getroffen. Wenn wir uns vom Krieg haben überraschen lassen, so wollen wir uns doch nicht vom Frieden überraschen lassen. Die Verbündeten sind die wirtschaftlich Stärkeren. Sie haben eine Bevölkerung von vierhundert Millionen Einwohnern und haben den größten Teil der Rohstoffe im Besitz: Nickel, Platin und Aluminium (Bauxit) sind ganz in ihren Händen, Magnesium zu 84%. Was Hanf anbelangt, so ist die Produktion der Verbündeten viereinhalbmals größer als die unserer Feinde. An Leinen haben die Verbündeten vier Fünftel der Weltproduktion in Händen. Im Hinblick auf Rohwolle sind sie ihren Gegnern um das Elfache überlegen, in bezug auf

Seide das Achtefache; für Jute haben sie das Monopol, und wenn die Neutralen ihre Baumwollproduktion in weitem Maße den Verbündeten zuwenden, so haben unsere Gegner nichts davon. Die wirtschaftliche Überlegenheit der Verbündeten ist also offenbar. Um sie zu sichern, hat die Konferenz nicht einen Augenblick an eine gemeinsame Zollpolitik gedacht. Jedes Land soll seine volle Unabhängigkeit wahren. Jedes Produkt wird Gegenstand besonderer Verhandlungen zwischen den interessierenden Staaten sein. Die Möglichkeiten sind bis ins Unendliche verschieden.

Ein anderer Grundsatz der verbündeten Regierungen in diesem Kriege gerechter wirtschaftlicher Verteidigung ist: niemanden anzugreifen. Die Neutralen haben nichts zu fürchten; wir arbeiten zu ihrer Befreiung. Die deutsche wirtschaftliche Vorherrschaft zerbrechen heißt: ein ihnen drohendes Unheil abwenden.

Indem wir die Produktionskräfte der verbündeten Länder erhöhen, setzen wir sie mehr als bisher in den Stand, etwaige Unterdrückungsversuche in Schach zu halten, deren ein Land sich künftig wiederum schuldig machen könnte. So kämpfen wir also zur Sicherung des Friedens. Es wird uns gelingen, weil wir uns eine einzige Waffe des Gegners angeeignet haben, in der er uns überlegen war: den Geist der Disziplin. Aber wir werden ihn zu Werken der Freiheit verwenden.

Die Art, wie die Zentralmächte den Krieg geführt haben, hat eine ungeheure Schädigung des Wirtschaftslebens herbeigeführt. Sie haben nicht nur systematisch alle Fabriken vernichtet, die im Bereich ihrer Kanonen waren, sondern auch in den besetzten, von ihnen verwalteten Gebieten ist ihre Arbeit ein Zerstörungswerk. Fabriken zur Herstellung des Kriegsbedarfes haben in ausgiebiger Weise für Deutschland arbeiten müssen. Andere, die Erzeugnisse herstellten, welche mit der deutschen Industrie konkurrieren könnten, sind vollständig ausgeraubt worden. Man hat nicht nur die Rohstoffe weggenommen, sondern auch die Maschinen abmontiert und nach Deutschland geschickt. Teilweise sind nur noch die Transmissionsriemen vorhanden; Kupfer ist zum großen Teil entfernt worden. Endlich haben auch die in den Fabriken lagernden Rohstoffe ihren Weg nach Deutschland gefunden.

Unter diesen Schädigungen leiden nicht alle Verbündeten. Jedoch haben nichtsdestoweniger alle einstimmig erklärt, an dem notwendigen Wiederaufbau mitzuwirken. Diese Solidarität wird sich in bestimmte Taten umsetzen. Beispielsweise wird England uns das Material liefern, das wir in unserer Textilindustrie benötigen, ehe es

sich an andere wendet. Wir betreiben eine Realpolitik. Die Zentralmächte müssen ersetzen, was sie uns genommen haben. Das wirtschaftliche Übereinkommen der Verbündeten ist an sich bereits ein Sieg.

Jeder weiß, eine wie mächtige wirtschaftliche Waffe Artikel 11 des Frankfurter Vertrages in den Händen der Deutschen bildete, dank der Einzelbestimmungen, die ihnen Auswege gestatteten, falls sie sich gehindert sahen. Ein ähnlicher Vertrag kann nicht wieder abgeschlossen werden. Die Übereinstimmung der Verbündeten in diesem Punkt, selbst Rußlands und Italiens, bei denen die Deutschen ihre bevorzugte Stellung noch aufrecht zu erhalten hofften, zeigt, bis zu welchem Grade die Völker den Wunsch hegen, sich von der wirtschaftlichen Herrschaft freizumachen, die auf ihnen lastete.

Dieser Ausschluß Deutschlands muß durch die Schaffung neuer Handelsverbindungen für die Erzeugnisse, die unsere Verbündeten ihm bisher lieferten, ergänzt werden. Italien bringt jährlich für 250 bis 300 Millionen Naturprodukte hervor, Früchte und andere verderbliche Waren. Wenn ihnen das deutsche Absatzgebiet zum Teil entzogen wird, müssen Transportermäßigungen ihnen gestatten, auf den Märkten der Verbündeten Fuß zu fassen. Auch Deutschland wird sich wahrscheinlich nach dem lange ertragenen Zwang beeilen, seine Tore bedingungslos für Naturprodukte zu öffnen.

Rußland kann für sein Getreide andere Absatzmärkte als Deutschland suchen; der Alkohol im Industriebetrieb bietet eine fast unbegrenzte Gebrauchsmöglichkeit. Durch den Krieg hat sich das Maschinenwesen derart entwickelt, daß das Öl oft fehlt. Statt dessen wird uns Rußland den notwendigen Alkohol für unsere Motoren, unsere Flugzeuge und Automobile liefern.

Die freie Verfügung über Rohstoffe ist ein wichtiger Faktor für die Wirtschaftskraft einer Nation. Deutschland hatte sich zum Herrn über ausländische Metalle gemacht, die es im Inland verarbeitete. Dies gilt für australisches Zink, Bauxit aus der Provence, Asbest aus Rußland oder Schottland. Heute sind die Verbündeten entschlossen, die einem Lande unbedingt notwendigen Rohstoffe nicht mehr anderen zu überlassen. Der australische Premierminister Hughes hat erklärt, daß kein Gramm Zink mehr von Australien nach Deutschland ausgeführt würde, selbst nicht, wenn dieses künftig die doppelten Mengen forderte, die es bisher kaufte.

Die Verbündeten haben sich ferner mit Maßnahmen beschäftigt, um zu vermeiden, daß ihre Industrien das Opfer der deutschen Wirtschaftsmethoden werden, vor allem des Verschleuderns. Sie haben sich verpflichtet, während eines gewissen Zeitraumes, den sie untereinander

festsetzen werden, auf Waren feindlicher Länder Verbote zu erlassen oder sie besonderen Bestimmungen zu unterwerfen, wodurch sie jeden Versuch des Verschleierns wirksam bekämpfen können. Ein derartiges Übereinkommen ist um so notwendiger, als Deutschland schon jetzt bedeutende Vorräte sammelt, die zum Teil aus Rohstoffen aus den besetzten Gebieten hergestellt wurden. Es wäre unzulässig, daß die Zentralmächte sofort nach dem Kriege ihre Valuta dadurch besserten, daß sie Waren an die Verbündeten verkauften, die aus deren eigenen Rohstoffen gefertigt wurden.

Ferner haben die Verbündeten das Eindringen feindlicher Untertanen in ihr Wirtschaftsleben vermeiden wollen. Gewisse Berufe, beispielsweise die des Bankiers oder Börsenmaklers, erlaubten den Deutschen und Österreichern, sich in unsere Finanzorganisation einzumischen. Die in Frankreich errichteten Handelsauskunftsstellen gaben den Feinden die Möglichkeit, sich über die Handels- und Industrielage zahlreicher Unternehmungen, über ihre Zahlungsfähigkeit und ihren Bedarf an Rohstoffen und Materialien auf dem Laufenden zu halten. Durch eine schlaue Organisation betrieben diese Agenturen eine gefährliche Handelsespionage.

In einem anderen Zusammenhang war es den feindlichen Gesellschaften für Land- und Seetransporte gelungen, Frankreich zugunsten ausländischer Gesellschaften einen großen Teil der Auslandsfrachten zu entziehen. Die Verbündeten haben sich verpflichtet, alle nützlichen Vorkehrungen zu treffen, damit ähnliches sich künftig nicht mehr ereignen kann.

Für die Zeit nach Friedensschluß haben die Verbündeten eine Anzahl Maßnahmen ins Auge gefaßt, welche die bisher erwähnten ergänzen sollen. Vor allem werden sich die Verbündeten darüber verständigen, wie sie sich gegenseitig unter Berücksichtigung ihrer Hilfsquellen das für ihre Industrien Erforderliche liefern können. Dergestalt werden sie die bisherige Zufuhr aus Feindesland wesentlich herabdrücken. Um aus ihren natürlichen Hilfsquellen Nutzen zu ziehen, werden sie sich gegenseitig eine möglichst weitgehende Hilfe gewähren, sei es eine Unterstützung finanzieller Art, sei es in wissenschaftlicher oder technischer Hinsicht, sei es auch in bezug auf Besserung des Verkehrswesens. Endlich werden sie sich wirksam durch eine Anzahl Maßnahmen unterstützen, die man in bezug auf Ursprungszeugnisse, Patente, Muster- und Markenschutz ergreifen wird. Dadurch werden sie den häufig unlauteren Wettbewerb vermeiden, dem sie von seiten feindlicher Untertanen ausgesetzt waren. Alle diese Vorkehrungen bilden ein einziges Wirtschaftsprogramm, dessen Durchführung die Verbündeten sofort in die Wege leiten werden.“ („Le Temps“ vom 22. Juni 1916.)

Die Aufnahme der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz.

Die tiefgreifenden Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 haben nur dadurch zustande kommen können, daß von den einzelnen Staaten Vertreter entsandt worden waren, die den Plänen der beabsichtigten ökonomischen Entente und dem Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß zugeneigt waren. Die Vertreter, deren persönliche Stellungnahme bei den Verhandlungen unbekannt geblieben ist, waren bekanntlich von den Regierungen bestimmt und entsandt worden; die Auswahl läßt den Schluß zu, daß bei den einzelnen Regierungen der Wunsch bestand, über die Fragen größere Klarheit zu gewinnen und darüber hinaus: die Geneigtheit, den Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß als Kampfmittel ins Auge zu fassen. Die Beschlüsse der Konferenz waren freilich nicht ohne weiteres verbindlich, und die einzelnen Regierungen hatten sich erst zu entscheiden, ob sie dieselben ratifizieren wollten. Es darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß mutmaßlich auf der Pariser Wirtschaftskonferenz außer den bekannt gegebenen Beschlüssen noch eine Anzahl Geheimbeschlüsse gefaßt wurden. Der Bedeutung nach offenbar solche, die sich in ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Wirkung gegen die Neutralen richten, vor denen man, in Befürchtung einschneidender Gegenmaßnahmen, mancherlei praktische Wirkung der Politik der „ökonomischen Entente“ zu verdecken wünscht.

In Frankreich beeilte sich die Regierung, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz zu ratifizieren. Am 27. Juni 1916 befaßte sich der Ministerrat mit der Sache und erklärte einstimmig seine Zustimmung. Das „Journal officiel“ vom 22. Juli enthielt hierüber die amtliche Mitteilung, zugleich mit der Nachricht, daß die Beauftragten der französischen Regierung sogleich die Maßnahmen prüfen würden, die zu einer praktischen Durchführung der Beschlüsse der Konferenz führen könnten. Dieser ministerielle Entscheid wurde von den

französischen Vertretern den Regierungen der anderen Ententestaaten mitgeteilt.

Eine ernsthafte Kritik dieser Regierungsmaßnahme machte sich in Frankreich zunächst nicht geltend. Es mag das zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Beschlüsse der Konferenz in wesentlichen Stücken von großer Dehnbarkeit sind, trotzdem das Ziel, die konsequente Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen vorausgesetzt, so weit gesteckt ist, wie es wohl noch nie bei einem wirtschaftspolitischen Programm von einem derartigen Umfang der Fall war. Es ist bemerkenswert, daß man in französischen Preßkommentaren mit vermehrtem Nachdruck den defensiven Charakter der Konferenzbeschlüsse betonte. Insbesondere tritt immer wieder die Darstellung auf, als sei die Konferenz durch das von den Mittelmächten ins Auge gefaßte „Mitteleuropa“ veranlaßt worden.

Im allgemeinen vermißt man in französischen Zeitungen aus der der Wirtschaftskonferenz unmittelbar folgenden Zeit ein sachliches Eingehen auf die Bedeutung und die Wirkung der Konferenzbeschlüsse. Erst infolge der Verbindung der Schutzzollbestrebungen mit der Propagierung der auf der Pariser Wirtschaftskonferenz ins Auge gefaßten „ökonomischen Entente“ wurde man in den Kreisen der französischen Industrie und des Handels nachdenklicher. Immer häufiger werden die Betrachtungen darüber, ob der Übergang Englands zum Schutzzollsystem, selbst unter besonderer und weitgehender Vorzugsbehandlung der Waren aus verbündeten Staaten, für Frankreich nicht ungünstiger sei als der Fortbestand der gegenwärtigen Verhältnisse.

Mit einer bemerkenswerten Deutlichkeit stellte sich die in Frankreich einflußreiche »Fédération des Industriels et des Commerçants Français« der vom Ministerium Briand befolgten Politik der bindenden Abmachungen auf diesem Gebiet entgegen. Die genannte Gesellschaft faßte im Anschluß an die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz folgende Resolution:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die Ereignisse die Notwendigkeit bewiesen haben, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und seinen heutigen Feinden und die Lage der feindlichen Untertanen in Frankreich nach dem Kriege auf gänzlich neue Grundlagen zu stellen;

in Anbetracht der Tatsache, daß die Ausarbeitung der neuen Einrichtung die eingehendsten Studien und Untersuchungen erfordert, worunter sich manche nur ermöglichen lassen, nachdem der Tatbestand am Ende des Krieges bekannt ist;

in Anbetracht der Tatsache, daß es angebracht wäre, schon jetzt einen genügenden Zeitraum festzulegen zwischen den diplomatischen

Vereinbarungen, welche die Feindseligkeiten beenden, und dem dauernden wirtschaftlichen Abkommen;

in Anbetracht der Tatsache, daß selbst wenn gewisse Bestimmungen zur Erleichterung des Durchgangsverkehrs französischer Erzeugnisse durch Deutschland in den endgültigen Friedensvertrag aufgenommen werden müssen, der ihnen einen dauernden Charakter verleiht, die Ausarbeitung derartig schwieriger Bestimmungen doch gleichfalls längere Vorstudien und Prüfungen erfordert:

beantragt die Fédération, daß selbst wenn das diplomatische Schriftstück, das den Feindseligkeiten ein Ende bereitet, die Grundlagen für den künftigen Frieden enthält, es keinesfalls dauernde wirtschaftliche Maßnahmen festsetzt.“ „*Moniteur du Commerce*“, Paris, 22. Juli 1916.

In dieser Resolution kommt die wägende Vorsicht des Praktikers bis zu einem gewissen Grade zum Ausdruck. Wie sehr die praktischen Verhältnisse den theoretischen Plänen der „ökonomischen Entente“ und ihren Handelskriegsabsichten auf manchen Gebieten entgegen sind, bezeugt beispielsweise die Haltung der Weinbauern der Gironde. In ihrem Fachblatt, dem „*Feuille vinicole de la Gironde*“ war mitgeteilt worden, daß sich in Deutschland der Weinhandel bei hohen Preisen günstig entwickle und daß, bei dem großen Verbrauch Deutschlands an Weinen, zu hoffen sei, daß die französische Weinausfuhr nach Deutschland nach dem Kriege einen bedeutenden Umfang annehmen werde.

Dieser Standpunkt wurde darauf von einem Einsender als „Bochismus“ gebrandmarkt. Ein Franzose dürfe, gemäß den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz, nicht daran denken, nach dem Kriege mit Deutschland wieder in Geschäftsbeziehungen zu treten. Das „*Feuille vinicole de la Gironde*“ ist diesem Einsender die Antwort nicht schuldig geblieben. Es schrieb am 23. November 1916, man könne eher die Garonne talaufwärts fließen lassen, als eine wirtschaftliche Bewegung, die unter natürlichen Gesetzen sich vollziehe, verhindern. Denn diese Gesetze seien stärker als der Wille der Menschen. Deutschland sei dasjenige Land Europas gewesen, das die meisten Bordeauxweine importierte, weil sie seinem Verbrauch am besten entsprechen. Die Weine der Gironde (Bordeaux-Weine) hätten ihresgleichen in keinem anderen Lande der Welt. Der deutsche Verbrauch würde sie wieder von neuem auffuchen, und wenn es unter dem Deckmantel der Vermittlung neutraler Häuser geschehen sollte. Der Weinbesitzer, dem man einen guten Preis bieten wird, werde nicht danach fragen, für welches Land seine Weine bestimmt seien. Werde er nicht mehr als jemals vor schweren Lasten stehen, die sich noch durch die

größeren Schwierigkeiten der Weinkultur, durch höhere Preise der Rohstoffe und durch neue Steuern vermehren werden?

Im weitem erinnert das Blatt an jenen Papierhändler in Bordeaux, der 1871 an seine Ladentür ein Schild mit der Aufschrift: Für Deutsche verschlossen! hing, es einige Zeit hängen ließ, um es endlich doch verschwinden zu lassen. Der Einsender, der von „Bochismus“ gesprochen habe und dessen Patriotismus vielleicht weniger rein sei, als er glaube, möge das Diplom des Bochismus ruhig in seine Tasche stecken und zwar aus guten Gründen.

Von sozialistischer Seite wurde, soweit die radikale Richtung überhaupt zu Worte kam, die ins Auge gefasste Handelspolitik bekämpft. Das radikale Parteiblatt „Bonnet Rouge“ schrieb über die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz (18. Juni 1915):

„Wir werden also den Wirtschaftskrieg organisieren. Die Deutschen hatten das Übergewicht auf den meisten der Weltmärkte erworben. Sie hatten sich diese Stellung durch Mittel gesichert, die ihre Mitbewerber vollkommen kannten, und selbst auch anwenden konnten. Nichts hinderte in der Tat unsere Industriellen und Kaufleute — um nur von den unsrigen zu sprechen —, ihre Produktionsverfahren und Verkaufsmethoden zu vervollkommen. Nichts verbot unsern Banken, den Fabrikanten und Handelsleuten, einen stetigen und intelligenten Beistand zu leisten. Nichts verbot unsern Kapitalisten, an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes mitzuwirken. Man zog aber vor, zu schelten, zu verkleinern und sich schlagen zu lassen. Weshalb will man nun aber die Lehre nicht für die Zukunft im Gedächtnis behalten? Es liegt doch keine Erniedrigung darin, ein System anzunehmen, das zuerst den Sieg des Gegners sichert. Wir haben also nur erfindungsreicher, unternehmender, gewandter als er zu sein. Denken wir aber nicht daran, uns hinter der Barrikade des Schutzzolles zu decken. Und hat man uns nicht gesagt, daß in den gegenwärtigen Kämpfen keiner von den Verbündeten einen merkantilen Hintergedanken trüge, niemand einer Erwägung materieller Interessen gehorche, niemand die Absicht gehabt hätte, der wirtschaftlichen Entwicklung einer Nation Eintrag zu tun? Wir hatten uns alle nur leiten lassen von edelmütigen Ideen der höchsten moralischen Art? Jetzt kündigt man uns aber, daß dieser schöne Kampf der Gefühle nur das Vorspiel eines Krämerkrieges ist. Es gibt Leute, die darüber Überraschung empfinden und Bedauern und die nicht begreifen werden.“

Es ist der gleiche Gedankengang den der bekannte Abgeordnete Pressemane im radikalsozialistischen „Populaire du Centre“ (1. Juni 1916) aussprach. Er war danach aus den gleichen grundsätzlichen Erwägungen gegen Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß, weil daraus notgedrungen ein neuer Krieg entstehen müßte. Er bestritt, daß Deutschlands industrielle und kommerzielle Überlegenheit auf Staatshilfe und günstigen Handelsverträgen beruhe. Die Gründe der französischen

Rückständigkeit seien andere: Das Nationalamt für Außenhandel habe einen überaus interessanten Bericht des Konsuls Claudel, der in Mission nach Italien gesandt war, veröffentlicht, in dem er die Gründe für die Billigkeit deutscher Waren auseinandersetze. In erster Linie stünden nicht niedrige Löhne, da Deutschland lesthin das teuerste Land war. Die Arbeitgeber trügen dort auch viel größere soziale Lasten als in Frankreich. Die allgemeinen Unkosten seien infolge besserer Lage des Personals, der besseren Hygiene, des öfteren Ersatzes der Werkzeuge usw. höher als irgendwo sonst. Ein Grund der Billigkeit sei die serienweise Massenfabrikation. Die Industrie sei organisierter, die Brennstoffe billiger, die Transportmittel, besonders Wasserwege, seien besser und zahlreicher, die Nebenprodukte würden besser ausgenützt.

In Frankreich sei man vielfach rückständig, so zum Beispiel in der Porzellanindustrie. Die Zukunft Frankreichs läge nicht in einem törichten Wirtschaftskrieg. Der Glaube, daß die derzeitige Gruppierung der Mächte halten werde, wenn man auf das Handelsgebiet komme, heiße, sich grausamen Enttäuschungen aussetzen. Das habe man schon kürzlich bei der Konferenz des Verbandes gesehen. (Damit ist offenbar die diplomatische Konferenz gemeint). Frankreich müsse das nationale Kapital mobilisieren, dem törichten Individualismus entsagen und zur kollektivistischen Produktion übergehen, das Arbeitermaterial schonen und die Werkzeuge rechtzeitig ersetzen. So nur könne Frankreich seinen Platz gewinnen. In diesem Sinne arbeite zurzeit die Sozialistengruppe im Parlament am Studium der wirtschaftlichen Probleme nach dem Krieg.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die französische Regierung Briands durch die streng gehandhabte Zensur die freie Meinungsäußerung auch auf diesem wirtschaftspolitischen Gebiet derart unterband, daß die ablehnenden Äußerungen und ihre Begründung zum geringsten Teil veröffentlicht werden konnten. Selbst in den Betrachtungen der Regierungsblätter, wie „Temps“ und „Journal des Débats“ merzte die Zensur die der Regierung unerwünschten Äußerungen aus. Welcher Art die Berichterstattung über die wirkliche Meinung in manchen Kreisen Frankreichs ist, davon geben die Veröffentlichungen der französischen Presse über den Kongreß der Konsumgesellschaften der Ententestaaten am 25. September 1916 in Paris Zeugnis.

Dieser Kongreß, auf dem die französischen, englischen, belgischen und italienischen Konsumgesellschaften vertreten waren, faßte das Ergebnis seiner Verhandlungen in eine Anzahl von „Leitsätzen der

Weltwirtschaftsführung nach dem Kriege“, zusammen. Der „Temps“ brachte am 26. September 1916 einen Bericht über diesen bedeutungsvollen Kongreß, in dem er u. a. auch die Leitsätze mitteilte. Er brachte aber nur die genehmen Wünsche und unterschlug die höchst wichtigen Leitsätze 3, 4 und 5, die zunächst der Regierungspolitik Frankreichs entgegen sind. Diese Leitsätze lauten nach „L'Avenir“:

„3. Gegenüber Deutschland und Österreich ist von jedem systematischen Boykott, der nur den Zweck hätte, den deutschen Handel zu ruinieren, abzusehen. Dagegen ist diesen beiden Zentralmächten der freie Zutritt auf die Märkte der Ententestaaten nur unter der Bedingung zu gestatten, daß sie darin einwilligen, ihre Rüstungen zu beschränken und dem Grundsatz der internationalen Schiedsgerichte zuzustimmen.

4. Auf dem Gebiet der Zollgesetzgebung ist der Einführung der Abgaben, die den Zweck haben, dem Staat die notwendigen Mittel zu liefern, keine Opposition zu machen, dagegen gilt es vor allem, die Interessen der Konsumenten und Arbeiter wahrzunehmen.

5. Die Schaffung neuer Industrien ist zu begünstigen, dagegen darf die Handelspolitik nicht danach trachten, unser Land vom Ausland unabhängig machen zu wollen. An dem Grundsatz der Arbeitsteilung und der internationalen Zusammenarbeit aller Länder ist festzuhalten.“

Die »Ligue des droits de l'homme« faßte auf ihrer Tagung am 9. Oktober 1916 bezüglich der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege u. a. folgenden Beschluß:

„Im künftigen Friedensvertrag soll kein Keim eines Revanchekrieges enthalten sein. Der kommende Friedenskongreß soll gegen den Willen der Völker keine Lostrennung von Staatsteilen und keine Annexionen von Gebieten vornehmen, wohl aber die von der Gewalt ausgeführten Annexionen, wie diejenige Elsaß-Lothringens, nichtig erklären. Der Friedensvertrag soll auch eine wirtschaftliche Ordnung schaffen, die vorbehältlich von Strafmaßnahmen, einem jeden Volke die Ausübung seiner rechtmäßigen Tätigkeit garantiert und jede aggressive Organisation zum Zwecke einer wirtschaftlichen Eroberung ausschließt. Der Vertrag soll auch Strafmaßnahmen gegen die verantwortlichen Urheber des Krieges vorsehen; die Staaten, die angegriffen haben, sollen auch die Kriegsschädigungen zahlen.“

Die französische Regierung hat ihrerseits trotz der gelegentlichen Opposition ihr Möglichstes getan, die Konferenzbeschlüsse in Wirksamkeit zu setzen, soweit dies während des Krieges erreichbar war. Es wurde mehrfach amtlicherseits mitgeteilt, daß Ausschüsse zum Zwecke des Studiums und der Durchführung der einzelnen ins Auge gefaßten

Maßnahmen eingefetzt worden seien, deren Arbeiten einen glücklichen Fortgang nähmen.

In sachlicher Hinsicht ist die Aufnahme der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz in England bedeutsamer.

Am 20. Juni gab der Board of Trade die Beschlüsse der Konferenz bekannt. Am 23. Juni 1916 schrieb die „Times“ dazu folgendes:

„Es ist jetzt offenbar, nicht nur aus dem amtlichen Bericht über die Ergebnisse, sondern auch aus den Reden derjenigen, die am besten selbst urteilen können, daß die Pariser Wirtschaftskonferenz vollkommen den Erfolg erzielt hat, den ihre Veranstalter vertrauensvoll davon hofften. Es ist keine Kleinigkeit, unter Abgeordneten so vieler Nationen, deren jede ihre eigenen Interessen und wirtschaftlichen Grundsätze hat, ein so umfassendes Abkommen zustande zu bringen, das nicht nur finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Feind festsetzt, — als eine militärische Waffe während des Kampfes und während des folgenden Zeitraumes für den Wiederaufbau — sondern das auch die Haupttrichtlinien für die gemeinsame Politik in diesen Dingen nach dem Kriege bestimmt. Nur eine Umwälzung der allgemeinen Zukunftsaussichten der verbündeten Völker und Regierungen konnten eine solche Tat ermöglichen. . . . Keiner von uns erkannte vor Kriegsausbruch, inwieweit die Wirtschaftsoffensive unserer Feinde sich in unser eigenes Land eingeschlichen hatte. Unbewußt waren wir alle in verschiedenem Maße vom deutschen Handel und von Deutschland in unseren wichtigsten Bedürfnissen abhängig geworden. . . . Durch den Krieg erkannten wir die Wahrheit, daß heutzutage Handel und nationale Sicherheit untrennbare Teile eines einzigen Ganzen bilden.“

Die Pariser Resolutionen sind die einstimmige und offizielle Anerkennung dieser Wahrheit von seiten der Verbündeten. Sie stellen ein bewundernswertes Gerüst dar für eine Politik, wie sie die gänzlich neue Lage infolge des Krieges unweigerlich verlangt. Aber sie sind bisher weiter nichts als ein Gerüst. Der wahre Erfolg der großartigen Pläne, deren Einleitung sie bilden, hängt fast ganz davon ab, wie man diesen Bau ausführt und vor allem, ob der Geist, in dem das Werk begonnen wurde, fortbesteht. Mr. Hughes, der am Mittwoch nochmals eine bewundernswürdige Rede über diesen Gegenstand hielt, besteht hierauf mit seiner charakteristischen Klarheit und Kraft, und die Abgeordneten selbst äußern sich kaum weniger energisch. Sie schlossen ihre Anträge mit dem Hinweis, daß „die Wirksamkeit dieser Politik ausschließlich davon abhängt, daß die Resolutionen sofort in die Tat umgesetzt werden“ und sie verpflichten sich, „ihren Regierungen anzuempfehlen, daß sie ohne Zögern zu den nötigen Maßnahmen schreiten, um jener Politik volle Wirkung zu verleihen.“

Dies sind vielleicht die wichtigsten Worte des ganzen Dokumentes, das die Abgeordneten unterzeichnet haben. Besonders für uns sind sie von Bedeutung. Denn wie der australische Staatsmann der französischen Presse sagte, sind die Vorschläge „nur leere Worte, wenn

nicht Großbritannien sofort Schritte tut, um ihre Durchführung zu sichern. Die anderen Verbündeten sehen zu ihm empor, daß es den Weg führe". Weil das Werk „getan werden muß, wird es getan werden". Aber es ist ein riesenhaftes Werk, und „es ist wenig Zeit übrig, es zu vollführen". „Darum", wiederholt Mr. Hughes, „muß man die Pariser Resolutionen ohne Zögern in die Tat umsetzen". Den Verbündeten liegt es ob, dies zu tun. Es gibt noch immer einflußreiche Personen in England, die glauben, daß unsere alten Beziehungen zu Deutschland unvermeidbar waren, und daß man sie sofort nach dem Kriege wiederaufnehmen müsse. Dies ist unmöglich. Aber schon die Bemühung, es zu ermöglichen, könnte, wenn man sie nicht beizeiten unschädlich macht, der jetzt in Paris festgelegten Politik die Grundlage rauben und den schlaunen deutschen Handelsmethoden die Tore wieder öffnen, jenen Methoden, die uns so teuer zu stehen kamen, ja, die uns beinahe alles kosteten."

Wesentlich anders klingt das, was der „Economist" am 24. Juni 1916 zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz sagte:

„Der Board of Trade gab am Dienstag, dem 20. Juni, den Text der Resolutionen der Wirtschaftskonferenz der Verbündeten heraus, die in der vorigen Woche in Paris zu dem Zwecke stattfand, „der Einheit ihrer Ansichten und Interessen praktischen Ausdruck zu geben und ihren einzelnen Regierungen die geeigneten Maßregeln, diese Einheit zu verwirklichen, vorzuschlagen"; zugleich der erklärten Absicht der Zentralmächte, ihrerseits eine „Herrschaft über die Produktion der ganzen Erde zu begründen" und anderen Ländern „ein unerträgliches Joch aufzuerlegen", entgegenzutreten. Die Resolutionen entfallen unter drei Titel: a) Maßnahmen für die Kriegszeit; b) Übergangsmaßnahmen für die Zeit des Wiederaufbaues und c) dauernde Maßnahmen für den Frieden.

Die Öffentlichkeit hat noch nicht Einsicht nehmen können in die Pläne der Zentralmächte, (die finanziell bankrott und selbst ohne Rohmaterialien sind), dem Welthandel „ein unerträgliches Joch" aufzuerlegen. Unsere eigene Empfindung ist, daß die wirtschaftlichen Leiden der Zentralmächte jetzt und nach dem Kriege viel größer und viel unerträglicher sein werden, als diejenigen der Verbündeten, und keine künstlichen, weder von ihnen noch von den Verbündeten getroffenen Vorkehrungen können sie voraussichtlich mildern. Aber wir möchten vorschlagen, daß unsere eigene Regierung die Dokumente auf den Tisch des House of Commons legen möchte, wenn welche vorhanden sind, die den angeblichen Ausgangspunkt der Pariser Konferenz und die Grundlage der von ihr empfohlenen Maßnahmen bilden.

Die hauptsächlichlichen Verbündeten sind vier: einer, Rußland, hat die höchsten Schutzzölle in Europa, Frankreich und Italien haben Einfuhrzölle, welche im ganzen höher sind als die Deutschlands und Osterreichs, während die vierte Macht, Großbritannien, der ganzen Welt einen offenen Markt bietet. Wünschen unsere Kolonien und Verbündeten, daß ihre Erzeugnisse mit Zöllen belastet werden und

haben sich Mr. Usquith und Sir Edward Grey in Schutzzöllner verwandelt? Wenn dies der Fall ist, sollten Schritte unternommen werden, um die Meinungen der liberalen Verbände im ganzen Lande festzustellen. Ferner fragen wir, ob der Gedanke eines Handelskriegs nach dem Frieden ernsthaft von unseren idealistischen Machthabern aufrecht erhalten wird.

In russischen und italienischen Londoner Kreisen sind, wie ein Korrespondent schreibt, die Beschlüsse, die auf der Wirtschaftskonferenz gefaßt wurden, ziemlich kritisch aufgenommen worden. Rußlands geographische Lage zwingt es, abgesehen von irgendwelchen anderen Rücksichten, einen großen Anteil seines auswärtigen Handels durch Deutschland und Oesterreich zu leiten, selbst wenn Konstantinopel ein freier Hafen wäre. Soweit die a) Maßregeln (die für die Kriegszeit) in Betracht kommen, hat Rußland schon sehr drastische Schritte unternommen mit Bezug auf deutsche Firmen innerhalb seiner Gebiete. Die b) oder vorübergehenden Maßnahmen sind mehr von der Art eines Meinungs-austausches, während die Maßnahmen unter c) „gegenseitige Unterstützung“ beträchtliche Umwandlungen erfordern, bevor sie auf russische Verhältnisse angewandt werden können. Diese Betrachtungen sind in gewisser Ausdehnung auch auf Italien anwendbar, denn Oesterreich-Ungarn und Deutschland bilden die natürlichsten Absatzgebiete für italienische Erzeugnisse. Selbst im Übergangsstadium mag die italienische Regierung sich zu einem Handelsabkommen mit Deutschland, wenn nicht gar mit Oesterreich-Ungarn, entschließen müssen, das von den Vorschlägen abweichen dürfte, die in den Resolutionen niedergelegt sind. Obgleich man sich in Paris und London bemühen wird, die italienischen Industrien nach dem Kriege zu finanzieren, kann der tatsächliche Handel zwischen Italien und den Mittelmächten kaum aufhören. So wie die Beschlüsse lauten, sollen sie tatsächlich zugunsten französischer Industrien, besonders des Luxuswareneports und englischer Anhänger des Schutzzolles, entworfen sein.

Zugleich taucht die Frage auf, wie ist es mit den Neutralen? Dies fragt man sich häufiger in Italien und Rußland, als in England und Frankreich, obgleich Mr. L. A. Martin, Vorsitzender des Vorstandes der London Chamber of Commerce, zu einem Vertreter der Manchester Daily Dispatch (22. Juni) sagte: „Was uns am meisten hinsichtlich der Zukunft beschäftigt, ist die Behandlung neutraler Länder durch die Verbündeten. Es besteht eine ernste Gefahr, daß, wenn diese Länder ihre schlimme Lage empfinden, sie Deutschland und Oesterreich in die Arme getrieben werden, und dieser Punkt erfordert sehr sorgfältige Berücksichtigung.“

Das gleiche Blatt hatte einige Tage zuvor in einer längeren Abhandlung den Freunden der „ökonomischen Entente“ und ihres Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte die Entwicklung des englischen Ausfuhrhandels dargelegt und dabei gezeigt, wie stark die englische Gesamtausfuhr nach den Mittelmächten trotz der hindernden Zölle zunahm. Die vom „Economist“ zusammengestellte Tabelle (s. S. 63 oben) lautet:

in 1000 £

Ausfuhr nach:	1913	1912	1904	% Steigerung zwischen 1912 u. 1904
Vereinigte Staaten	59 453	64 637	39 272	64.6
Britisch Indien	71 670	59 775	41 544	43.9
Deutschland	60 500	59 572	36 425	63.5
Australien	37 829	38 281	19 841	93.0
Frankreich	40 882	37 532	21 578	73.9
Kanada	27 307	27 320	12 248	123.0
Südafrikanische Union	24 046	23 280	19 471	19.6
Rußland	27 694	21 741	15 286	42.2
Argentinien	23 437	21 325	11 572	84.3
Belgien	20 660	19 556	12 230	60.0
Niederlande	20 522	19 364	12 807	51.2
Italien	15 622	15 011	9 222	62.8
Brasilien	13 021	13 172	6 219	111.8
Japan	14 827	12 471	5 043	147.3
Neu-Seeland	11 790	11 186	6 897	62.2
China	15 010	10 889	8 890	22.5
Ägypten	9 964	9 597	8 431	13.8
Türkei	8 012	8 333	7 587	9.8
Schweden	9 235	8 104	5 529	46.6
Spanien	8 631	7 678	4 911	56.3
Chile	6 369	6 510	3 496	86.2
Dänemark	6 343	6 416	4 031	59.2
Java und Niederländisch Indien	7 302	6 162	3 479	77.1
Osterreich-Ungarn	5 780	6 153	2 568	139.6
Straits Settlements	7 388	6 006	3 183	88.7
Norwegen	6 666	6 030	3 323	81.5

In der „Daily Mail“ vom 28. Juni wurde von der Aufnahme der Konferenzbeschlüsse in Liverpool folgendes berichtet:

„Lord Derby, der Präsident der Handelskammer Liverpool, betonte in der Jahresversammlung vom 22. Juni 1916 die Notwendigkeit, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz unverzüglich in die Tat umzusetzen. Er erklärte: „Ich denke, Sie werden zugeben, daß die Beschlüsse sehr weitblickend und weitreichend sind. Sie sind allesamt mit der denkbar größten Befriedigung von unserem Volke aufgenommen worden. In der Regel verabscheue ich Beschlüsse, weil so viele Leute denken, daß, nachdem sie eine Resolution angenommen haben, ihre Arbeit beendet sei und es nichts weiter zu tun gebe. Mir scheint aber, daß es Sache jeder Handelskammer und jedes Geschäftsmannes ist, nachdem diese Vorschläge als unsere eigene wohlgedachte Meinung, sowie auch die unserer Kolonien und Schutzgebiete und unserer Verbündeten angenommen worden sind, darauf zu sehen, daß sie greifbare Gestalt gewinnen, so daß sie im Augenblick, wo der Krieg beendet ist, zur Ausführung kommen können. Ich hoffe daher,

daß die Kammer diese Beschlüsse ernstlich in Erwägung zieht, daß sie sie von allen Gesichtspunkten aus prüft und daß jede Art von Vorschlägen, die zu ihrer Verbesserung und Verwirklichung dienen können, in geeigneter Weise vorgebracht werden, um der Regierung einen Fingerzeig hinsichtlich der Richtung zu geben, die wir für wünschenswert halten.

Wir müssen uns, vom kommerziellen Standpunkte aus, zu einer neuen Nation zusammenschließen. Wir sind durch diesen Krieg der heimtückischen Angriffe auf unseren Handel gewahr geworden. In Zukunft müssen wir es unseren Feinden unmöglich machen, unseren Handel anzugreifen, sei es durch Krieg oder durch irgendwelche hinterlistige Art und Weise im Frieden.“

Am 23. Juni wurde auch in einer Vorstandssitzung der Handelskammer Birmingham eine Resolution gefaßt, welche die Maßnahmen der Pariser Wirtschaftskonferenz von der vorigen Woche begrüßt und der Regierung eindringlich nahegelegt, möglichst ohne Verzögerung die nötig scheinenden Schritte zu tun, um sie zur Ausführung zu bringen.“

Bemerkenswert ist auch eine Auslassung des „Labour Leader“ (Manchester) vom 22. Juni 1916:

„Wir betrachten mit Beunruhigung die Vorschläge der Pariser Wirtschaftskonferenz. Wenn sie in Wirksamkeit treten, wird sich bestimmt die Nebenbuhlerschaft zwischen den beiden Gruppen der europäischen Nationen in die Länge ziehen. Bei Ausbruch des Krieges stellte Asquith das Ideal eines vereinigten Europas als eines der Ziele dar, das die verbündeten Völker im Auge hatten. Die Pariser Konferenz zertrümmert dieses Ideal. Die bedeutsamsten Vorschläge beziehen sich auf den Zeitraum des Wiederaufbaues nach Friedensschluß und auf dauernde wirtschaftliche Maßnahmen. Die Verbündeten kommen dahin überein, kein Meistbegünstigungsabkommen irgendwelcher Art mit Deutschland während eines gegenseitig zu verabredenden Zeitraums zu treffen und sich wechselseitig zum Ersatz Absatzgebiete zu eröffnen. Wir stehen allen Meistbegünstigungs-Verträgen ablehnend gegenüber, aber die Ausschließung der Zentralmächte von diesem Grundsatz und die Beibehaltung desselben in den Beziehungen untereinander muß unfehlbar Mißstimmung und Zwietracht fortbestehen lassen. Gleicherweise schlagen die Verbündeten vor, einen Zeitraum zu vereinbaren, während dessen der Handel mit feindlichen Ländern entweder verboten „oder besonderen wirksamen Bestimmungen“ zu unterwerfen ist. Wie kann man aber auf Frieden in Europa hoffen, wenn eine solche Politik verfolgt wird? Unter den angekündigten dauernden wirtschaftlichen Maßnahmen findet man die Subventionierung von Unternehmungen und die Auferlegung von Zollabgaben. Diese Vorschläge können nicht in Kraft treten, bevor sie nicht von den Parlamenten der verschiedenen Nationen bestätigt worden sind. Wir hoffen, daß sie im britischen Parlament auf kräftigen Widerstand stoßen. Die offene Erklärung eines Handelskrieges veranschaulicht die Wahrheit des sozialistischen Satzes, daß kapita-

listischer Wettbewerb eine der größten Ursachen nationaler Rivalität ist, obwohl wir glauben, die Kapitalisten werden selber gewahr werden, daß sie ebenso viel verlieren, wie sie gewinnen, wenn der von der Pariser Konferenz entworfene Plan angenommen wird. Die internationale sozialistische Bewegung konnte den kriegerischen Konflikt nicht verhindern. Sie muß ihr Äußerstes tun, den drohenden Handelskrieg abzuwenden.“

Nach den Mitteilungen der „Times“ (vom 22. Juni 1916) war die Stimmung im englischen Unterhaus den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz günstig. Das genannte Blatt berichtet darüber:

„Große allseitige Befriedigung trat gestern in den Wandelgängen des House of Commons zutage über die von der Wirtschaftskonferenz der Verbündeten empfohlenen Maßnahmen. Diese gehen weiter, als die meisten praktischen Politiker für möglich gehalten hatten, nach den außerordentlich vorsichtigen Bemerkungen zu urteilen, welche von britischen Ministern in bezug auf die Konferenz gemacht worden waren, bevor diese ihre Sitzung in Paris begann. Das allgemeine nachträgliche Empfinden war, daß die empfohlenen Maßnahmen eine kräftige und zweckentsprechende Waffe bilden würden, um Deutschland unter den bestmöglichen Bedingungen auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzutreten.“

Die Maßnahme, welche für die wichtigste von allen gehalten wird, ist die, den feindlichen Mächten für eine zu vereinbarende Zeitdauer die „Meistbegünstigung“ zu versagen. Als nächstwichtig werden die empfohlenen Maßnahmen betrachtet, welche die Aufrechterhaltung wichtiger Industrien in den verbündeten Ländern vorsehen und die unterschiedliche Behandlung Deutschlands. Ein viertes und gleichwertiges wichtiges Ergebnis der Konferenz war die mehr darin einbegriffene als speziell festgestellte Notwendigkeit der sofortigen wirtschaftlichen Organisation des britischen Reiches, um die Entscheidungen in die Tat umzusetzen, denen Mr. Hughes und Sir George Foster, sowie Lord Crewe und M. Bonar Law zugestimmt haben. Abgeordnete, die den Wert der Resolution betr. „Meistbegünstigung“ betonten, sprachen die Ansicht aus, daß sie das deutsche Finanzwesen ins Herz treffen würde. Ein befriedigender Zug der Konferenz vom britischen Standpunkt aus war die Weigerung der Delegierten, irgendetwas zu tun haben zu wollen mit der unwissenschaftlichen Politik der Verbote, die die Phantasie einiger englischer Liberaler während des Krieges beschäftigt hat.

Strenge Freihändler waren einigermaßen beunruhigt über die Richtung der drastischeren Maßnahmen. Es besteht noch keine Neigung, die neue Politik, die England in Übereinstimmung mit den Verbündeten angenommen hat, anzufechten, aber es ist kaum zu bezweifeln, daß eine lebhaftere Debatte im Unterhaus im Laufe der nächsten Woche stattfinden wird.“

Die bedeutungsvolle Debatte über die Pariser Konferenz und die Haltung der englischen Regierung fand im Unterhaus am 2. Au-

gust statt. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten Asquith lauten:

„Mein ehrenwerter Freund (Mr. Bonar Law) hat dem Hause mehr als einmal erklärt, daß die Delegierten auf die Konferenz gingen, um jede vorgeschlagene Maßregel zu erörtern und zu prüfen, und daß die von der Konferenz angenommenen Beschlüsse selbstverständlich den betreffenden Regierungen zur Billigung vorgelegt würden. Die Vorschläge sind bereits von der französischen Regierung formell und öffentlich angenommen worden. (Beifall.) Die gleiche Richtung ist von Sr. M. Regierung eingeschlagen worden, ein Entschluß, der, wie ich hoffe, die Billigung des Parlaments finden wird. (Beifall.) In gewisser Weise ist schon vorgegangen worden. Der Board of Trade ist eifrig beschäftigt, Pläne zu entwerfen, die uns hinsichtlich von Farbstoffen, Zink und anderen wichtigen Stapelwaren von feindlicher Zufuhr unabhängig machen. Eine planmäßige staatliche Unterstützung wirtschaftlicher und industrieller Forschung wird eingerichtet oder ist vielmehr schon geschaffen worden. Ausschüsse von Sachverständigen veranstalten Untersuchungen der Verhältnisse und Bedürfnisse einer Anzahl wichtiger Industrie- und Handelszweige, sowie finanzieller Aufgaben, und die Frage der Handels- und industriellen Politik im allgemeinen ist, glaube ich, einem größeren Ausschuss zugewiesen worden, der von dem Standpunkt ausgewählt wurde, nicht so sehr die Interessen oder Meinungen einer besonderen Partei zu vertreten, als vielmehr jede Ansicht vorzubringen, die vernünftigerweise Anerkennung erfordert — ein Ausschuss, dessen Vorsitzender Lord Balfour of Burleigh ist. Ferner hat sich die Regierung mit den Kronländern und mit Indien hinsichtlich der Konferenzbeschlüsse in Verbindung gesetzt, und es wird, wie bei Gelegenheit des Balfourschen Ausschussberichts schon erklärt worden ist, beabsichtigt, hier Konferenzen mit Vertretern der Kronländer und Indiens abzuhalten, wobei die ganze Frage der Reichshandelspolitik im Lichte der Beschlüsse behandelt werden soll. (Beifall.) . . . Es ist vielleicht richtig und tatsächlich notwendig, offen darzulegen, daß drei der wichtigsten Resolutionen — nämlich diejenigen, die sich auf die Meistbegünstigungsklausel beziehen, Schutz gegen Schleuderware oder unlauteren Wettbewerb und die Ergreifung von Maßregeln, die Verbündeten hinsichtlich wichtiger Industriezweige von feindlichen Ländern unabhängig zu machen — von britischen Delegierten vorgeschlagen und auf der Konferenz in der vorgebrachten Form angenommen wurden. (Beifall.) Ich glaube nicht, daß ich irgendein Geheimnis verrate, wenn ich sage, daß diese von den britischen Delegierten vorgebrachten Resolutionen

vom Präsidenten des Board of Trade, meinem ehrenwerten Freund, aufgestellt waren, dessen Wiedereintritt in das aktive politische Leben wir heute alle froh begrüßen. (Beifall.) Die Vorschläge fanden die Billigung meines ehrenwerten Freundes, des Kolonialsekretärs und später die von zwei hervorragenden Vertretern unserer Kronländer, Mr. Hughes und Sir George Foster, die an der Konferenz selbst teilnahmen. Schließlich sind noch zwei wichtige Punkte vorhanden, auf die ich die Aufmerksamkeit lenken möchte. Die erste ist die Erklärung der gemeinsamen Entschlossenheit aller Verbündeten, die Wiederherstellung des vom Feinde besetzten Landes zu erlangen. Von diesem Entschluß sind die Verbündeten nicht abgewichen, und in diesen Resolutionen bestätigen sie ihn aufs neue. Der zweite wichtige Punkt ist die Feststellung, daß diese Resolutionen keineswegs gegen Neutrale gerichtet sind. Wir sind auf die Tatsache aufmerksam gemacht worden, daß sich in neutralen Ländern, besonders in den Vereinigten Staaten, eine gewisse Beunruhigung hinsichtlich der Folgen der Konferenzbeschlüsse bemerkbar macht, und man scheint die Empfindung zu haben — ich sage nicht, daß sie weit verbreitet ist — daß die Resolutionen gegen neutrale Länder gerichtet sein könnten und ihnen einzigartige, anormale und unzulässige Einschränkungen von seiten der verschiedenen Länder auferlegen würden, deren Vertreter die Beschlüsse unterzeichneten. Das ist nicht der Fall. Die Resolutionen umfassen nur gewisse Maßnahmen der Selbstverteidigung gegen wirtschaftliche, die wichtigsten Interessen der Verbündeten bedrohenden Angriffe, und ich brauche wohl kaum zu sagen, daß wir beim Inkrafttreten der Maßnahmen möglichst bestrebt sein werden, dafür zu sorgen, daß die Neutrale nicht leiden. Tatsächlich sind unsere Interessen und die Interessen der Neutrale die gleichen. Der Entschluß der Verbündeten, sich gegen einen Angriff von außen zu verteidigen, sollte eine sichere Garantie dafür sein, daß wir keine Angriffspolitik gegen andere Völker einschlagen werden.

Man sagt mir, es bestände eine gewisse Befürchtung, nicht in neutralen Ländern, sondern im eigenen Lande, daß die Durchführung der Resolutionen eine Abweichung von unserer althergebrachten Freihandelspolitik in sich schließen könnte. (Ironischer Beifall bei den Liberalen.) Es gibt im Hause sehr wenig ältere und keinen eifrigeren Freihändler als ich es bin. (Beifall.) . . .

Ich habe den Kampf für den Freihandel, ich denke, ich kann es mit Recht sagen, — ich will meinen ehrenwerten Freund Mr. Bonar Law fragen, ob er mir nicht beistimmt (Gelächter) — zehn Jahre hindurch so rastlos wie nur irgendeiner im Lande durchgeführt

Ich glaube, — wenn ich es nicht glaubte, würde ich hier nicht heute sprechen und das Haus bitten, die Politik der Regierung durch Billigung dieser Resolutionen zu bestätigen — daß es uns in unserem Lande durchaus freisteht, die für unsere eigenen wirtschaftlichen und industriellen Erfordernisse am meisten geeignete Politik zu verfolgen. (Hört, hört!) Keiner, der auch nur ein Fünkchen Phantasie besitzt, kann die Tatsache übersehen, daß dieser Krieg mit all den ungeheuren Umwälzungen politischer, sozialer und industrieller Verhältnisse, die er mit sich gebracht hat, für uns, wenn wir ein verständiges und praktisches Volk sind, in vieler Hinsicht neue, oder möglicherweise Änderungen in der Lösung alter Probleme herbeiführen muß und sollte. Ich würde es als absichtliche Taubheit gegen die Lehren der Erfahrung ansehen, wenn wir sagen müßten, wir hätten nichts vergessen und hätten aus einem Krieg, wie dem gegenwärtigen, nichts gelernt. (Beifall.) Ich gebe keine von den Überzeugungen preis, die ich bisher hatte. Ich bitte das Unterhaus und die Bewohner dieses Landes, die neuen Verhältnisse eines weltumfassenden Problems ins Auge zu fassen. Ich fordere Sie auf, mit den Verbündeten, die mit uns Schulter an Schulter in einem Kampfe stehen, der, wie wir alle glauben, für die Wahrung der Freiheit der Welt notwendig ist, mit dahin zu wirken, daß für die Zukunft nicht nur Schutz gegen die Möglichkeit einer Militärherrschaft gewonnen wird, sondern auch wahre, wohlbegründete und dauernde wirtschaftliche Unabhängigkeit. (Beifall.) Keiner von uns, der unbefangen und eingedenk dessen, was der Krieg uns gelehrt hat, an die Sache herantritt, kann leugnen, — es kommt hier nicht darauf an, ob man einem schutzzöllnerischen oder freihändlerischen Lande angehört — daß wir sämtlich allzusehr von Zufälligkeiten und Gefahren, die wir nicht hinreichend vorausgesehen, und gegen die wir sicherlich nicht genügend Vorsorge getroffen haben, abhängig gewesen sind. Ich habe die Zuversicht, und es wird das Resultat dieses freien Meinungsaustausches zwischen den verschiedenen verbündeten Ländern sein, die sich in einer allen gleich teuren Sache zusammengefunden haben, deren gutes Gelingen wir für die zukünftige Freiheit der Welt für notwendig erachten, daß wir bei Innehaltung der in den Konferenzbeschlüssen vorgezeichneten Richtlinien jeder in seinem eigenen Lande und jeder unter den verschiedenen Bedingungen seiner eigenen besonderen wirtschaftlichen und industriellen Interessen in der Lage sein werden, eine Politik des gemeinsamen Handelns auszuarbeiten, die den kommenden Frieden zu einem dauernden Frieden machen wird und zu einem Frieden, der nicht nur unseren Waffen zur Ehre gereicht, sondern auch den festen Bestand unserer Industrie und unserer Finanzen sichert.“

Nach dem Ministerpräsidenten Asquith ergriff Sir J. Simon (der bis vor kurzem Minister des Innern gewesen) zu folgender Erklärung das Wort: „Die wirklich wichtige Frage wäre, was den Resolutionen gemäß zu tun sei. Er stimmte ganz und gar mit Sir E. Carson überein, wenn er sagte, in dem zweiten der drei Abschnitte dieser Resolutionen fände man das, was unmittelbar notwendig wäre, und daß er es für höchst wünschenswert hielte, wenn dem Hause mitgeteilt würde, was die Regierung wirklich damit meinte. . . . Es wäre aber ein sehr großer Unterschied zwischen den Vorschlägen, die schon in Kraft getreten seien und auf ein Erdrosseln des Feindes hinzielten, zu der Zeit, wo wir ihn bekämpften, und den Vorschlägen unter b und c. Die erste Frage, die er an die Regierung richten wollte, wäre diese: „Was ist der Hauptzweck der nach dem Kriege durchzuführenden Vorschläge? Sind diese Vorschläge bestimmt, ein Mittel zu sein, um Deutschland zu bestrafen? Sind sie für den Zweck bestimmt, die Sicherheit unserer Rasse und Nation zu begründen, oder stehen diese Vorschläge mit der Förderung des Handels in Verbindung?“ . . .

Es müßte ausgesprochen werden, daß der wirkliche Zweck die Förderung unserer nationalen Sicherheit wäre. In diesem Falle und, sofern bewiesen werden könnte, daß es von diesem Standpunkt aus wohlbedacht sei, könnte man sich nur freuen. „Wenn unsere nationale Sicherheit aus irgendeinem speziellen Grunde erforderte, daß wir diese besonderen Methoden nach Beendigung des Krieges annehmen sollen, laßt das Parlament sie in Gottes Namen annehmen, aber laßt nicht zu, daß sie in Bausch und Bogen mit unbestimmten und leeren Phrasen angenommen werden, bevor nicht ein spezieller Fall in bezug auf einen speziellen Übelstand und eine Gefahr gründlich und vollständig durchberaten worden ist.“ Es wäre für das Unterhaus sehr schwer zu beurteilen, inwieweit dem speziellen Übelstand des Verschleuderns durch gleich nach dem Kriege auszuführende Ausnahmemassregeln vorzubeugen sei. Sollte es wirklich wahr sein, daß unser Feind infolge der Einschnürung seiner Industrie durch die britische Seemacht nicht nur schwer bedrängt wurde, sondern sich mit der Anhäufung ungeheurer Massen von Stapelwaren beschäftigt, mit denen er uns in dem Augenblick, wo der Krieg zu Ende ist, zu sehr niedrigen Preisen zu beglücken beabsichtigte? Wenn das der Fall wäre, wo wäre das Beweismaterial? In den Konferenzbeschlüssen fände es sich nicht.

Er hätte behaupten hören, daß die Feinde nach Beendigung des Krieges, und zwar wenn sie wirklich gründlich und vollkommen

geschlagen wären, beträchtliche Vorräte an Zucker besitzen würden, die zur Verschickung auf den britischen Markt bereitstünden. Selbst wenn es wahr wäre, wünschte er, daß das Haus sich Zeit nähme, bevor es entschied, ob dies wirklich ganz und gar ein Übelstand wäre. Sicherlich würde die Durchführung des Vorschlages, künstliche Maßregeln zur Fernhaltung von europäischem Rübenzucker nach Beendigung des Krieges zu ergreifen, ergeben, daß wir den hohen Zuckerpreis aufrechterhalten. Zweifellos würden wir solchen Leuten, die sich hohe Preise und Frachten bezahlen lassen, nicht wenig nützen, aber wir würden dem Volke keine Wohlthat erweisen.

Man hört sehr wenig von dem Premierminister, und wirklich könnte niemand, der die Sache unbefangen betrachtet, darüber im unklaren sein, daß diese Resolutionen dahin zielten, — ohne Zweifel in ehrlicher Weise — den Handel des Landes nach dem Kriege zu fördern, zu stützen und zu bessern. Das wäre ein vollkommen gerechtes Ziel, aber das Problem wäre viel zu wichtig, um es mit einer bloßen allgemeinen Redewendung abzutun. . . .

Wir liefen Gefahr, zu erleben, daß der Welthandel von unserem Lande auf Amerika überginge. (Hört, hört!) In dem Verhältnis, in dem wir deutschen Handel nach dem Kriege ablenkten, würden wir den Handel der mitteleuropäischen Mächte mehr und mehr in die Hände Amerikas legen, mit dem Ergebnis, daß, falls wir unglücklicherweise in einen neuen europäischen Krieg verwickelt würden, wir nach seiner Meinung nicht auf den Geist wohlwollender Neutralität, den Amerika uns gegenüber in diesem Krieg gezeigt hätte, rechnen könnten. Gleich nach dem Kriege sollten wir alles mögliche tun, den Londoner Börsenverkehr wieder zu seiner Vormachtstellung, die er vor dem Kriege inne hatte, zu bringen. Es wäre unvermeidlich gewesen, daß diese Stellung durch den Krieg gestört worden wäre, aber zu sagen, daß die gegenwärtige Lage nach dem Kriege fort dauern sollte, das wäre eine sehr erstaunliche Behauptung. Die erste aller Notwendigkeiten nach beendigtem Kriege würde darin bestehen, die zeitweiligen Einschränkungen möglichst zu beseitigen, so daß London wieder seine Stellung als Mittelpunkt des Welthandels einnehmen könnte, und dies könnte nur bei einem System freien Börsenverkehrs geschehen. Er wußte nicht Bescheid über die Ansicht der Regierung hinsichtlich des zukünftigen Handels von Indien, dessen Baumwollernte vor dem Kriege zum größeren Teil nach Mitteleuropa ging und nach dem Kriege wieder dorthin versandt werden würde. Er behauptete, daß die Regierung kein Recht hätte, den freien Unternehmungsgeist britischer Geschäftsleute zu bedrängen, durch den wir einzig und allein unsere

Handelsvorherrschaft über alle Nationen der Erde erworben haben und vielleicht wieder gewinnen können.“

Über die Haltung der englischen Regierung in dieser Angelegenheit machte Snowden (Arbeiterpartei) folgende Bemerkungen:

„Ich kann diese Vorschläge nur von dem Gesichtspunkt aus betrachten, daß die liberalen Mitglieder der Regierung wieder einmal ihre Grundsätze und Methoden zugunsten der Torypartei preisgegeben haben. Der Ministerpräsident hat an diesem Tage dem Freihandel eine Leichenrede gehalten, aber ebenso, wie er erklärte, daß er an dem Grundsatz des Freiwilligendienstes festhalte, als er ihn aufgab, erklärt er jetzt, daß er immer noch ein Freihändler sei. Er ist ja auch eine Zeitlang ein eifriger Homeruler gewesen, aber jetzt scheint Homerule aufgegeben zu sein; das einzige, was der Ministerpräsident noch nicht preisgegeben hat, ist sein Amt, und im Interesse seines künftigen Rufes sollte er es so bald wie möglich aufgeben und die Ausführung von Torygrundsätzen denen überlassen, die sich dazu bekennen. Die Pariser Entschlüsse beruhen auf dem Trugschluß, daß das gegenwärtige Bündnis der Mächte ein dauerndes sein wird; aber sobald die Furcht, die die Verbündeten zusammenhält, ihre Wirkung verloren hat, werden widerstreitende Interessen emporkommen und das Bündnis wird sich auflösen. Die Pariser Vorschläge machen allen Hoffnungen auf den Frieden unter den Nationen ein Ende. Europa wird dauernd in zwei feindliche Lager geteilt werden.“

Das Unterhaus trat sodann dem Vorschlag der Regierung bei und erklärte sich mit den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz einverstanden.

Auch nach diesem Beschlusse des Parlaments verstummten die Äußerungen gegen den Regierungsstandpunkt in England nicht. Der „Economist“ bekämpfte auch weiterhin die ins Auge gefaßte Handelspolitik, als einen Versuch mit unzureichenden Mitteln. Das Blatt schrieb zur Unterhausitzung am 2. August in seiner Ausgabe vom 5. August:

„Aus der am Mittwoch stattgefundenen Erörterung geht klar hervor, daß das Unterhaus mit dem Premierminister an der Spitze der Ansicht ist, auf diesen Krieg, sobald er zu Ende geht, einen Krieg auf dem Gebiet des Handels folgen zu lassen, und daß wir Deutschlands wirtschaftlichen Angriffen Einhalt tun können, indem wir uns weigern, seine Waren zu kaufen und somit seine Kaufkraft hinsichtlich unserer Waren vermindern. Jedermann muß zugeben, daß es Zeiten gibt, wo Rücksichten auf wirtschaftliche Zweckmäßigkeit denen nationaler Sicherheit weichen müssen, und daß sogar mancher unerschütterliche Freihändler der Meinung ist, die Zeit nach dem Kriege werde eine derartige Sachlage herbeiführen. Ob das eintritt, wird von der Voll-

kommenheit des Sieges der Verbündeten, den Friedensbedingungen und der inneren Lage Deutschlands nach Beendigung des Krieges abhängen. Es ist ebenfalls klar, daß Schutzzölle an sich eine wirtschaftliche Durchdringung nicht verhindern, wie das Beispiel Rußlands und Italiens zeigt, wo Deutschland trotz hoher Zölle einen gewaltigen Einfluß auf Finanzen und Industrie gewonnen hat. Vor allem ist es notwendig, zu bedenken, daß, wenn wir durch die Ergreifung von Maßregeln gegen Deutschland eine engere Verknüpfung seiner Handels- und sonstigen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten bewirken, wir uns selbst und der Zukunft der Zivilisation einen schlimmen Dienst erweisen.“

Ein von der Regierung eingesetzter Ausschuß befaßte sich mit Studien über die Anwendung der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz und die zukünftige Handelspolitik Englands. Der „Times“ vom 24. Juli sah sich veranlaßt, über die Tätigkeit dieses Ausschusses, offenbar mit der Absicht, ein aufkommendes französisches Mißtrauen zu zerstreuen, zu berichten. Das Blatt schrieb, daß das Programm des von Asquith eingesetzten Ausschusses für Festlegung der zukünftigen Wirtschaftspolitik Englands auf schutzzöllnerische Tendenzen schließen lassen könnte. Für den Augenblick sei dies aber nicht zu befürchten. Denn selbst Mitglieder wie Hewins, die ehemals die Zollreform Chamberlains vertraten, hätten diese aufgegeben und stünden auf dem Boden der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz und Anknüpfung besonders enger Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich und Belgien. Daher seien in der Kommission starke Bedenken gegen die auf Bevorzugung der Kolonien abzielenden Bestrebungen Hughes, vorhanden. Für sein System der Vorzugszölle, das Frankreich fast auf eine Stufe mit den Neutralen stellen würde, trete kein angesehenes Mitglied der liberalen oder konservativen Partei ein. Eine einzige Gefahr freilich bestehe, nämlich, daß die in Paris und London mit Vorbereitung der praktischen Anwendung der Konferenzresolutionen Beauftragten ohne Fühlung miteinander bleiben, weil möglicherweise die Bestrebungen in beiden Ländern in einigen Monaten eine völlig entgegengesetzte Richtung eingeschlagen haben könnten. Ständiger Austausch der Ansichten dürfe daher nicht außer acht gelassen werden.

Über die Art, in der die Pariser Beschlüsse in die Tat umgesetzt würden, gab die englische Regierung auf eine Anfrage von Mr. Brookes dem Unterhause am 10. Oktober 1916 Kenntnis.

In Abwesenheit des Premierministers beantwortete Mr. Bonar Law (Colonial Secretary) die Frage. Er erklärte: „Die Sachverständigenausschüsse, die zu dem Zwecke eingesetzt sind, dem Board of Trade bei den zur Sicherstellung verschiedener bedeutender Gewerbezweige nach dem Kriege zu unternehmenden Schritten beratend zur

Seite zu stehen, haben mit ihren Untersuchungen bedeutende Fortschritte gemacht. Ein Hauptausschuß ist unter dem Vorsitz von Lord Balfour of Burleigh gebildet worden, um über britische Handelspolitik nach dem Kriege mit besonderer Berücksichtigung der Pariser Vorschläge zu berichten. Es ist abgemacht worden, daß die Konferenz technischer Delegierter zur Durchberatung der Gesetze über industrielles Eigentum, die in einem der verschiedenen Beschlüsse vorgesehen war, nächstens zusammentreten soll. In anderer Richtung läßt sich ebenfalls ein Fortschritt verzeichnen, besonders hinsichtlich des Schutzes wichtiger „Key“-Industrien; jedoch bin ich noch nicht in der Lage, irgendwelche Mitteilungen über den Gegenstand zu machen.“

Der Kampf der Meinungen hat aber auch weiter hier nicht völlig aufgehört. Das Für und Gegen kam immer wieder zum Ausdruck.

Ein Rundschreiben der „Union of democratic Control“, das an zahlreiche Körperschaften verschickt wurde, zeigt, daß die Gegenbewegung nicht müßig blieb. Das Rundschreiben lautet: (Daily Express London, 8. August 1916.)

„Geehrter Herr! Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß eine besorgniserregende Bewegung zur Einführung des Schutzzollsystems hier im Gange ist, und daß nach Friedensschluß beabsichtigt wird, dem europäischen Konflikt mittels wirtschaftlicher Kämpfe, in denen die Nationen in mehrere, einander durch Tarife bekämpfende Lager geteilt sein werden, fortzusetzen.

Die jüngsten Reden von Mr. Hughes, der gegenwärtig von der schutzzöllnerischen Presse angeregte Feldzug und die von der Pariser Wirtschaftskonferenz aufgestellten Beschlüsse haben die Sache allen denjenigen, die sich für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes und den künftigen Weltfrieden interessieren, als eine Angelegenheit von einschneidender Bedeutung nahegelegt.

Viele von uns sind der Meinung, daß der vorgeschlagene Wirtschaftskrieg eine unheilvolle Wirkung auf die Arbeiter unseres Landes ausüben würde, und daß die Fortsetzung des gegenwärtigen Konfliktes durch einen Handelskrieg alle alten nationalen Eifersüchteleien und Feindseligkeiten, die wir beseitigen möchten, andauern lassen und einen dauernden Frieden, wie wir ihn alle wünschen, vollständig unmöglich machen würde.

Unter diesen Umständen ist mir der Gedanke gekommen, daß den Mitgliedern Ihrer Gesellschaft vielleicht ein Vortrag mit nachfolgender Erörterung über diese wichtige Angelegenheit angenehm sein würde. Der Gegenstand des Vortrages könnte vielleicht folgender sein:

Der europäische Konflikt soll nicht nach dem Aufhören der militärischen Tätigkeit durch einen Wirtschaftskrieg fortgesetzt werden. Die britische Politik soll sich auf Förderung freien Handelsverkehrs zwischen allen Nationen und auf Bewahrung und Erweiterung des Grundsatzes der offenen Tür richten.

Wenn Ihren Mitgliedern an einer Erörterung dieses Standpunktes gelegen sein sollte, würde ich Ihnen gern zu jeder ihnen passenden Zeit einen Redner schicken. Natürlich würden die Dienste des Redners kostenlos sein, da es unser einziger Wunsch ist, auf jede Weise ein besseres Verständnis der Lösung wartenden Probleme vermitteln zu helfen.

Sobald Sie mich wissen lassen, welche Zeit Ihren Mitgliedern genehm ist, werde ich mit Vergnügen einen Redner ernennen.“

F. Seymour Cocks,

Organising Secretary, London Federation, Union of Democratic Control.

Andererseits wurde auf einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der »Tariff Reform League« Anfang Oktober beschlossen, einen energischen Aufklärungsfeldzug im ganzen Lande in die Wege zu leiten, mit dem Zwecke:

1. Die Regierung an ihrem Festhalten an der Politik der verbündeten Mächte, wie sie in der Pariser Konferenz festgelegt wurde, zu unterstützen.

2. Der Regierung die Notwendigkeit nahelegen, auf Grund der Pariser Beschlüsse unverzüglich in geeigneter Weise vorzugehen.

3. Organisationen zu bekämpfen, die den Beschlüssen der Pariser Konferenz entgegenwirken.

Soweit überhaupt Stimmen aus den englischen Kolonien bekannt geworden sind, hat man sich in Australien, der Heimat Hughes', in Kanada und in Südafrika für den Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte ausgesprochen. Auf dem Kongreß der südafrikanischen Handelskammern in Kapstadt (September 1916) wurden die Beschlüsse der Pariser Konferenz über die „ökonomische Entente“ und den Handelskrieg gutgeheißen und wurde ausdrücklich für eine Änderung des südafrikanischen Zolltarifs gestimmt. Dieser Kongreß billigte ferner den aufgestellten Grundsatz des Staffeltarifs, den die Pariser Konferenz vorgeschlagen hatte. Außerdem befürwortete dieser Handelskammerkongreß die Einführung von Differenzialtarifen für die ausländischen, die Häfen Südafrikas anlaufenden Schiffe.

Von praktischer, jetzt schon wirksamer Form der Anwendung konnte auch in England zunächst nichts wahrgenommen werden. Offenbar aus dem Grunde, weil der wesentlichste Teil der Pariser Beschlüsse die Zeit nach dem Kriege betrifft und die für den Krieg beschlossenen Maßnahmen schon durchgeführt sind. Es sei indessen an dieser Stelle die Beobachtung eines neutralen Industriellen, eines Schweizers, (nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 8. Dez. 1916) angeführt, die darauf schließen läßt, daß neben den bekanntgegebenen Beschlüssen noch geheim gehaltene auf der Pariser Wirtschaftskonferenz ge-

faßt wurden, daß ferner diese Beschlüsse, soweit sie die Neutralen betreffen, unauffällig und unter irreführender Bezeichnung der Wirksamkeit zugeführt werden.

Der genannte schweizerische Industrielle stellt es in der erwähnten Darstellung als außer Zweifel stehend hin, daß tatsächlich geheim gehaltene Beschlüsse auf der Pariser Wirtschaftskonferenz gefaßt wurden. Ihre praktische Wirkung sei der Ausschluß neutraler (z. B. schweizerischer) Industrien von gewissen Märkten, namentlich englischen, zugunsten des französischen und italienischen Wettbewerbs. Über diese Tatsachen könne man auch trotz der gegenteiligen Versicherungen der Ententeregierungen nicht hinwegkommen. Über die Meistbegünstigungsklausel hätten sich die Ententeregierungen auch gegenüber befreundeten Neutralen tatsächlich bereits völlig hinweggesetzt. Der genannte Industrielle berichtet sodann den folgenden, außerordentlich bezeichnenden Einzelfall, der für die Entente politik charakteristisch ist:

„Man kann eine gewisse Begünstigung der Mittkämpfer im großen Ringen ja durchaus begreiflich finden; auch daß Einfuhrverbote erlassen werden, damit der Import unter die Kontrolle der Regierung gelange, ist eine Sache, mit der wir uns abzufinden gelernt haben. Daß dann aber solche Verbote, welche aller Welt mit den Details der Überwachungs- und Lizenzmodalitäten bekannt gemacht worden sind, in praxi nur gegen einen schwachen Neutralen angewendet werden, könnte nach und nach auch bei diesem Zweifel an der Aufrichtigkeit derjenigen Kämpfer aufkommen lassen, welche behaupten, besonders die Interessen der kleinen Staaten zu verteidigen. Ein frappantes Beispiel liefert in dieser Beziehung der Export der Halbseidenwaren. England hat deren Einfuhr im April 1916 verboten, angeblich wegen mangelnden Frachtraums. Die Schweizer Industrie hat denn auch seit Mai keine Halbseidenstoffe mehr nach England exportieren können; dagegen sind im gleichen Monat und im Juni 1916 aus Frankreich und Italien doppelt soviel Halbseidenwaren nach England verschifft worden, als im Vorjahre; ja, es hat sich sogar gezeigt, daß Frankreich und Italien gar nicht imstande sind, der Nachfrage zu genügen. (In Como sollen, nach einer Mitteilung in Nr. 1798 der „N. Z. Z.“, mitten im Kriege, neue Stühle aufgestellt werden.) Man hätte also Grund zur Annahme, daß, nachdem die Nachfrage größer ist als das Angebot, der Schweiz wenigstens einige Importe wieder hätten gestattet werden können. Die Schweizer Industriellen haben auch keine Anstrengung gescheut, um die vorgeschriebenen Lizenzen für den Import zu erhalten, allein ohne Erfolg. Es muß also angenommen werden, daß in diesem Spezialfalle die Schweiz allein vom Markte ausgeschlossen werden sollte, da weitere Länder für die Einfuhr von Halbseidenwaren nach England gar nicht in Betracht fallen.“

Der genannte Industrielle fordert im Hinblick auf solche bedeutungsvolle Vorgänge die erhöhte Aufmerksamkeit der neutralen Regierungen,

eine angemessene Aufklärung der Öffentlichkeit über die aus dem Handelskrieg sich ergebenden Folgen und schließlich eine entschiedene Stellungnahme gegenüber dieser, die Neutralen empfindlich schädigenden Politik. —

In Italien fanden die Beschlüsse der Pariser Konferenz wieder eine ganz andere Aufnahme. Der Ministerrat ratifizierte sie, soweit sie die Maßnahmen für die Zeit des Krieges betreffen. Für die weitergreifenden Pläne behielt sich die italienische Regierung die Stellungnahme vor. (Rede Bosellis am 6. Dezember 1916 in der Kammer.) Eine Änderung dieser Haltung der Regierung, die in einem ministeriellen Dekret schon anfangs August 1916 bekannt gegeben wurde, ist in der folgenden Zeit nicht eingetreten.

In der öffentlichen Meinung Italiens machten sich Stimmen für und gegen die Konferenzpolitik und die Pariser Beschlüsse geltend. Von den wichtigeren Meinungsäußerungen sei hier erwähnt, was der „Corriere Mercantile“ (Genua, 3. Juli 1916) sagte:

„Unter anderen praktischen Beschlüssen wurde auf der kürzlich in Paris abgehaltenen Wirtschaftskonferenz der Verbündeten eine Entscheidung von bemerkenswerter Bedeutung getroffen. Es scheint angebracht, hier länger zu verweilen; denn sie sucht der Möglichkeit einer Erneuerung jener deutschen Methoden zu begegnen, die bei dem umfassenden Bemühen, den Welthandel an sich zu reißen, vor dem Kriege weitgehend angewandt wurden. In Paris beschloß man folgendes: „Um ihren Handel, ihre Industrie, ihre Landwirtschaft und ihre Schifffahrt gegen wirtschaftliche Angriffe zu verteidigen, beispielsweise gegen Warenverschleudern oder anderen unlauteren Wettbewerb, beschließen die Verbündeten, eine Vereinbarung zu treffen, um einen Zeitraum festzusetzen, während dessen der Handel der feindlichen Mächte besonderen Bestimmungen unterworfen wird. Die Waren feindlichen Ursprungs sollen entweder Verboten oder anderen wirksamen Vorkehrungen unterliegen. . . . Es ist leicht zu verstehen, eine wie große Gefahr das Schleudern der Deutschen für die heimische Industrie darstellt, ohne dabei zu berechnen, daß es eine auch für den Verbraucher äußerst gefährliche Form der Unterjochung vorbereitet. Man lockt durch das Mittel vorübergehender Billigkeit und denkt bestenfalls nur daran, wie man sich für die anfängliche verräterische Wirtschaftsmethode durch ungeheuren Wucher wieder bezahlt machen kann. Demzufolge hat die Wirtschaftskonferenz der Verbündeten nicht mit Unrecht daran gedacht, sich gegen ein Wiederauftauchen dieses Schleuderns sofort nach Friedensschluß zu sichern. Daß derartige Absichten bestehen, dafür sind sichere Anzeichen vorhanden. . . . Aber wir glauben und wollen hoffen, daß alle diese Bemühungen nutzlos bleiben. Der Beschluß der Pariser Konferenz ist ein beruhigendes Vorbeugungsmittel dafür. Die Befreiung von dem wirtschaftlichen Joch der Deutschen muß eine endgültige sein.“

Auf der anderen Seite erklärte sich die „Perseveranza“ (Mailand, 28. Juni 1916) gegen die Ziele der Pariser Wirtschaftskonferenz. Ihre Ausführungen von genanntem Datum lauten:

„Es scheint unser Schicksal zu sein, daß in Italien die seltsamsten Dinge vorkommen. Ohne auch nur den Regierungsausschuß zu befragen, der die sicherlich nicht leichte Aufgabe hat, den neuen Zolltarif auszuarbeiten und der neuen Handelspolitik des Landes die Richtung zu geben, hat sich die Regierung auf der letzten Pariser Konferenz, wo Italien durch den Finanzminister Daneo des ehemaligen Kabinetts Salandra vertreten war, verpflichtet, einen bestimmten Weg einzuschlagen Den dritten Punkt der Beschlußfassung können wir nicht unbedingt unterschreiben: Maßnahmen zur wechselseitigen Hilfeleistung und Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten. Es scheint uns, daß man bei zu allgemein gehaltenen Formeln sich zu ernstlich verpflichtet habe

Die in der Stampa am 21. dieses Monats veröffentlichten Erklärungen des Handelsattachés unserer Pariser Gesandtschaft, der anscheinend der Konferenz beizwohnte, berühren seltsam sorgenvoll. Es geht aus ihnen hervor, daß die italienische Regierung nicht nur den Handelsvertrag mit Deutschland aufgibt, sondern sich auch verpflichtet hat, letzterem die Meistbegünstigung nicht mehr zu gewähren. Zur Entschädigung erhielt sie bereits die Versicherung der verbündeten Regierungen, die früher nach Österreich und Deutschland ausgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Frankreich, England und Rußland absetzen zu können.

Es ist heute gewiß nicht angebracht, nur oberflächlich und ohne Angabe von Tatsachen diese schwerwiegenden Entschlüsse zu besprechen, die man nur auf Umwegen durch die Indiskretion einer Unterredung und einige schematische amtliche Veröffentlichungen kennt. Aber die Rechtfertigung dieser Beschlüsse, die jener Handelsattaché in der Stampa versucht, scheint mir weit wichtiger und bedeutungsvoller als die Nachrichten an sich. Die Verbündeten wollen Italien für den Ausfall seines Exports an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach den Zentralstaaten dadurch entschädigen, daß sie ihm nicht etwa eine Zollermäßigung gewähren oder, besser noch, die Zölle ganz abschaffen, sondern daß sie einige Transporterleichterungen treffen. Wie kann man zwischen einer Herabsetzung der Transportkosten und den erheblichen Zollermäßigungen oder -befreiungen auf unsere landwirtschaftlichen Ausfuhrartikel einen entsprechenden Ausgleich erwarten? Der Handelsattaché erinnert daran, daß unsere Ausfuhr am günstigsten stand, als wir unseren Wein nach Frankreich exportierten. Ja, in der

Tat, wir führten unseren Wein während einer gewissen Zeit zu günstigen Bedingungen nach Frankreich aus; aber unser Handelsattaché vergißt, hinzuzufügen, daß dies geschehen konnte, weil der französische Weinbau noch nicht wiederhergestellt war. Aus demselben Grunde ging unser Export nach Osterreich-Ungarn, solange der Blutlauschaden dort wütete.

Das Problem ist weit ernster als es scheint. Es ist unfassbar, daß man unabänderliche Beschlüsse hat fassen können, ohne erst die verantwortlichen Personen und alle jene, die in ihrem ureigensten Interessengebiete morgen vielleicht schon starke wirtschaftliche Kräfte festgelegt sehen könnten, wenigstens bis zu einem gewissen Grade befragt zu haben.

Die große Schwierigkeit, ein für unsere landwirtschaftliche Ausfuhr günstiges Zollabkommen mit den Verbündeten zu treffen, hat eine natürliche Ursache: Die Produkte, die sich auf unseren Auslandsmärkten Konkurrenz machen und deren Eindringen auf den eigenen Markt man wechselseitig fürchtet, sind fast die gleichen. Aber man würde kein Ende finden, wenn man alle angesichts der Ereignisse dieser Tage unwillkürlich auftauchenden Einwände vorbringen wollte. Man müßte nicht nur einen Aufsatz, sondern einen ganzen Band darüber schreiben, wollte man das Problem unserer landwirtschaftlichen Ausfuhr gründlich erörtern. . . . Wir wagen im Namen der höchsten Lebensinteressen unserer nationalen Produktion zu fordern, daß die Regierung, die jetzt die Geschicke unseres Vaterlandes leitet und der einige Männer angehören, die jene Probleme im Parlament und im Lande selbst vorgebracht und beleuchtet haben (man braucht nur Namen zu nennen wie Bonomi, Bissolati und Raineri), der Kammer klaren Wein einschenkt und ihr mitteilt, welche Verpflichtungen sie übernommen hat, und ob sie heute den öffentlichen Meinungsäußerungen einiger ihrer Vertreter zustimmen kann. — Luciano de Feo."

Trotz französischen und namentlich englischen Drucks, der in der Kohlenfrage für Italien besonders spürbar wurde, ist die Stellung der italienischen Regierung, die sämtliche Maßnahmen des Handelskriegs nur für die Zeit des Krieges in Kraft setzte, unverändert geblieben.

In Rußland verhielt man sich noch wesentlich zurückhaltender in der Beurteilung der Pariser Konferenzbeschlüsse. Die Regierung enthielt sich, soweit ihre Stellungnahme nach den darüber erfolgten Veröffentlichungen zu beurteilen ist, überhaupt einer klaren Stellungnahme. Ein Moskauer Blatt brachte die Mitteilung, der Ministerrat habe die Pariser Konferenzbeschlüsse ratifiziert, welche Mitteilung aber unbestätigt blieb. Der russische Vertreter auf der Pariser Konferenz

betonte mit Nachdruck, die Konferenz habe nur zum Ziel gehabt, die nationale Arbeit zu schützen und nicht, Deutschland zu vernichten.

Eine bedeutungsvolle — schon vor der Wirtschaftskonferenz veröffentlichte — Darlegung des russischen Standpunktes findet sich in dem amtlichen Organ des russischen Finanzministeriums, *Westnik Finansow* (4. Juni 1916). Freiherr von Heyking, der russische Generalkonsul in London schrieb in diesem Blatte:

„Die Erfahrungen des Krieges beginnen den Boden für die Belehrung Englands vom Freihandel zum Protektionismus vorzubereiten. Schon heute kann behauptet werden, daß der Krieg die künftige Stellungnahme Englands gegenüber der internationalen Konkurrenz für viele Jahre im voraus festgelegt hat. Maßnahmen schutz-zöllnerischen Charakters sind auch von den vereinigten Handelskammern Englands als Gegenstand von Vorschlägen für die Wirtschaftskonferenz in Paris empfohlen worden. Das Bestreben Großbritanniens, zu verhindern, daß Deutschland nach dem Kriege erneut zur Vorherrschaft auf dem Weltmarkt gelangt, wird in Rußland volle Unterstützung finden, jedoch zweifelt niemand in beiden Ländern an der eminenten Schwierigkeit seiner Verwirklichung, zu deren hauptsächlichsten Voraussetzungen ein geschlossenes Vorgehen Rußlands, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Portugals und Japans in Zollfragen gehöre. Diesen müßten sich außerdem die neutralen Länder anschließen, denen man Tarifvergünstigungen zu gewähren beabsichtigt, so daß auf diese Weise zwei Gruppen geschaffen werden: die Gruppe der Zentralmächte und die als fester Gürtel um letztere angeordnete Gruppe der Ententemächte, denen sich die Neutralen zugesellen dürften. Bei einer solchen Gruppierung erscheint der Ausgang der unausbleiblich zu gewärtigenden zukünftigen Zollkämpfe für die Ententemächte günstig.“

Freiherr von Heyking fährt dann weiter fort: „Nach der Statistik des russischen Außenhandels für 1913 ergibt sich, daß Rußlands Warenaustausch mit der Gruppe der Zentralmächte (Deutschland, Osterreich-Ungarn, Türkei) bedeutend größer ist als sein Handel mit den verbündeten Ländern. Selbst wenn man diesen die neutralen Staaten angliedert, so überragt das Gesamtergebnis des Handelsverkehrs Rußlands mit den Mittelmächten dasjenige seines Warenaustausches mit allen übrigen Staaten um immer noch 1631 Millionen Rubel. Daher gestaltet sich die Frage der Tariffdifferenzierung gegenüber den Waren der Verbündeten, Neutralen und Feinde für Rußland ungleich schwieriger als für Großbritannien, dessen Handel allein mit seinen Kolonien und den verbündeten Ländern denjenigen Englands mit den Mittelmächten um das Vierfache übertrifft. Der gewaltige Umfang des Warenaustausches zwischen Rußland und den Zentralstaaten erklärt sich hauptsächlich durch die geographische Lage dieser Rußland benachbarten Länder, sowie durch die hierdurch bedingte Billigkeit der Frachten. Bei allem Verlangen, unsere Verbündeten zu bevorzugen, stehen uns natürlich unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen näher als etwaige Erleichterungen, die wir ihnen zu gewähren in der Lage sind. Mithin könnten wir auf den Handel mit

Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei nicht verzichten, falls wir unentbehrliche oder notwendige Erzeugnisse von dort bedeutend billiger beziehen könnten als ähnliche von unseren Verbündeten. Es wäre unklug, sich selbst Schaden zuzufügen, nur um den Wunsch, seinen Gegner zu schädigen, zu befriedigen. Desgleichen wäre es unerwünscht, unseren Verbündeten ein monopolisiertes Übergewicht einzuräumen; im Gegenteil, man muß darauf bedacht sein, aus ihrer Gegnerschaft zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn den größtmöglichen Vorteil für den russischen Käufer herauszuschlagen. Andererseits erfordert die gegenwärtige politische Konjunktur, daß wir unseren Verbündeten Vorzugszölle für ihren Export nach Rußland gewähren. Indessen darf man nicht die Augen vor jenen wirtschaftlichen Tatsachen verschließen, die Rußland daran hindern, sich jeglicher Handelsverbindungen mit den Mittelmächten zu enthalten. Es ist für Rußland ganz unmöglich, sein Getreide und sonstige Produkte, die es in die Zentralstaaten ausführt, in den verbündeten oder neutralen Ländern unterzubringen, wo es außerdem auf die Konkurrenz anderer Getreide produzierender Länder, wie Argentinien, Kanada, Rumänien, Ägypten, Südafrika und Australien stoßen würde. Zudem bietet die geographische Nähe Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei Rußland die Möglichkeit, sein Getreide nach dorthin zu vorteilhafteren Bedingungen als nach überseeischen Ländern auszuführen. Die hohen Frachtsätze werden nach dem Kriege nicht sobald sinken, da die Transportmittel erheblich zurückgegangen sind. Sie werden daher die russische Ausfuhr nach überseeischen Ländern herunterdrücken und sie noch mehr als früher auf den Weg nach Mitteleuropa weisen. Endlich ist es überhaupt undenkbar, auf einer Ausdehnung von 1000 und mehr Werst wirtschaftliche Barrikaden zu errichten und sich auf diese Weise gegen Nachbarn abzusperren, die durch Jahrhunderte die größten Abnehmer unserer Produktion waren, bessere Preise zahlten als unsere entfernteren Freunde und Verbündeten, sich mit unserer Psyche, unseren Bedürfnissen, unseren Einrichtungen und Verhältnissen besser bekannt gemacht hatten als andere Ausländer. Unter dem Druck aller dieser Tatsachen wird Rußland, da es seine eigensten Lebensinteressen wahren muß, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht vermeiden können, seine Erzeugnisse auch nach dem Kriege an die Mittelmächte zu verkaufen und von diesen als Äquivalent deren Erzeugnisse entgegenzunehmen.

Hierdurch aber wird die Möglichkeit tarifmäßiger Differenzierung der Zölle für Waren, je nach ihrer Herkunft aus verbündeten, neutralen und feindlichen Ländern, nicht ausgeschlossen. Es wird nur erforderlich werden, die Höhe der Zollvergünstigungen, die wir ohne Schaden für unsere Interessen unseren Verbündeten und den Neutralen hinsichtlich jeder einzelnen Position des Imports und Exports gewähren können, richtig zu bemessen.

Um diesen Forderungen zu genügen, dürfte der Einfuhrzoll auf Waren aus feindlichen Ländern nicht so hoch gesteigert werden, daß der Import von dort unmöglich wird, sondern er müßte nur gerade so viel erhöht werden, daß die Erzeugnisse und Produkte z. B. aus England auf dem russischen Markt günstigere Bedingungen genießen

als Waren der Mittelmächte. Auf diese Weise würde die Konkurrenz für England auf russischen Märkten erleichtert werden und zugleich dem russischen Käufer die Möglichkeit erhalten bleiben, sich aus Deutschland mit denjenigen Waren zu versehen, die er in der erforderlichen Menge und Qualität bei den Verbündeten Rußlands oder den Neutralen nicht erhalten kann. . . .

Die Differenzialzölle sollen, um es noch einmal zu sagen, nicht den Zweck des gänzlichen Ausschlusses Deutschlands von unserem Markt verfolgen, sondern unseren Verbündeten nur eine gewisse Bevorzugung gegenüber unseren jetzigen Feinden angeheihen lassen. Von unseren Verbündeten würde es abhängen, sich solcher Vergünstigungen in angemessener Weise zu bedienen. Sich ohne Murren ihrem Gutdünken überlassen und dort unangemessene Preise zu zahlen, wo man es vermeiden kann, soll man nicht! Das eigene Interesse muß in wirtschaftlichen Fragen an erster Stelle stehen. Alles hängt von der richtigen Bemessung der Differenzialzölle ab. Die Forderungen Englands werden vermutlich nicht eben gering sein, und wir werden unsere Interessen mit Geschick zu verteidigen haben, um nicht vom Regen in die Traufe zu gelangen, d. h. England usw. gegenüber in denselben Fehler zu verfallen, den wir gelegentlich des Abschlusses des russisch-deutschen Handelsvertrages begangen haben. . . .

Zum Schlusse sei in Kürze resümiert, daß eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Rußland und seinen Verbündeten vom Gesichtspunkt ihrer gegenseitigen Interessen möglich, wünschenswert und gerecht erscheint; aber ihre Verwirklichung hängt von der Abwendung Englands vom Freihändlertum und seiner Bekehrung zum Protektionismus ab, sowie andererseits von der Befreiung Rußlands aus seiner außerordentlichen handelswirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei durch Einführung entsprechender Differenzialzölle.“

„Promyslennostj i Torgowlja“ befaßte sich am 11./24. Juni 1916 mit den Zielen der Pariser Konferenz und der zukünftigen Handelspolitik Rußlands. In den bemerkenswerten Ausführungen heißt es u. a.:

„Der Reichskontrolleur, Herr Prokowsky, der die russische Regierung auf der Pariser Wirtschaftskonferenz vertrat, äußerte in einer Unterredung mit dem Mitarbeiter des *Matin*, daß sich die Verbündeten in Zukunft nicht nur ohne deutsche Erzeugnisse behelfen wollen, sondern vielmehr nach der Oberherrschaft auf dem Weltmarkte streben, wozu ihnen ihr zukünftiger Sieg das volle Recht gibt. Hierin darf man also wohl die Grundrichtung für die Arbeiten der Konferenz sehen.

Wie bekannt, soll die ganze wirtschaftliche Welt nach Ansicht der Anhänger eines Wirtschaftskrieges gegen Deutschland in zwei Teile gespalten werden und auf diese Weise zwei in sich abgeschlossene und getrennte wirtschaftliche Einheiten bilden. Da es Deutschland kaum gelingen dürfte, den größeren Teil der wirtschaftlichen Welt an sich zu ziehen, so würden die Bestrebungen Deutschlands nach der

Weltherrschaft hiermit begraben und Deutschland für immer unschädlich gemacht werden können. Eine kritische Analyse dieser Ansicht führt jedoch zu dem Schluß, daß sie unzutreffend ist.

Jedenfalls kann ein gegen Deutschland gerichtetes wirtschaftliches Kampfbündnis der Entente-Mächte nicht zu einer vollkommenen Reststellung des deutschen Handels führen. Wir wollen versuchen, den Umfang des deutschen Handels vor dem Kriege mit denjenigen Staaten, welchen es territorial oder durch politische Bande nahesteht, näher zu erörtern. Im Jahre 1913 betrug der deutsche Export im ganzen 10 087 Millionen Mark. Hiervon entfielen auf Österreich-Ungarn 10,9%, auf Holland 6,9%, auf Schweden 2,3%, auf die Schweiz 5,3%, auf Dänemark 2,8%, auf Norwegen 1,6%, auf Rumänien 1,4%, auf die Türkei 1%; mithin auf alle diese Länder zusammen 32,2%. Man muß annehmen, daß der intensive Handel Deutschlands mit Amerika, wohin die Ausfuhr Deutschlands in dem genannten Jahr 15,3% betrug, nach dem Kriege wieder hergestellt werden wird. Allerdings haben die Vereinigten Staaten während des Krieges Kraftanstrengungen gemacht, um Deutschland auf den Märkten von Zentral- und Südamerika zu verdrängen, eine Bewegung, die unter dem Namen pan-amerikanische Bewegung für den deutschen Handel eine ernste Gefahr darstellt, wie dies auch von deutschen Wirtschaftslehrern (vgl. Prof. Harms: Deutschlands Anteil an Welthandel und Weltwirtschaft 1916, Seite 210) anerkannt wird. Jedoch erhalten Zentral- und Südamerika im Handelsverkehr mit Deutschland mehr Nutzen von diesem, als umgekehrt Deutschland von ihnen; mithin liegt es nicht im Interesse von Zentral- und Südamerika, den Warenaustausch mit Deutschland zu begrenzen.

Wir sehen also, daß die Einfuhr Deutschlands nach den oben aufgeführten Ländern, mit welchen es aller Voraussicht nach auch nach dem Kriege Handelsbeziehungen unterhalten wird, 47,5% seines Gesamtexports betragen hat. Es ist nun bekannt, welche bewundernswürdige Energie und Hartnäckigkeit Deutschland bei der Verfolgung seiner nationalen Aufgaben aufzuweisen versteht und über welcher ausgezeichneten Handelsapparat es verfügt. Wir können daher, ohne befürchten zu müssen fehlzugehen, behaupten, daß die Verdrängung der deutschen Waren von den Märkten der Verbündeten nur zu einer größer angelegten Expansionspolitik des deutschen Handels in denjenigen Ländern führen wird, welche mit ihm den Warenaustausch beibehalten würden. Deutschland wird es verstehen, seine Konkurrenten aus der Türkei, Bulgarien, Rumänien, Holland, Schweden, Dänemark usw. zu verdrängen, um den früheren Umfang seines Außenhandels herzustellen. Bei der ungeheuren Teuerung auf dem Frachtmарkt wird die territoriale Nachbarschaft mit diesen Ländern für Deutschland zu einem erheblichen Ansporn werden, die benachbarten Märkte noch intensiver auszunutzen als bisher. Wenn daher die Verbündeten auch tatsächlich „von den deutschen Erzeugnissen loskommen würden“, so können sie die übrige Welt doch nicht vor ihnen bewahren, und, indem sie sich von Deutschland zurückziehen, fügen sie ihrem eigenen Handel mit anderen Ländern nur Schaden zu. Uns erscheint

aber auch die Isolierung der Verbündeten selbst vor deutschen Waren gänzlich undurchführbar..... Wir meinen daher, daß bei der Abwägung der Vorteile, welche wir aus einer handelspolitischen Annäherung an unsere Verbündeten gewinnen können, gegen die Nachteile einer solchen Verständigung, sich von selbst der Gedanke aufdrängt, daß die scharfe Meinungsverschiedenheit unserer Handelsinteressen eine möglichst selbständige Handelspolitik für uns gebietet. Die zweckmäßigste Wahrung unserer Handelsinteressen besteht in einer völligen Emanzipation von ausländischer Vormundschaft. Deshalb wollen wir nochmals betonen, daß vom Gesichtspunkte unserer nationalen wirtschaftlichen Entwicklung einzig und allein eine völlig selbständige Zollpolitik empfehlenswert erscheint, und daß wir mit unseren Verbündeten nicht Abmachungen treffen dürfen, welche unsere freie Entschließung auf dem Gebiete des Außenhandels für lange Zeit lahmlegen.“

Dieser Standpunkt blieb in Rußland in der Folgezeit der vorherrschende. Der Standpunkt der Regierung wie der Öffentlichkeit hat sich eher dahin geändert, daß die Ablehnung noch deutlicher zum Ausdruck kam. —

Wie sich die russischen Bedenken verstärkten, zeigt eine Auslassung der „Petersburger Börsenzeitung“ vom 26. November 1916, in der es heißt:

„Ganz Rußland zeigt gegenwärtig den Entschluß, sich von der deutschen Industrie freimachen, die feindlichen Länder künftig nicht mehr mit Rohstoffen zu versorgen. Aber über den Wunsch hinaus ist die Sache nicht gediehen. Der Verlust der Märkte, wie der Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei, wird uns ungeheuerere Anstrengungen auferlegen, entweder neue Absatzgebiete zu erobern oder die Beziehungen zu befreundeten Ländern zu erweitern. Die Hoffnungen auf England sind problematisch. Denn schon vor dem Kriege konkurrierten Kanada, Argentinien, Indien und Australien mit Rußland auf dem englischen Getreidemarkt. Ebenso beginnen die Italiener, die vorher die russischen Häfen bezogen, immer mehr zu Argentinien zu neigen und den russischen durch Manitobaweizen zu ersetzen. Auch Frankreich bietet ungünstige Perspektiven. Nicht nur ist die Durchfuhr durch Deutschland unvermeidlich, sondern offenbar haben auch die jenseits des Panamakanals gelegenen Länder begonnen, Frankreich in ihr wirtschaftliches Interessengebiet einzubeziehen.“

Von den Staaten Europas, die durch ihre Regierungen die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz ratifizieren ließen, sind noch Belgien und Portugal zu nennen.

Auch Japan ist den Beschlüssen formell beigetreten. Der Führer der japanischen Vertretung auf der Pariser Wirtschaftskonferenz, Baron Sakatani, äußerte sich (nach dem Temps vom 28. Juni 1916) folgendermaßen:

„Eine Tatsache steht fest; es herrscht unter den Verbündeten vollkommene Übereinstimmung in bezug auf die Maßnahmen für den kommenden Wirtschaftskrieg. Diese Übereinstimmung muß überraschen angesichts der verschiedenartigen Bestrebungen, der Verschiedenheit des Wirtschaftslebens und der mitunter widerstreitenden Interessen der fraglichen Nationen. Sie beweist also, daß alle Abgeordneten nach Paris gekommen sind, von dem Wunsche beseelt, daß dieses Abkommen gelingen müsse, und von dem Willen und der notwendigen Entschlossenheit durchdrungen, die Wirtschaftsinteressen ihrer Länder gegen die deutsche Herrschaft zu verteidigen.“ Anfangs hätte er, so führte er weiter aus, gefürchtet, die Abgeordneten würden sich, durch die Kriegsereignisse erregt, zu übertriebenen Vorschlägen hinreißen lassen. Er sei aber angenehm überrascht, einen ruhigen Geist feststellen zu können, der keineswegs die Tatsachen verkannte. Die japanischen Delegierten seien mit dem Wunsche nach Paris gekommen, sich mit den Verbündeten zu verständigen, und es sei ihnen dies gelungen, trotz der geographisch ungünstigen Lage Japans und einer Menge sonstiger Umstände, die von der Lage der europäischen Länder abweichen. Für Japan sei überdies die Konferenz sehr wichtig gewesen, nicht nur in bezug auf das gegenwärtige praktische Ziel, nämlich den Wirtschaftskampf gegen den Feind, sondern auch, weil sie einen weitgehenden Gedankenaustausch mit den Abgeordneten der verschiedenen Länder gestattete. Vor dem Krieg entwickelte sich der deutsche Handel mit Japan mehr und mehr, obgleich er noch geringer war als der anderer Länder. Nach Abbruch der Handelsbeziehungen lieferten andere Nationen, was Deutschland nicht mehr liefern konnte. Nur in bezug auf Farbstoffe und pharmazeutische Artikel geriet Japan etwas in Verlegenheit. „Aber gegenwärtig“, erklärte der ehemalige japanische Minister, „stellen wir selbst diese Artikel in unseren Fabriken her. Mehrere Fabriken für pharmazeutische Artikel sind bereits errichtet worden, und ein großes Farbwerk ist im Bau begriffen. Der Krieg ist uns also vorteilhaft gewesen, insofern er unsere heimische Industrie begünstigt hat. Wir werden allmählich dahin gelangen, einen Teil des uns Fehlenden selbst herzustellen. Eine weitere Folge des Krieges ist die weitere Entwicklung unserer Handelsbeziehungen zu Amerika.“

Auch in Japan traten die Vereinigten Handelskammern auf einer Versammlung in Tokio am 11. August 1916 für die Beschlüsse der Pariser Konferenz ein. Man nahm dabei einstimmig eine Resolution an, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, hinsichtlich Maßnahmen während des Krieges und nach demselben, zu

unterstützen. Der Präsident der Handelskammer Tokio, Nakano, betonte in einer Begrüßungsrede die Vorteile des russisch-japanischen Abkommens. Der Minister des Äußern, Ishii, hielt gleichfalls eine Ansprache. Er beglückwünschte die Versammlung zu ihrer Entscheidung, die Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz zu unterstützen, und meinte, es würde die Regierung ermutigen, daß ihre europäische Politik die Unterstützung der Handelsverbände fände. Die Handelskammern der verbündeten Länder sollten von den Beschlußfassungen der japanischen Kammern benachrichtigt werden. —

Von großer Bedeutung ist die Aufnahme der Pariser Konferenzbeschlüsse in den neutralen Staaten, vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika.

„Boston Evening Transcript“ schrieb über die Konferenzbeschlüsse am 24. Juni 1916:

„Er ist undurchführbar; nämlich der Plan, den die Vertreter der Verbündeten zur wirtschaftlichen Einkreisung der Zentralmächte nach dem Kriege angenommen haben. Die von den Alliierten angenommenen Grundsätze beruhen auf einer falschen Voraussetzung. Man vergißt eine grundlegende wirtschaftliche Tatsache. Man geht von der Annahme aus, daß im Handel eine der beiden Parteien größere Vorteile genießt als die andere. Es ist aber eine große und grundlegende Wahrheit, daß Handel wechselseitigen Nutzen verschafft. Wenn ein Engländer von einem Deutschen kauft oder an ihn verkauft, so tut er es nicht zum Nutzen des letzteren, sondern zu seinem eigenen Gewinn. Rußland hat eine Menge Güter, die es viel vorteilhafter als Deutschland herstellen kann. Deutschland andererseits hat eine Menge Waren, die es unter günstigeren Bedingungen als Rußland produziert. So tauschte man bisher wechselseitig den Überschuß zu gegenseitigem Gewinn ein. Es ist dies ein Gesetz in der Handelswelt, das in allgemeiner Gültigkeit und Unveränderlichkeit dem Gesetz der Schwere in der physischen Welt entspricht. Es ist nicht umzustößen.

Die Alliierten wurden während des Krieges durch den Glauben ihres eigenen Volkes und den der meisten Neutralen außerordentlich in dem Gedanken bestärkt, daß sie in ihren politischen und moralischen Ideen im Rechte seien. Bei diesem Plan des Wirtschaftsbundes haben sie eine falsche Wahl getroffen. Sie greifen die Grundsätze an, zu denen sie sich selbst bekennen. Offenbar kann man keine Grundlagen eines dauernden Weltfriedens schaffen, wenn nicht gleiches Recht in allen wesentlichen Dingen besteht. Sollte der Krieg den Charakter eines dauernden Kampfes zur Isolierung der Zentralmächte annehmen,

so würde dieser neue Faktor einen großen Umschwung in der öffentlichen Meinung bewirken.

Wird der Plan durchgeführt, so werden Deutschland und Österreich-Ungarn sich naturgemäß zu geschlossenen Handelsstaaten heranzubilden. Als solche würden sie der Welt gefährlicher, als wenn sie mit ihr durch Industrie und Handel verknüpft sind. Viele Deutsche befürworten gegenwärtig angesichts des Druckes der Blockade eine Nationalpolitik, die die wirtschaftliche Abtrennung von den übrigen anstrebt. Wird ihnen dieser Weg aufgezwungen, so würde ihre jetzige gewaltige Macht noch ungeheuer anwachsen, und zur gegebenen Zeit würden sie ihre Grenzen durchbrechen und die offen eingestandene Verschwörung gegen sie zunichte machen.

Der Plan weist ernste Lücken auf, denn er berücksichtigt nicht die Neutralen. England, Frankreich, Rußland und Italien spielen in der Welt eine Rolle, aber sie sind nicht an sich die Welt. Andere Völker würden mit Deutschland Handel treiben; und wenn die Verbündeten der deutschen Konkurrenz nicht auf ihren Inlandmärkten zu begegnen imstande sind, wie könnten sie hoffen, daß ihnen dies auf dem Weltmarkt gelingt! Deutschland würde den Platz Englands als große handeltreibende Nation einnehmen, insofern die jetzt neutralen Länder in Frage kommen. Der in Paris ausgearbeitete Plan zeigt, bis zu welchem Grade die vergiftende Wirkung des Krieges gesunde Geister verwirren und zu den verrücktesten Unternehmungen treiben kann.“

Der „Public Ledger“ (Philadelphia 8. Juli 1916) wies auf den Vorteil hin, den die Vereinigten Staaten aus der Handelskriegführung ziehen würden.

Das Blatt bezeichnet das Pariser Handelsbündnis als eine Kriegserklärung auf unbestimmte Zeit, durch die der Kampf nach Einstellung des Waffenkrieges und der Seeschlachten fortgeführt werden solle. Es sei die Ankündigung, daß das gegenwärtige Aushungerungssystem gegen Deutschland, Österreich und die Türkei ohne bestimmte Terminsetzung fort dauern solle. Man werde in den Vereinigten Staaten wissen wollen, inwieweit man von diesem Wirtschafts- und Finanzkrieg berührt werde. Wenn Deutschland, Österreich und die Türkei dauernd von den Alliierten boykottiert werden sollen, so würden sie naturgemäß dazu getrieben, ihre Handelsbeziehungen zu dem reichsten neutralen Lande, nämlich zu den Vereinigten Staaten zu erweitern. Durch das Bündnis verpflichteten sich die Ententeländer, sich zum Schutze gegen den Feind zu unterstützen. Doch stehe es ihnen frei, mit neutralen Ländern wie bisher Handel zu treiben. Im ersten

Augenblick erscheine es klar, daß, wenn sechs Kaufleute mit drei anderen nichts zu tun haben wollen, dem reichsten aller Kaufleute, der auf freundschaftlichem Fuße mit den beiden gegnerischen Parteien steht, eine bedeutende Geschäftszunahme daraus erwachsen werde. Dieser reichste Kaufmann sei die amerikanische Union.

Im Senat brachte Senator Stone am 29. Juni 1916 eine Eingabe vor, nach der der Präsident Wilson ersucht werden solle, den Senat über den genauen Charakter eines von den Bundesgenossen Frankreichs erwogenen Handelsvertrages, der ausdrücklich die Boykottierung ihrer Feinde während des Krieges und nach demselben bezwecke, zu informieren.

Senator Stone erbat die augenblickliche Vorlegung der Eingabe auf den Tisch des Hauses. Dies Verfahren würde den Präsidenten veranlassen, sich eingehend zu vergewissern, in welchem Maße neutrale Völker, namentlich die Vereinigten Staaten, durch diesen Vertrag betroffen würden. Die Einleitung der Resolution bezog sich auf Berichte über die kürzlich in Paris von den Verbandsmächten abgehaltene Wirtschaftskonferenz und auf die Nachricht von dem daselbst entstandenen Handelsvertrag, durch den die Verbündeten einander begünstigen und feindliche Nationen boykottieren wollen.

Irgendwelche Schritte wurden vom Präsidenten nicht unternommen, indessen fand die Haltung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten bei der Entente dauernd die lebhafteste Beachtung.

Anfang Oktober berichtete der „New York Sun“, von der Tätigkeit des amerikanischen Ausschusses für auswärtigen Handel: Der Ausschuss habe die Frage des Handelskrieges nach dem Krieg in Erwägung gezogen. Man habe den Eindruck in Washington, daß die Zentralmächte ähnliche Abkommen geschlossen hätten, wie dies von Seiten der Entente geschehen sei. Amerika wolle daher eine Tarifpolitik einführen, die nicht lediglich aus Erwägungen der inländischen Politik gefordert, sondern die nach dem Krieg als Waffe bei dem Abschluß von Handelsverträgen gebraucht werden solle, wenn tatsächlich der angekündigte Handelskrieg gegen die Zentralmächte in Wirksamkeit trete. Das amerikanische Schutzollsystem solle dann durchaus dazu dienen, den amerikanischen Handel im Ausland beim Abschluß von Handelsverträgen zu sichern und die nötigen Garantien zu erzielen, um den amerikanischen Handel gegen ungerechtfertigte Benachteiligungen auf dem Weltmarkt zu schützen.

Zum Schlusse sei noch eine Äußerung des bekannten schwedischen Nationalökonomens Professor Gustav Cassel, (Aftonbladet,

4. Juli 1916) mitgeteilt, der in bezug auf die Pariser Beschlüsse sagt, die Konferenz irre sich, wenn sie glaube, daß die Regierungen der Ententemächte künftig ganz davon absehen könnten, was die neutrale Welt wünsche und verlange. Durch die Behandlung der Neutralen gebe die Entente die ganze Idee auf, für welche sie ihrer eigenen Auffassung nach kämpfe: die Idee der Ordnung der internationalen Verhältnisse auf Grundlage des Rechtes im Gegensatz zur Gewalt und militärischen Übermacht. Was hätte ein Sieg für einen Zweck, wenn man selbst die Idee, für die man kämpft, mit Füßen tritt? Wenn die Wirtschaftskonferenz der Entente die bedenkliche handelspolitische Kontrolle noch mehr stärken wolle, so müsse von neutraler Seite klar gemacht werden, daß dies Folgen mit sich bringen müsse, die für die Ententemächte wenig erwünscht sein können.

Seitdem die militärischen Vorgänge in den letzten Monaten wieder mehr in den Vordergrund getreten sind, wurde es stiller mit den Besprechungen der Konferenzpläne. Es ist indessen unrichtig, die Sache selbst als irgendwie endgültig gescheitert anzusehen. Vorderhand bleibt als positives Ergebnis bestehen, daß die Pariser Wirtschaftskonferenz eine Anzahl Maßregeln beschlossen hat, die zum großen Teil erst nach dem Kriege zu entscheidender Wirkung kommen können. Diesen Beschlüssen sind eine Anzahl Regierungen der Ententestaaten beigetreten, und permanente Ausschüsse in jedem Land, die untereinander in enger Verbindung stehen, beraten, in welcher Art die Konferenzbeschlüsse vom Juni 1916 am geeignetsten in Wirksamkeit zu setzen sind. Ob sie aber in Wirksamkeit gesetzt werden können und in welchem Umfang und mit welcher Wirkung, das hängt im wesentlichen vom Ausgang des Krieges ab.

Anhang.

Der offizielle Text der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz*).

CONFERENCE ECONOMIQUE DES GOUVERNEMENTS ALLIÉS.

Tenue à Paris les 14., 15., 16. et 17. Juni 1916.

Résolutions adoptées.

I.

Les Représentants des Gouvernements Alliés se sont réunis à Paris, sous la Présidence de M. Clémentel, Ministre du Commerce, les 14, 15, 16 et 17 juin 1916, en vue de remplir le mandat que leur a donné la Conférence de Paris du 28 mars 1916, de mettre en pratique leur solidarité de vues et d'intérêts et de proposer à leurs Gouvernements respectifs les mesures propres à réaliser cette solidarité.

II.

Ils constatent qu'après leur avoir imposé la lutte militaire malgré tous leurs efforts pour écarter le conflit, les Empires du Centre de l'Europe préparent aujourd'hui de concert avec leurs Alliés, sur le terrain économique, une lutte qui non seulement survivra au rétablissement de la paix, mais prendra, à ce moment-là, toute son ampleur et toute son intensité.

III.

Ils ne peuvent, en conséquence, se dissimuler que les ententes qui se préparent, à cet effet, entre leurs ennemis, ont pour but évident d'établir la domination de ceux-ci sur la production et les marchés du monde entier et d'imposer aux autres pays une hégémonie inacceptable.

En face d'un péril aussi grave les Représentants des Gouvernements Alliés considèrent qu'il est du devoir de ces derniers, dans

*) Nach der Veröffentlichung im Journal Officiel de la République Française vom 21. Juni 1916.

un souci de défense nécessaire et légitime, de prendre et de réaliser dès maintenant toutes les mesures propres d'une part à assurer pour eux, comme pour l'ensemble des marchés des pays neutres, la pleine indépendance économique et le respect des saines pratiques commerciales, et d'autre part à faciliter l'organisation du régime permanent de leur alliance économique.

A cet effet, les Représentants des Gouvernements Alliés ont décidé de soumettre à l'approbation desdits Gouvernements les résolutions suivantes:

A.

MESURES POUR LE TEMPS DE GUERRE.

I.

Les lois et règlements interdisant le commerce avec l'ennemi seront mis en concordance.

A cet effet:

A.—Les Alliés interdiront à leurs nationaux et à toute personne résidant sur leur territoire tout commerce avec:—

1° les habitants des pays ennemis quelle que soit leur nationalité;

2° les sujets ennemis, en quelque lieu que ces sujets résident;

3° les personnes, maisons de commerce et sociétés dont les affaires sont contrôlées en tout ou en partie par des sujets ennemis ou soumises à l'influence de l'ennemi, et qui seront inscrites sur une liste spéciale.

B.—Ils prohiberont l'entrée sur leurs territoires de toutes marchandises originaires ou provenant des pays ennemis.

C.—Ils rechercheront l'établissement d'un régime permettant la résiliation pure et simple des contrats souscrits avec des sujets ennemis et nuisibles à l'intérêt national.

II.

Les maisons de commerce possédées ou exploitées par des sujets ennemis sur les territoires des pays alliés seront toutes mises sous séquestre ou contrôle; des mesures seront prises à l'effet de liquider certaines de ces maisons, ainsi que les marchandises qui en dépendent, les sommes provenant de ces réalisations restant placées sous séquestre ou contrôle.

III.

En dehors des prohibitions d'exportation rendues nécessaires par la situation intérieure de chacun des Alliés, ceux-ci compléteront, tant dans les Métropoles, que dans les Dominions, Pays de protectorat et Colonies, les mesures déjà prises contre le ravitaillement de l'ennemi; —

- 1° en unifiant les listes de contrebande de guerre et de prohibition de sortie, et notamment en prohibant à l'exportation toutes les marchandises déclarées contrebande de guerre absolue ou conditionnelle;
- 2° en subordonnant l'octroi des autorisations d'exportation dans les pays neutres, d'où l'exportation vers les territoires ennemis pourrait être effectuée, soit à l'existence dans ces pays d'organismes de contrôle général agréés par les Alliés, soit, à défaut de ces organismes, à des garanties spéciales, telles que la limitation des quantités exportées, le contrôle des agents consulaires alliés, etc.

B.

MESURES TRANSITOIRES POUR LA PERIODE DE RECONSTITUTION COMMERCIALE, INDUSTRIELLE, AGRICOLE ET MARITIME DES PAYS ALLIÉS.

I.

Proclamant leur solidarité pour la restauration des pays victimes de destructions, de spoliations et de réquisitions abusives, les Alliés décident de rechercher en commun les moyens de faire restituer à ces pays, à titre privilégié, ou de les aider à reconstruire leurs matières premières, leur outillage industriel et agricole, leur cheptel et leur flotte marchande.

II.

Constatant que la guerre a mis fin à tous les traités de commerce qui les liaient aux Puissances ennemies, et considérant qu'il est d'un intérêt essentiel que, pendant la période de reconstitution économique qui suivra la cessation des hostilités, la liberté d'aucun des Alliés ne soit gênée par la prétention que pourraient émettre les Puissances ennemies de réclamer le traitement de la nation la plus favorisée, les Alliés conviennent que le bénéfice de ce traite-

ment ne pourra être accordé à ces puissances pendant un nombre d'années qui sera déterminé par voie d'entente entre eux.

Les Alliés s'engagent à s'assurer mutuellement pendant ce nombre d'années, et dans toute la mesure possible, des débouchés compensateurs, pour le cas où des conséquences désavantageuses pour leur commerce résulteraient de l'application de l'engagement prévu au paragraphe précédent.

III.

Les Alliés se déclarent d'accord pour conserver, pour les pays alliés avant tous autres, leurs ressources naturelles pendant toute la période de restauration commerciale, industrielle, agricole et maritime; et à cet effet ils s'engagent à établir des arrangements spéciaux qui faciliteraient l'échange de ces ressources.

IV.

Afin de défendre leur commerce, leur industrie, leur agriculture et leur navigation contre une agression économique résultant du "dumping" ou de tout autre procédé de concurrence déloyale, les Alliés décident de s'entendre pour fixer une période de temps pendant laquelle le commerce des puissances ennemies sera soumis à des règles particulières, et les marchandises originaires de ces Puissances seront assujetties ou à des prohibitions ou à un régime spécial qui soit efficace.

Les Alliés se mettront d'accord par voie diplomatique sur les règlements spéciaux à imposer pendant la période ci-dessus indiquée aux navires des Puissances ennemies.

V.

Les Alliés rechercheront les mesures, communes ou particulières, à prendre pour empêcher l'exercice sur leurs territoires par les sujets ennemis de certaines industries ou professions intéressant la Défense Nationale ou l'indépendance économique.

C.

MESURES PERMANENTES D'ENTRAIDE ET DE COLLABORATION ENTRE LES ALLIÉS.

I.

Les Alliés décident de prendre sans délai les mesures nécessaires pour s'affranchir de toute dépendance des pays ennemis relativement aux matières premières et objets fabriqués essentiels pour le développement normal de leur activité économique.

Ces mesures devront tendre à assurer l'indépendance des Alliés non seulement en ce qui concerne les sources d'approvisionnement, mais aussi en ce qui touche à l'organisation financière, commerciale et maritime.

Pour l'exécution de cette résolution les Alliés adopteront les moyens leur paraissant le mieux appropriés selon la nature des marchandises et suivant les principes qui régissent leur politique économique.

Ils pourront notamment recourir soit à des entreprises subventionnées, dirigées ou contrôlées par les Gouvernements eux-mêmes, soit à des avances pour encourager les recherches scientifiques et techniques, le développement des industries et des ressources nationales; soit à des droits de douane ou à des prohibitions à titre temporaire ou permanent; soit enfin à une combinaison de ces divers moyens.

Quels que soient les moyens adoptés, le but poursuivi par les Alliés est d'accroître assez largement la production sur l'ensemble de leurs territoires, pour qu'ils soient à même de maintenir et de développer leur situation et leur indépendance économiques au regard des Puissances ennemies.

II.

Afin de leur permettre d'écouler réciproquement leurs produits, les Alliés s'engagent à prendre les mesures destinées à faciliter leurs échanges, tant par l'établissement de services directs, rapides et à tarifs réduits de transports terrestres et maritimes, que par le développement et l'amélioration des communications postales, télégraphiques ou autres.

III.

Les Alliés s'engagent à réunir des délégués techniques pour préparer les mesures propres à unifier le plus possible leurs législations concernant les brevets d'invention, les indications d'origine, les marques de fabrique ou de commerce.

Les Alliés adopteront à l'égard des inventions, des marques de fabrique et de commerce, des oeuvres littéraires et artistiques, créées durant la guerre en pays ennemis, un régime autant que possible identique et applicable dès la cessation des hostilités.

Ce régime sera élaboré par les délégués techniques des Alliés.

D.

Les Représentants des Gouvernements alliés,—

Constatant que pour leur commune défense contre l'ennemi, les Puissances alliées sont d'accord pour adopter une même politique économique dans les conditions définies par les résolutions qu'ils ont arrêtées,

Et reconnaissant que l'efficacité de cette politique dépend d'une façon absolue de la mise en oeuvre immédiate de ces résolutions,

S'engagent à recommander à leurs Gouvernements respectifs de prendre sans retard toutes les mesures temporaires ou permanentes propres à faire produire immédiatement à cette politique son plein et entier effet, et de se communiquer entre eux les décisions intervenues pour atteindre ce but.

Paris, 17 juin 1916.*)

*) Die Unterzeichner des Vertrages sind bereits oben S. 49 angeführt.